



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

China und Taiwan – eine Beziehung auf dem Prüfstand

verfasst von / submitted by

Fangfang Xu

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Prof. Dr. Wolfram Schaffar

Abstract

Die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit ständigem Höhe- und Tiefpunkt begleitet. Während der letzten Administration (2008-2016) gingen beide Seiten der Taiwan-Straße auf eine Entspannungspolitik ein, welche die sukzessive wirtschaftliche Integration hervorbrachte. Jedoch ist die taiwanesische Gesellschaft durchaus alarmiert von der politischen Annäherung mit China. Das Dilemma zwischen wirtschaftlicher Integration und politischer Entfremdung führt immer wieder zu regen Debatten und Protesten. Die Sonnenblumenbewegung, welche vom 18. März zum 10. April 2014 mittels der Parlamentsbesetzung gegen das Cross-Strait Service Trade Agreement zwischen Taiwan und China protestiert, gilt in diesem Zusammenhang als eine der größten sozialen Bewegungen in der taiwanesischen Geschichte.

Die vorliegende Forschungsarbeit befasst sich im Prinzip mit dem Framing der jungen AktivstInnen bzw. mit der Fragestellung, wie die jungen TaiwanInnen ihre Rezeption der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen anlässlich des Freihandelsabkommens wahrnehmen und anhand der sozialen Medien artikulieren. Als Untersuchungsgegenstand werden alle Beiträge der führenden Studentengruppe Black Island Nation Youth Front (BIY) im Zeitraum vom 18. März bis 10. April 2014 anvisiert. Mit Hilfe der Diskursanalyse, die sich wohl mit rhetorisch-inhaltlichen Interpretationen als auch mit nicht-sprachlichen Diskurspraktiken beschäftigt, wird die Phänomenstruktur des Bewegungsdiskurses mit der Problem diagnose, dem Lösungsansatz und den Motivationstaktiken rekonstruiert. Thematisch eingebettet in die „dilemmatischen“ Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße werden dabei mögliche Deutungsmuster des Diskurses produziert und erklärt.

Durch das Herausarbeiten des Framings der Studentengruppe BIY lässt sich die Frage nach der Rezeption der jungen Generation in Taiwan bezüglich ihrer Beziehung zum mächtigen Nachbarn China beantworten. In dieser meinungsbildenden Protestbewegung wird hinter der anti-neoliberalen Fassade das zentrale Anliegen der jungen TaiwanInnen nach intakter Demokratie, nationaler Identität und staatlicher Souveränität formuliert und lautstark vorgetragen.

Abstract

The Cross-Strait relations have experienced ups and downs since the end of World War II. During the last administration (2008-2016), both sides promoted policies to ease the tension, which led to successive economic integration. However, the Taiwanese public remains alert about the political cooperation with China. The conflict between economic integration and political alienation ignites protests and debates. The “Sunflower Movement” from March 18 to April 10, 2014, during which protesters occupied the Legislative Yuan of Taiwan to voice their objection to the “Cross-Strait Service Trade Agreement” between China and Taiwan, is among the greatest social movements in Taiwanese history.

This study discusses and asks the question of how these young Taiwanese activists perceive cross-strait relationship and articulate their perceptions via social media. Analyses are based on the content posted by the “Black Island Nation Youth Front” (BIY) on their Facebook page during the “Sunflower Movement”. Using discourse analyses, which explore not only verbal, but also non-verbal expressions, I reconstruct their discourse structure related to problem presentation, resolution and motivation. Within the context of the dilemmatic Cross-Strait relations, such analyses attempt to explain the structure and content of such discourse.

Through the reconstruction of the discourse by the student activist group, BIY, this study intends to address one main question: How the younger generation in Taiwan perceive their relationship with China, their powerful neighbor? Results show that behind the anti-neoliberalism façade of this social movement stands a deeper concern for intact democracy, a unified Taiwanese identity, and state sovereignty by the young Taiwanese.

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Fragestellungen Theorie und Methode	14
2.1 Untersuchungsgegenstand und Fragestellungen	14
2.2 Internet und soziale Medien	15
2.3 Der Framing-Ansatz	17
2.4 Methode – Diskursanalyse	21
3. Taiwans Demokratisierung und Geschichte der sino-taiwanesischen Beziehungen	25
3.1 Taiwans Weg zur Demokratie	25
3.2 Chinesisch-taiwanesische Beziehungen im Überblick	31
4. Die Sonnenblumenbewegung	38
4.1 Hintergrund – ECFA und CSSTA	38
4.2 Verlauf der Protestbewegung	42
5. Diskursanalyse der Sonnenblumenbewegung	49
5.1 Themenkomplexe	49
5.2 AkteurInnen	53
5.2.1 Auswahl der AkteurInnen	55
5.2.2 Selbstporträt der Sonnenblumen-AktivistInnen	57
5.2.3 Diskursive Praktiken der AktivistInnen	60
5.3 Phänomenstruktur und Deutungsmuster	71
5.3.1 Problemdiagnose – Neoliberalismus, Demokratie oder China?	74
5.3.2 Problemlösung – China-Faktor	86
5.3.3 Motivation – Kollektives Gedächtnis	90
6. Fazit	94
7. Literatur	99

1. Einleitung

Seit der demokratischen Wende 1986/87 in Taiwan, in der die damals autoritäre Nationalpartei 国民党 (Guomindang/KMT) ihre Politik liberalisierte und gleichzeitig die Demokratische Progressive Partei 民主进步党 (DPP) gegründet wurde, entwickelt sich Taiwan zu einer in Asien vorbildlichen Demokratie. In dem von der *Economist Intelligence Unit* erstellten Demokratieindex für das Jahr 2015 befindet sich Taiwan auf dem 31. Platz von 167 Ländern weltweit und belegt somit den dritten Platz in Asien (vgl. Economist Intelligence Unit 2015). In dem Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung, in dem die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Management in 129 Entwicklungs- und Transformationsländern analysiert und bewertet wird, belegt Taiwan 2016 den Spitzenplatz von 129 Ländern (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016). In dem jährlich von Freedom House veröffentlichten Bericht *Freedom in the World* erhält Taiwan 2017 mit 91 Punkten die zweitbeste Note – hinter Japan mit 96 Punkten – im asiatischen Raum für politische Rechte und Bürgerfreiheiten (vgl. Freedom House 2017).

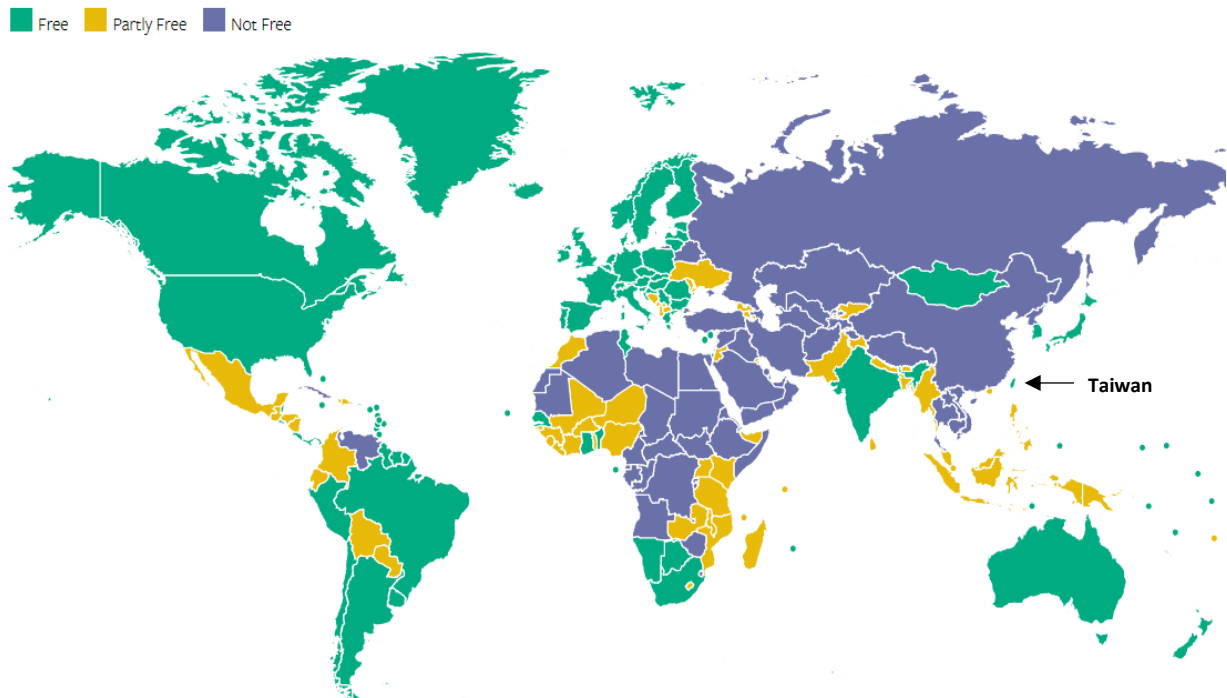


Abb. 1: Taiwan gilt als “free” (hellgrün markiert) in dem Bericht “World in Freedom 2017” (Quelle: Freedom House)

Trotz der erfolgreichen demokratischen Transformation und Konsolidierung entwickelt sich Taiwans Demokratie nicht ungehindert, sondern ist stets mit der zunehmend an politischer und ökonomischer Macht gewinnenden Volksrepublik China (VR China) konfrontiert. Aus historischen Gründen betrachtet die VR China Taiwan als abtrünnige Provinz bzw. untrennbaren Teil des Territoriums Chinas und wirbt seit Jahrzehnten mit seinem politischen Modell „Ein Land, zwei Systeme“ 一国两制, das zur Zeit in Hongkong und Macao praktiziert wird, für die Wiedervereinigung Taiwans mit dem chinesischen Mutterland, bisher jedoch ohne Erfolg. Das Hongkong-Modell, Wiedervereinigung durch politische Annäherung und wirtschaftliche Integration zu verwirklichen, beobachten die meisten Taiwanesen mit großer Aufmerksamkeit. Aus der politischen Perspektive ist das sogenannte „Greater China“¹ durch heterogene politische Systeme gekennzeichnet: Die VR China bezeichnet sich als sozialistischen Staat chinesischer Prägung. Hongkong und Macao bekennen sich zwar zur staatlichen Souveränität der VR China, aber unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ verfügen sie über ein anderes politisches System und zahlreiche damit verbundene Rechte, die in Festlandchina nicht zur Verfügung stehen. Zunehmend gerät die Forderung der Bevölkerung in Hongkong nach Demokratie mit der politischen Kontrolle der chinesischen Zentralregierung in Konflikt. Anders als Hongkong und Macao besitzt Taiwan seit mehr als 60 Jahren eine „*de facto*-Souveränität“ (vgl. Meyer-Clement/Schubert 2004: 17), die jedoch nur von wenigen Staaten als legitim anerkannt wird, und darüber hinaus seit den 1990er Jahren sogar eine funktionierende parlamentarische Demokratie.

Eingebettet im Themenbereich der politischen Integration bzw. des Konflikts auf beiden Seiten der Taiwan-Straße wird in der geplanten Forschung versucht, das komplexe Verhältnis der jungen Generation in Taiwan zu Festlandchina zu analysieren. Mit der jungen Generation wird auf junge Menschen in Taiwan Bezug genommen, die nach dem Ausnahmezustand geboren, in einer etablierten Demokratie aufgewachsen sind und sich mit demokratischen Werten identifizieren. Im Vergleich mit den älteren Generationen, die stark von der Polarisierung der Gesellschaft in „Festländer“ und „taiwanesishe Einheimische“ geprägt sind und dadurch einen elementaren Standpunkt gegenüber Festlandchina besitzt, gilt die junge Generation als politisch unbelastet oder weniger belastet. Somit sind sie mehr in der Lage, ihr

¹ ‚Greater China‘ kann ebenfalls als wirtschaftlicher, ethnischer und historisch-kultureller Raum erklärt werden. In dem vorliegenden Forschungsexposé konzentriert sich das Erkenntnisinteresse vor allem auf den politischen Aspekt, der gelegentlich durch wirtschaftliche, historische und kulturelle Perspektiven ergänzt wird. ‚Greater China‘ als politischer Raum umschließt nach Meyer-Clement/Schubert (2004) in erster Linie die Volksrepublik China, die zur VR China gehörenden Sonderverwaltungsregionen Hong Kong und Macao, sowie Taiwan bzw. die Republik China. (vgl. Meyer-Clement/Schubert 2004: 4)

Verhältnis zur VR China unabhängig von der historischen Entwicklung Taiwans herauszubilden. In der vorliegenden Forschungsarbeit wird am Beispiel von der Sonnenblumenbewegung, welche im März/April 2014 von jungen StudentInnen in Form der Parlamentsbesetzung in der taiwanesischen Hauptstadt Taipei 台北 durchgeführt wurde, untersucht, wie diese unvorbelastete Generation auf den wachsenden China-Faktor in der Entwicklung Taiwans reagiert und welche Deutungsschemata dafür produziert bzw. reproduziert werden. Auf dieser Grundlage basierend lässt sich schlussfolgern, inwiefern ihre Haltung gegenüber China Einfluss auf die taiwanesische Öffentlichkeit ausüben könnte.

Am 17. März 2014 versuchte die amtierende Nationalpartei in Taiwan, das Cross Strait Service and Trade Agreement (CSSTA) 海峡两岸服务贸易协议 mit der Volksrepublik China ohne einen transparenten juristischen Überprüfungsprozess zu verabschieden. Am 18. März sammelten sich hunderte Protestierende, vor allem junge StudentInnen von der Black Island Nation Youth Front (BIY) 黑色岛国青年阵线, vor dem Legislativ-Yuan (dem taiwanesischen Parlament) und verlangten die Rücknahme des CSSTA sowie den Aufbau eines unabhängigen bzw. transparenten Überprüfungsmechanismus für alle künftigen Handelsabkommen mit der VR China. Aufgrund des Versprechens des damaligen Parlamentspräsidenten Wang Jin-pyng (Wang Jinping 王金平), das CSSTA nicht ohne Überprüfung und entsprechende Gesetzgebung zu verabschieden, zogen sich die Protestierenden am 10. April 2014 aus dem besetzten Legislativ-Yuan zurück. Dadurch wurde die 24-tägige Besetzung des taiwanesischen Parlaments durch junge AktivistInnen offiziell beendet. (vgl. Rowen 2015) Einerseits wurde ihr primäres politisches Ziel erreicht: Das CSSTA wurde, zumindest vorläufig, zurückgezogen. Andererseits sahen sich die Protestierenden staatlichen Repressionen ausgesetzt: Dutzende TeilnehmerInnen des Sunflower Movement wurden wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung angeklagt, aber keiner wurde verhaftet. Diese Protestbewegung gilt in Taiwan, besonders unter der jungen Generation, als vorbildlicher Kampf für eine Bürger-orientierte und menschliche Demokratie und setzt ein wichtiges Signal für den Wandel der politischen Landschaft in Taiwan sowie die Entwicklung des China-Taiwan-Konfliktes in näherer Zukunft. (vgl. Hsieh 2015; Chen/Yen 2016)

Diese Besetzungsbewegung gilt als eine der wichtigsten Demokratiebewegungen in Taiwan und wirkt sich maßgeblich auf die politische Landschaft Taiwans aus. Dies lässt sich unter anderem durch die Wahlergebnisse auf lokaler (November 2014) und zentraler Ebene (Januar 2016) deutlich erkennen: Die China-freundliche KMT erlitt eine erhebliche Niederlage, während die Pro-Unabhängigkeitspartei DPP unter der Leitung der Präsidentin Tsai Ing-wen (Cai Yingwen 蔡英文) wieder an die Macht kam. Wichtiger als der Machtwechsel zwischen beiden traditionellen Parteien ist die Entstehung bzw. Einflussnahme kleinerer Parteien, bspw. die New Power Party (时代力量), die überwiegend aus jungen Taiwanesen bestehen. Die Machtergreifung neuer Parteien unter der Leitung der jungen Generation erschüttert einerseits die traditionelle politische Landschaft zwischen blauen und grünen Lagern und stärkt andererseits das politische Bewusstsein der Bevölkerung, vor allem die politische Partizipation der jungen Generation in Taiwan.

Forschungsstand

In der Sinologie und der Politikwissenschaft sind Themen zu dem China-Taiwan-Konflikt und dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ sowie dessen Anwendungsmöglichkeit in der Taiwan-Frage bereits reichlich erforscht. Die Ergebnisse sind stark polarisiert: In den Forschungen aus der VR China wird das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ trotz gelegentlicher Konflikte beider Seiten als erfolgreiche Strategie zur friedlichen Wiedervereinigung und wirtschaftlichen Weiterentwicklung in Hongkong und Macao evaluiert, welche als ideale Lösung für die Rückkehr Taiwans zum chinesischen Vaterland gilt (vgl. Qi 2008; He 2009; Xia 2009). Hingegen kritisieren die pro-demokratischen ForscherInnen und KommentatorInnen die sukzessive politische Annexion durch die VR China, welche dem Versprechen der Beibehaltung des politischen Systems in Hongkong zuwiderläuft und die demokratische Entwicklung dort verhindert (vgl. Kahl 2004; So 2011; Tsai 2011). Prinzipiell wird das Modell „Ein Land, zwei Systeme“ für die Taiwan-Frage von China-kritischen ForscherInnen skeptisch betrachtet (vgl. Wenig 2002) oder sogar abgelehnt (vgl. Hughes 2001). Ho-fung Hung und Huei-ying Kuo (2011) arbeiten die misslungene Anwendung des Prinzips für Tibet heraus und analysieren die bisher erfolglose Wiedervereinigung mit Taiwan unter diesem Blickwinkel seit der Gründung der VR China, deren Scheitern der politischen Instabilität der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zuzuschreiben sei (vgl. Hung/Kuo 2011: 330).

Komparatistischen Forschungsansätze (vgl. Kaeding 2011; Shih/Jones 2014) liefern einen umfassenden Überblick über die engen, aber problematische Verflechtungen von Hongkong und Taiwan mit China. Besonders aufschlussreich ist die Studie von Sonny Shiu-Hing Lo (2008), in der die Entwicklung Hongkongs in seinen ersten 10 Jahren unter chinesischer Staatssouveränität systematisch zusammengefasst und kritisch kommentiert wird. Im letzten Hauptkapitel wird anhand Hongkongs Vorbild überprüft, ob und wie das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ als Lösung für die politische Zukunft Taiwans angewandt bzw. angepasst werden kann (vgl. Lo 2008: 227–252). Nennenswert ist auch die quantitative Forschung von Ming-Cheng Miriam Lo und Christopher P. Bettinger (2009) zum Freiheitsdiskurs in Hongkong und Taiwan. Mit politischen Karikaturen als Forschungsgegenstand werden ausgewählte repräsentative Zeitungen und Zeitschriften zum Wahlkampf 1995 in Hongkong sowie 2000 in Taiwan untersucht, die ein breites Spektrum von politischen Standpunkten umfassen (vgl. Lo/Bettinger 2009: 188–194). In drei Dimensionen von „content of the cultural codes, level of code sharing, and narratives of ‚the public‘ or ‚the people‘“ (ebd.: 186) werden 371 politische Karikaturen interpretiert. Dadurch wird das Freiheitsniveau der Zivilgesellschaft in Hongkong und Taiwan kategorisiert. Lo und Bettinger legen offen, dass ihre Forschung auf die Herausarbeitung der Frequenz wichtiger Diskurse abziele. Der Zusammenhang zwischen den Diskursen und deren besonderen politischen Rahmenbedingungen bedürfe weiterer qualitativer Erklärungen (vgl. ebd.: 193). Hierfür liefert meine Forschung sowohl Anregungen als auch Herausforderungen.

Ein bedeutender Beitrag zu dieser Thematik leistet Tsai Jung-fang (2011), der sich vor allem mit den geographischen, historisch-kulturellen und politischen Unterschieden zwischen Taiwan, Hongkong und der VR China beschäftigt. Tsai versucht dadurch, die staatliche Unabhängigkeit Taiwans zu begründen (vgl. Tsai 2011: S. 151–156). In seiner Studie zeigt er, dass in Hongkong zunehmend die Sorge um eine „mainlandization (dalu-hua)“ (ebd.: 134) bzw. den potentiellen Verlust ihrer „cherished civil liberties under an undemocratic government“ wächst (ebd.: 136). Dementsprechend kursiert seit der politischen Rückkehr Hongkongs zur VR China in der taiwanesischen Öffentlichkeit stets die Angst vor der sogenannten „Hongkongization“ (ebd.: 153) von Taiwan, dass die Insel dem Schicksal von Hongkong folgen würde und ihre Freiheit sowie Demokratie im Tausch gegen ökonomische Entwicklung einbüßen müsse (vgl. ebd.: 153ff.). Dieses Ergebnis über den öffentlichen

Diskurs bezüglich der politischen Verwicklung zwischen China, Hongkong und Taiwan fungiert als grundlegende Hypothese meiner Forschung.

Die Sonnenblumenbewegung, die durch Besetzung des taiwanesischen Parlaments weltweit große Medienaufmerksamkeit auf sich zog, konnte bisher kein starkes wissenschaftliches Interesse außerhalb von Taiwan erwecken. Einerseits lässt sich dies dadurch begründen, dass der längerfristige Einfluss der Protestbewegung auf die China-Taiwan-Beziehungen erst mit der Zeit und im Zusammenhang mit anderen politischen Ereignissen beobachtet werden kann. Andererseits ist die Sonnenblumenbewegung zugunsten einer anderen Protestbewegung, nämlich der Occupy-Central-Bewegung, die einige Monate später in Hongkong stattfand und ca. drei Monate andauerte, aus dem Fokus der Öffentlichkeit und Forschung geraten. Obwohl Forschungsarbeiten hinsichtlich der Occupy-Central-Bewegung in Hongkong oft die Frage nach der Anwendbarkeit des Konzeptes „Ein Land, zwei Systeme“, das in Hongkong als zum Scheitern verurteilt angesehen wird, auf Taiwan stellen, fehlt meist ein tiefgehender Einblick in die politischen und gesellschaftlichen Besonderheiten Taiwans. Beispielsweise setzt sich Frédéric Krumbein (2015) ansatzweise mit der negativen Auswirkung der erfolglosen Proteste in Hongkong auf die Wiedervereinigung Taiwans mit der VR China auseinander und liefert somit eine thematische Anregung für weitere Forschungen. Jedoch wird in seinem Text nur pauschal festgestellt, dass eine „Wiedervereinigung [...] den Taiwanern daher zurzeit unattraktiv“ (Krumbein 2015: 1) erscheint, ohne diese These mit konkreten Argumenten bezüglich politischer und gesellschaftlicher Veränderungen Taiwans zu begründen.

Konzeptuelle Inspirationen für meine Forschung kommt wesentlich von der Analyse der Sonnenblumenbewegung anhand des politischen Gelegenheitsstruktur-Ansatzes von Prof. Ho Ming-Sho (2015). Ausgehend von einer modifizierten Gelegenheitsstruktur-Theorie mit stärkerem Fokus auf das Mobilisierungspotential angesichts „elite disunity and influential allies“ (Ho 2015: 75) argumentiert er, dass die BewegungsaktivistInnen nicht nur passiv auf die politische Struktur reagieren, sondern proaktiv Strategien entwickeln, um das politische Establishment zu spalten und eine bewegungsfördernde Allianz mit selektiven politischen Eliten einzugehen. So interpretierten sie das CSSTA bzw. sämtliche Handelsbeziehungen mit China als essentielle Bedrohung für Taiwan und nutzten gleichzeitig die politische Spaltung sowohl innerhalb der KMT (anhaltender Machtkampf zwischen dem amtierenden Parteivorsitzenden Ma und dem Vorsitzenden des Parlaments Wang) wie auch zwischen der Regierung und der Opposition, um die Regierung unter der KMT zu demoralisieren,

politische Unterstützung der DPP zu sichern und somit ihre Protestbewegung zu konsolidieren. Sein weiterer Beitrag über die strategischen Improvisationen während der Sonnenblumenbewegung schlägt vor, dezentralisierte und improvisatorische Entscheidungsfindung im Angesicht der nicht planbaren Bewegungsentwicklung als effektiveres Instrument zu betrachten (vgl. Ho 2017).

In Bezug auf die Diskursanalyse befasst sich Wan-wen Chu (2015) hauptsächlich mit der Frage, ob sich die Sonnenblumenbewegung gegen Globalisierung oder gegen China richtet. Ihrer Meinung nach bringen die jungen AktivistInnen ihre anti-chinesische Stimmung anlässlich des CSSTA nur indirekt zum Ausdruck, indem sie den Neoliberalismus fokussieren. Dadurch meiden sie eine direkte Konfrontation mit China. Ihre Hypothese, dass der Diskurs im Namen der Globalisierung ein deutliches Anti-China-Element beinhaltet, korreliert mit meinem thematischen Rahmen der sino-taiwanesischen Beziehungen. Jedoch fehlen in ihrem kommentar-ähnlichen Beitrag sowohl der methodische Vorgang als auch die konkreten Untersuchungsdaten, so dass ihre Hypothese nicht ausreichend begründet werden.

Andere sozialwissenschaftlichen Forschungen, die explizit die Sonnenblumenbewegung thematisieren, entstehen hauptsächlich in Taiwan oder vereinzelt auch im angelsächsischen Raum und konzentrieren sich bisher unter anderem auf folgende vier Aspekte:

- 1) Die meisten Studien befassen sich mit dem Themenkomplex der nationalen Identität der Taiwaner während und nach der Sonnenblumenbewegung. So stellen Fang-Yu Chen und Wei-Ting Yen (2016) durch komplexe quantitative Statistiken fest, dass Sonnenblumen-AktivistInnen oder SympathisantInnen in der Regel einen starken Nationalstolz auf Taiwan oder eine übermäßige Abneigung gegen die Volksrepublik China zeigen (vgl. Chen/Yen 2016). Jedoch mangelt es hier an der tiefergreifenden Untersuchung, woraus diese Identität, nämlich der Nationalstolz bzw. die Abneigung gegen China, besteht.
- 2) Der zweite wichtige Aspekt handelt von dem öffentlichen Diskurs über die Protestbewegung. Andrew Brindle (2016) untersucht die Rezeption der Sonnenblumenbewegung in zwei englischsprachigen Zeitungen in Taiwan und kommt zum Ergebnis, dass die Bewertungen dieser Protestbewegung in beiden Zeitungen und somit in der taiwanesischen Gesellschaft äußerst gespalten sind (vgl. Brindle 2016).

Dabei ist die Repräsentativität der Daten bzw. der daraus abgeleiteten Ergebnisse zu hinterfragen, da die englischsprachigen Zeitungen in Taiwan nur eine sehr beschränkte Lesergruppe adressieren. Die Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung kann dadurch nicht vertreten werden.

- 3) Der dritte Aspekt ist die Diskussion über die wirtschaftliche Integration und die dadurch entstandene politische Konfrontation auf beiden Seiten der Taiwan-Straße (vgl. Hsieh 2016). Min-Hua Chiang befasst sich intensiv mit ökonomischen Auswirkungen von ECFA und CSSTA vor und nach der Sonnenblumenbewegung auf Taiwan. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Taiwans von China lässt sich seiner Meinung nach nicht verleugnen, aber die Sonnenblumenbewegung bietet sich als Anlass dafür, Taiwans Wirtschaftspolitik neu zu strukturieren. Die regionale Integration, vor allem die TPP (Trans-Pacific Partnership) sei zwar hilfreich, den China-Fokus abzubauen. Aber angesichts der wachsenden Rolle Chinas in der internationalen Gemeinschaft sei langfristig gesehen eine immer enger werdende Beziehung zu China kaum zu vermeiden (vgl. Chiang 2016: 64)
- 4) Der Einfluss der Sonnenblumenbewegung im Zeitalter des Internets auf die politische Landschaft in Taiwan erweist sich als das vierte wichtige Aspekt. Vor allem das Wahlverhalten der TaiwanInnen in den Präsidentschaftswahlen 2016 wird quantitativ analysiert und teilweise mit dem Wahlverhalten von Menschen anderer Länder verglichen (vgl. Chang 2016).

Besonders bemerkenswert bei der Aufarbeitung der Sonnenblumenbewegung sind die unzähligen Publikationen von BewegungsaktivistInnen und SympathisantInnen, u.a. StudentInnen, ProfessorInnen und MedienvertreterInnen. Diese Beiträge zielt einerseits darauf ab, den Bewegungsprozess retrospektiv zu dokumentieren. Andererseits wird versucht, die dabei entstandenen Diskurse und Symbole in extensio auszulegen und somit eine nachhaltige Diskussion über Taiwans Weiterentwicklung in der Öffentlichkeit anzuregen. Eine besonders umfangreiche Rekonstruktion dieser Protestbewegung liefert die schriftliche Dokumentation von Yen Shen-nung et al. (2015). Dass die AutorInnen diesen Protest absichtlich weder als Sonnenblumenbewegung noch als Studentenbewegung, sondern allgemein als „318-Bewegung“ bezeichnen, erklären sie dadurch, dass sowohl Studierende als auch zahlreiche andere Nichtregierungsorganisationen gemeinsam zur erfolgreichen Mobilisierung und Durchführung dieser Protestaktion beigetragen hätten (Yen et al. 2015: 8-

9). Im Gegensatz dazu übernimmt eine andere aufschlussreiche Studie *Der Sonnendurchbruch* (2016) von Lin Hsiu-Hsin et al. größtenteils die Bewegungsbezeichnung mit der symbolischen Sonnenblume. Einige AutorInnen analysieren diese Protestbewegung beispielsweise im geopolitischen Erklärungsrahmen, besonders angesichts Chinas Aufstieg und weisen ihr eine historische Bedeutung zu, denn sie habe das politische Verhalten der jungen Generation beeinflusst und ferner die geopolitische Landschaft erschüttert (vgl. Wu et al. 2016: 75-114).

Trotz der maßgeblichen Beteiligung von NGOs wird diese Bewegung in meiner Studie durchgehend als Sonnenblumenbewegung bezeichnet. Das wird vor allem durch zwei Argumente begründet: Erstens nimmt mein Forschungsvorhaben die junge Generation in Taiwan, die durch StudentInnen vertreten wird, zum Untersuchungsgegenstand, und behandelt die Rollen anderer Bewegungsteilnehmenden nur am Rande. Zweitens ist die Schöpfung des Begriffs Sonnenblumenbewegung durch die AktivistInnen charakteristisch in ihrer Symbolik und zeigt beispielhaft einen Aspekt der Framing-Taktik der jungen AktivistInnen.

2. Fragestellungen, Theorie und Methoden

2.1 Untersuchungsgegenstand und Fragestellungen

Die zentrale Fragestellung des Forschungsvorhabens lautet, welche Diskurse die junge Generation in Taiwan im Rahmen der sino-chinesischen Beziehungen herstellt und artikuliert. Die Wahrnehmung der China-Taiwan-Beziehungen aus der Perspektive der jungen Menschen wird durch ein konkretes Fallbeispiel, nämlich die Sonnenblumenbewegung bzw. deren junge AktivistInnen als StellvertreterInnen einer neuen Generation in Taiwan, analysiert. Das Augenmerk dieser Forschungsarbeit richtet sich auf die diskursive und symbolische Deutungsarbeit der Sonnenblumen-AktivistInnen, die ihre Ansichten direkt über soziale Medien wie Facebook und Twitter kundtun und sich dadurch „actively engaged in the production and maintenance of meaning for constituents, antagonists, and bystanders or observers“ (Benford/Snow 2000: 613) zeigen.

Die Organisation Black Island Nation Youth Front als Zielgruppe der Untersuchung, die im September 2013 von StudentInnen aus zahlreichen renommierten Universitäten in Taiwan gegründet wurde und sich gegen das Handelsabkommen Cross-Strait Service Trade Agreement (CSSTA) mit der VR China positioniert, ist der Kern der Sonnenblumenbewegung. Die AktivistInnen der BIY gelten als eine sogenannte „Millennial Generation“ (Brading 2017: 132) in Taiwan, „that demographic consisting of those born between 1980 and 2000. Diese Generation ist in einer etablierten Demokratie mit freien Bürgerrechten aufgewachsen und weniger von der sino-taiwanesischen Geschichte belastet. In diesem Sinne lässt sich die Sonnenblumenbewegung als einen Versuch der jungen Generation in Taiwan verstehen, ihre eigene Antwort auf den andauernden China-Taiwan-Konflikt zu suchen und ihre Position zur Demokratie neu zu interpretieren bzw. laut zu artikulieren. Während der gesamten Protestbewegung bedienten sich die StudentInnen zahlreicher medialer Plattformen wie Facebook und Twitter, um die Präsenz und den Einfluss ihrer Aktionen auf die breite Gesellschaft zu erhöhen, und zogen dadurch nationale wie auch internationale Aufmerksamkeit auf sich.

Der Untersuchungsgegenstand beschränkt sich auf die Facebook-Beiträge der BIY in dem Zeitraum vom 18. März bis 10. April 2014, wo die jungen AktivistInnen ihre Aussagen unmittelbar zum Ausdruck bringen. Nachdrücklich wird hier akzentuiert, dass das

Forschungsinteresse in der Produktion und Reproduktion der themenbezogenen Diskurse seitens der BIY liegt. Bewegungsdiskurse anderer AkteurInnen und Mediendiskurse, die der Untersuchung der öffentlichen Resonanz behilflich sein können, benötigen weiterer Forschungen. In der vorliegenden Studie konzentriert sich das Augenmerk auf die Problemdiagnose, Lösungsvorschläge und Motivationsstrategien der jungen AktivistInnen hinsichtlich ihrer Rezeption von Chinas Rolle in der taiwanesischen Gesellschaft. Facebook als eins der repräsentativsten sozialen Medien erweist sich als visueller Schauplatz für den Machtkampf um diskursive Vorherrschaft. Dort werden „Inhalte ständig neu verhandelt, Produktion und Nutzung bilden einen gemeinsamen Prozess, in dem sich Inhalte durch Interaktivität, Dezentralität und Dynamik konstant verändern“ (Thimm 2017: 194). Der in der Facebook-Seite der BIY hergestellte Deutungsrahmen gilt als Reaktionen der jungen Generation auf die wirtschaftliche Integration und die politische Annäherung der beiden Seiten der Taiwan-Straße, welche in gegenseitiger Anerkennung des Ein-China-Prinzips² durch die KPCh und die KMT vorangetrieben wurde.

2.2 Internet und soziale Medien

Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte über die Rolle des Internets bei der politischen Kommunikation ist ambivalent. VertreterInnen der deliberativen Demokratie schreiben dem Internet einen neuen Charakter als Förderer bzw. Garant der Demokratie zu, weil es niedrige Kosten benötige, gleichen Zugang zu Informationen anbiete und sich wegen seiner dezentralisierten sowie transnationalen Kommunikationsmöglichkeit der Regierungskontrolle entziehen und somit ein breiteres Publikum erreichen könne (vgl. Dahlberg 2007: S. 50). Nach Jürgen Habermas kann sich die Demokratie erst legitimieren, wenn die öffentliche Sphäre und die Zivilgesellschaft an dem parlamentarischen Entscheidungsprozess teilnehmen können (vgl. Grimm 2001: S. 24). Demnach entsteht im Cyberspace ein neuer öffentlicher Raum, wo Menschen im idealen Fall rational und kritisch

² Das Ein-China-Prinzip, das auch als „Konsensus von 1992“ bezeichnet wird, war die Grundlage politischer Verhandlungen zwischen der VR China und der Republik China (Taiwan) und geht auf das Statement Taiwans unter der Führung der KMT im Jahr 1992 zurück. Darunter versteht man, dass sowohl die VR China als auch die Republik China zu einem gemeinsamen China gehören. Aber die Interpretation dieses „Chinas“ wird beiden Seiten selbst überlassen: „Both sides of the Taiwan Strait agree that there is only one China. However, the two sides of the Strait have different opinions as to the meaning of “one China.” To Peking, “one China” means the “People’s Republic of China (PRC),” with Taiwan to become a “Special Administration Region” after unification. Taipei, on the other hand, considers “one China” to mean the Republic of China (ROC), founded in 1911 and with de jure sovereignty over all of China. The ROC, however, currently has jurisdiction only over Taiwan, Penghu, Kinmen, and Matsu. Taiwan is part of China, and the Chinese mainland is part of China as well.” (zitiert nach Schubert 2013: 541)

ihre Meinungen zu wichtigen Angelegenheiten äußern und miteinander austauschen können. Dadurch können sie Druck auf die Eliten ausüben und sich an dem politischen Entscheidungsprozess beteiligen. Damit das Internet die Demokratie fördert bzw. garantiert, müssen jedoch zahlreiche Bedingungen gegeben sein. Erstens muss das demokratische Konzept bereits in einer Gesellschaft verankert sein und funktionsfähige Institutionen dafür müssen etabliert sein. Zweitens muss ein rationaler und kritischer Meinungs Austausch zwischen demokratisch gesinnten BürgerInnen stattfinden. Dahlberg (2007) zufolge werden dadurch undemokratische Gruppen und irrationale Diskurse ausgeschlossen, welche im Internet aber dennoch Gehör finden können. So entsteht im Cyberspace „a struggle for culture domination [...] between those (dominant) discourses that have achieved (at any one time) authoritative status, and subordinate discourse constituted by excluded elements that are marginalized or even silenced in mainstream (structured by dominant discourses) communicative arenas.“ (Dahlberg 2007: S. 55)

Soziale Medien sind sowohl im technischen als auch im sozialen Hinblick eine besondere Anwendungsmöglichkeit des Internets und kennzeichnen sich vor allem durch benutzerfreundliche Anwendung, nutzergenerierte Inhalte und digitale Vernetzung von Menschen. Demnach definieren Monika Taddicken und Jan-Hinrik Schmidt (2017) soziale Medien als „Sammelbegriff für Angebote auf Grundlage digital vernetzter Technologien, die es Menschen ermöglichen, Informationen aller Art zugänglich zu machen und davon ausgehend soziale Beziehungen zu knüpfen und/oder zu pflegen“ (Taddicken/Schmidt 2017: 8). Die anwendungstechnischen Funktionen wie Erstellen, Kommentieren, Annotieren und Weiterleiten von Nachrichten bzw. anderen Inhalten, die ohne zeitliche und räumliche Einschränkungen erfolgen, brechen das Modell der institutionalisierten Massenmedien auf und erleichtern die Kommunikation zwischen Menschen in aller Welt. Vor allem die politische Kommunikation zwischen den Eliten im Machtzentrum und der Zivilgesellschaft bzw. einzelnen BürgerInnen in der Peripherie durchlebt aufgrund der Entwicklung der sozialen Medien einen schwerwiegenden Wandlungsprozess. Die klassische Kommunikationsasymmetrie, in der die MachthaberInnen einen besseren Zugang zu Medien haben und somit den öffentlichen Diskurs für sich beanspruchen können, wird durch interaktive und partizipative soziale Medien gesprengt, wie Emmer (2017) feststellt: „Für Akteure des sogenannten ‚Dritten Sektors‘ bzw. der Zivilgesellschaft sind Onlinemedien theoretisch sehr gut geeignete Kommunikationsmittel, da sie stärker auf einfache und

kostengünstige Zugänge zu medialer Öffentlichkeit sowie auf Instrumente der Mobilisierung von Anhängern und Unterstützern angewiesen sind.“ (Emmer 2017: 88)

Grundsätzlich basiert diese Arbeit auf einer netzrealistischen Annahme, dass soziale Medien sowohl fördernde als auch hemmende Funktionen bei der Meinungsbildung aufweisen: „Zwar bergen sie das technische Potenzial neuer Kommunikationslogiken (Interaktivität, Echtzeit, Ortlosigkeit) und andersartiger Handlungslogiken (Vernetzung, Transnationalität, Konnektivität). Soziale Medien operieren aber nicht im sozialen Vakuum und liefern keine einfachen Lösungen für die Probleme der Demokratie.“ (Kneuer/Richter 2015: 29) Jedoch bieten sie neue Möglichkeiten für politische Partizipation, virtuelle Räume für den Machtkampf um die diskursive Vorherrschaft in der Öffentlichkeit und vielfältige Mobilisierungspotenziale, vor allem für die junge Generation. Somit sind NutzerInnen der sozialen Medien im Wandel begriffen, sich von passiven RezipientInnen zu aktiven ProduzentInnen von Sprachen und Bedeutungen zu entwickeln.

2.3 Der Framing-Ansatz

Die ideengeschichtliche Beschäftigung mit der *social movement* beginnt Werner Hofmann (1971) zufolge mit der Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution, während deren deutschsprachige Begriff 1842 durch Lorenz von Stein eingeführt wird (Hellmann 1998: 10). Seither ist der Begriff der sozialen Bewegung von diversen philosophischen und gesellschaftlichen Strömungen geprägt worden und entfaltet ein breites Spektrum von Deutungsmöglichkeiten. Insbesondere die marxistische Klassentheorie und die Massenpsychologie von Gustav Le Bon wirken nachhaltig auf die Entwicklung der Bewegungsforschung. Während Marx die Arbeiterbewegung als rationales kollektives Handeln mit klarer Zielsetzung und radikalen soziopolitischen Folgen betrachtet, versteht Le Bon unter sozialer Bewegung vielmehr eine irrationale Reaktion der leidenden Individuen (ebd.: 12). Auf die ideengeschichtliche Entwicklung der Begrifflichkeit „soziale Bewegung“ wird in dieser Abhandlung nicht tiefer eingegangen, da dies den thematischen Rahmen sprengen würde. Anlehnend an Otthein Rammstedt (1978) lässt sich eine soziale Bewegung in der vorliegenden Studie als Prozess des Protestes definieren: „Unter sozialer Bewegung soll ein Prozeß des Protestes gegen bestehende soziale Verhältnisse verstanden werden, ein Prozeß, der bewußt getragen wird von einer an Mitgliedern wachsenden Gruppierung, die nicht formal organisiert zu sein braucht.“ (Rammstedt 1978: 130)

In den Sozialwissenschaften gelten soziale Bewegungen bis in die 1970er hinein weitgehend als „spontane, quasi automatische und irrationale Reaktionen auf gesellschaftliche Missstände, die sich von konventionellem Handeln klar unterscheiden ließen“ (Schorr 2012: 36), beispielweise die weltweite Sklavenbefreiungsbewegung. Spätestens seit der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren, unter anderem die Anti-Atomkraftbewegung in Europa und Amerika sowie die Bürgerrechtsbewegungen der späteren 1980er Jahre in Osteuropa, lässt sich deutlich erkennen, dass soziale Bewegungen nicht lediglich als verzweifelte, irrationale Aktionen benachteiligter Menschengruppen betrachtet werden können. Ganz im Gegenteil, soziale Bewegungen seien „die Folge strategischer Interaktionen zwischen antagonistischen Akteuren – dem Staat und den Protestgruppen“ (ebd.: 37). Die neue Protestgeneration bezeichnet Hanspeter Kriesi (1987) als eine „neue Mittelschicht“, die aufgrund erhöhten Wohlstandes und akademischer Ausbildung einen Wandel der Weltanschauung vom Materialismus zum Postmaterialismus durchlebt und ihre Werte durch öffentliche Artikulation bzw. politische Partizipation zu realisieren versuchen (Hellmann 1998: 15).

Somit wendet sich das Forschungsaugenmerk bezüglich sozialer Bewegungen ab von affektiven Reaktionen auf eigene, individuelle Misere und richtet sich auf rational organisiertes, kollektives Handeln bestimmter Interessengruppen, die wirkungsvolle Anreize schaffen und breite Massen für gemeinsames Anliegen mobilisieren. Nach der Etablierung der Bewegungsforschung als ein eigenständiger Fachbereich in den 1970er Jahren herrschten vorwiegend zwei theoretische Ansätze, um das Bewegungsphänomen zu erklären: die Ressourcenmobilisierungstheorie (resource mobilization theory) und der Ansatz der politischen Gelegenheitsstruktur (political opportunity structure).

Das Konzept der Ressourcenmobilisierung basiert maßgeblich auf der Rational Choice Theorie und geht grundsätzlich davon aus, dass soziale Bewegungen über bestimmte soziale bzw. politische Ressourcen verfügen und oft von etablierten Interessengruppen anhand sorgfältiger Kostenkalkulierung organisiert werden (Zald 1992: 332-333; Kern 2008: 122). Das Vorhandensein eines bestimmten sozialen Missstandes bzw. einer gemeinsamen Unzufriedenheit wird nicht mehr als unbedingte Prämisse für die Entstehung der sozialen Bewegung vorausgesetzt: „In fact, there are grievances everywhere in the world, many of which never lead to the formation of a social movement.“ (Karagiannis 2005: 142)

Stattdessen befassen sich SoziologInnen mit sozialen Bewegungen als kollektivem Handeln rational denkender Individuen, die sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele gruppieren, verfügbare Ressourcen, u.a. Personal, Zeit und Kapital nicht nur bereitstellen, sondern auch vernünftig für konkrete Handlungen mobilisieren bzw. einsetzen. Laut Mayer N. Zald und John D. McCarthy (1988) untersucht die Ressourcenmobilisierungstheorie hauptsächlich „the variety of resources that must be mobilized, the linkages of social movements to other groups, the dependence of movements upon third parties for success, and the tactics used by authorities to control or incorporate moments” (Zald/McCarthy 1988: 1). Dementsprechend ist die Kompetenz der Bewegungsorganisation, disponible Ressourcen innerhalb und außerhalb der Bewegungsstruktur zielorientiert für sich zu mobilisieren, für den Erfolg der sozialen Bewegung ausschlaggebend.

Aus der Kritik an der Ressourcenmobilisierungstheorie, die sich stark auf die innere Steuerung der Bewegungsorganisation fokussiert und externe Bedingungen vernachlässigt, wendet sich der Ansatz der politischen Gelegenheitsstruktur der äußeren Umgebung der sozialen Bewegung zu. Durch eine quantitative Analyse der sozialen Proteste in 43 amerikanischen Städten im Jahr 1968 weist Peter Eisinger (1973) explizit auf den dialektischen Zusammenhang zwischen dem politischen Rahmen (inklusive des politischen Systems, der sozialen Stabilität, der Einstellung der Eliten usw.) und der Mobilisierung der sozialen Bewegungen hin. Eisingers These wird vor allem durch Sidney Tarrow erweitert und systematisiert, dem zufolge u.a. fünf Dimensionen der politischen Struktur die Mobilisierung der sozialen Bewegungen maßgebend beeinflussen können: „(1) the opening of access to participation for new actors; (2) the evidence of political realignment within the polity; (3) the appearance of influential allies; (4) emerging splits within the elite; and (5) a decline in the state’s capacity or will to repress dissent” (Tarrow 1998: 76). Die positive bzw. negative Komposition dieser politischen Dimensionen könne die Mobilisierung der sozialen Bewegung entsprechend erleichtern bzw. erschweren. Beispielweise bleibt der Erfolg der sozialen Bewegungen im streng autoritären Regime wie China häufig aus, weil sich gewaltsame Unterdrückung mobilisierungshinderlich auswirkt. Hingegen lassen sich Proteste in einem sehr offenen System ebenfalls schwer mobilisieren, denn die Bereitschaft der politischen Elite, Forderungen der Bevölkerung anzunehmen, erleichtert den Zugang der AkteurInnen zum Entscheidungsprozess und dämpft somit deren Bewegungsmotivation ein. Ein gutes Beispiel liefert sich die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland nach der Fukushima-Katastrophe 2011. Drei Tage nach dem Atomunfall kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel unerwartet den

Atomausstieg Deutschlands an, was die potentielle landesweite Anti-Atom-Bewegung entscheidend bremste. In einem wechselseitigen Verhältnis hat jede soziale Bewegung auch das Potential, das politische System zu ändern. So konzentriert sich der Gelegenheitsstruktur-Ansatz überwiegend auf die Interaktion zwischen bewegungsexternen Bedingungen und dem Mobilisierungspotential der BewegungsakteurInnen. (vgl. Hellmann 1998: 23-25)

Anders als die Ressourcenmobilisierungstheorie und der Gelegenheitsstruktur-Ansatz, welche die internen Mobilisierungsressourcen wie auch die externen politischen Bedingungen als gegeben betrachten, untersucht der Framing-Ansatz die Entstehung und Entwicklung der sozialen Bewegungen aus dem konstruktivistischen Aspekt. Im Zentrum des Framing-Ansatzes steht die Grundannahme, dass die Bedeutungen und Inhalte als wichtige Mobilisierungsressourcen nicht automatisch existieren. Stattdessen sind sie die Folge der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kämpfe um die Interpretationsmacht der Diskurse. Soziale Bewegungen sind daher nicht nur Träger und Vermittler von bestimmten Ideen bzw. Ideologien, sondern vielmehr auch deren Hersteller, wie David A. Snow und Robert D. Benford folgendermaßen beschreiben:

Movements functions as carriers and transmitters of mobilizing beliefs and ideas, to be sure; but they are also actively engaged in the production of meaning for participants, antagonists, and observers. The productive work may involve the shaping and structuring of existing meanings. Movements can thus be construed as functioning in part as signifying agents and, as such, are deeply embroiled, along with the media and the state, in what Stuart Hall (1982) has referred to as the 'politics of signification'. (Snow/Benford 1988: 198)

Um eigenes Handeln in der Öffentlichkeit zu legitimieren, UnterstützerInnen zu mobilisieren, Schaulustige für sich zu gewinnen und KontrahentInnen zu demoralisieren, bemühen sich alle teilnehmenden AkteurInnen darum, bewegungsfördernde Diskurse zu produzieren und bereits vorhandene neu zu interpretieren. So versteht man unter Framing einen interaktiven Deutungsprozess und antagonistischen Wettbewerb zwischen verschiedenen BewegungsakteurInnen um die Vorherrschaft der Diskurse. Nach Snow/Benford besteht ein Framing vor allem aus drei Kernelementen: „(1) diagnosis of some event or aspect of social life as problematic and in need of alteration; (2) a proposed solution to the diagnosed problem that specifies what needs to be done; and (3) a call to arms or rationale for engaging in ameliorative or corrective action” (ebd.: 199). Bezüglich der Problemdiagnose wird zuerst ein bestimmtes Ereignis oder eine gewisse Situation als Hauptthema der Bewegung anvisiert und

sowohl als problematisch als auch als verbesserungsfähig diagnostiziert. Dabei wird eine plausible Kausalität zwischen der änderungsbedürftigen Situation und deren Verantwortlichen, denen im Allgemeinen Schuld zugewiesen wird, konstruiert. Auf dieser Grundlage werden glaubwürdige Lösungsvorschläge konzeptualisiert. Gleichzeitig stilisieren sich die AktivistInnen als KatalysatorInnen und HandlungsträgerInnen des Aktionsplans. Schließlich müssen Menschen durch Anreize, z.B. Belohnung im Fall von Handeln und Drohung im Fall von Nicht-Handeln, zur Teilnahme an der sozialen Bewegung motiviert werden (vgl. ebd.: 200-204; Kern 2008: 142-146; Kliment 1998: 70-72). Dazu wird nach Kern (2008) ein viertes wichtiges Element ergänzt, nämlich das Framing der kollektiven Erinnerung (memory framing) (Kern 2008: 145), die in den jeweiligen kulturellen und historischen Kontext eingebettet ist und unter Umständen die kognitive Akzeptanz der Bewegungen fördern kann.

Jedoch verspricht die Erfüllung der Framing-Aufgaben nicht automatisch eine erfolgreiche Bewegungsmobilisierung. Um eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit zu erzielen, müssen die Produktion und Reproduktion der Frame-Elemente drei Kriterien erfüllen: „(1) empirical credibility, (2) experiential commensurability, and (3) narrative fidelity“ (Snow/Benford 1988: 208). Nach Snow und Benford (1988) müssten die hergestellten Frame-Elemente auf bestimmte Ereignisse zugeschnitten sein und einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Diagnose, Lösung und Motivation generieren. Darüber hinaus sollten sie am besten mit persönlichen Erfahrungen der breiten TeilnehmerInnen und potentiellen UnterstützerInnen kohärent sein. Um das Protesthandeln in der Gesellschaft zu rechtfertigen und den öffentlichen Diskurs zu den eigenen Gunsten zu gestalten, müssten die AkteurInnen ihre Deutungsschemata in ihren kulturellen und historischen Bezugsrahmen integrieren (ebd.: 208-210; Schorr 2012: 55).

2.4 Methode – Diskursanalyse

In Anlehnung an den poststrukturalistischen Framing-Ansatz werden die zentralen Forschungsfragen mit Hilfe der wissenssoziologischen Diskursanalyse herausgearbeitet. Der aktuelle Diskursbegriff geht wesentlich auf den französischen Philosophen Michel Foucault (1926-1984) zurück, der sich in den 1960er und 1970er Jahren intensiv mit Erkenntnissen der Diskurse auseinandersetzt. Vor allem in seinen repräsentativen Werken *Die Ordnung der Dinge* (1966) und *Archäologie des Wissens* (1969) konstatiert er, dass nicht eine einzelne Aussage, sondern eine Anzahl von miteinander zusammenhängenden Aussagen als ein

Diskurs betrachtet werden muss: „In dem Fall, wo man in einer bestimmten Zahl von Aussagen ein ähnliches System der Streuung beschreiben könnte, in dem Fall, in dem man bei den Objekten, den Typen der Äußerung, den Begriffen, den thematischen Entscheidungen eine Regelmäßigkeit definieren könnte, wird man übereinstimmend sagen, dass man es mit einer diskursiven Formation zu tun hat.“ (Foucault 1988: 58; Keller 2011: 46) Jedoch liegt sein Augenmerk nicht nur auf der sprachlich-semantischen Ebene der Diskurse, sondern vielmehr auf dem soziopolitischen Milieu und den institutionellen Bedingungen der Diskursproduktion. Foucault geht davon aus, dass eine Reihe ähnlicher Aussagen von einer Machtinstanz generiert wird. Durch kontinuierliche Wiederholung dieser Aussagen wird in der Öffentlichkeit das Sagbare konstruiert und von dem Verbotenen abgegrenzt. Dieses System von Sagbarem und Verbotenem wird als Diskurs über einen bestimmten Gegenstand im kollektiven Gedächtnis und Verhalten gespeichert. Ein Diskurs ist immer in das historisch bedingte Machtverhältnis und somit dessen soziale Umwelt eingebettet, denn jede Gesellschaft „akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt“ (Foucault 1978: 51). Daraus ergibt sich die Hauptaufgabe der Foucaultsche Diskursanalyse, „die darin besteht, nicht – nicht mehr – die Diskurse als Gesamtheiten von Zeichen (von bedeutungstragenden Elementen, die auf Inhalte oder Repräsentationen verweisen), sondern als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (ebd. 74).

Orientiert an Foucaults Diskurstheorie beschäftigt sich die wissenssoziologische Diskursanalyse vor allem damit, die diskutierten Defizite durch eine Akzentverschiebung von der Konzentration auf die Wissensbestände und Deutungsleistungen individueller Akteure des Alltags hin zur Analyse von diskursiven Prozessen der Erzeugung, Zirkulation und Manifestation kollektiver Wissensvorräte auszugleichen“ (Keller 2005: 181). Nicht nur durch Analyse der Primärtexte, sondern auch durch Untersuchung der an der Produktion bzw. Reproduktion teilnehmenden Akteure und der entsprechenden historischen, kulturellen und soziopolitischen Bedingungen lassen sich Diskurse als Elemente der Phänomenstruktur und zugleich der Handlungspraktiken beschreiben.

Anhand der wissenssoziologischen Diskursanalyse wird in der vorliegenden Forschung zuerst ein prägnanter Abriss über die historischen und politischen Beziehungen zwischen China und Taiwan gezeigt, in die das Untersuchungsereignis „Sonnenblumenbewegung“ eingebettet ist. Anschließend wird der Entfaltungsprozess dieser sozialen Bewegung chronologisch

rekonstruiert, wobei die AkteurInnen und deren Praktiken vorgestellt werden. Durch die sprachlich-semantiche Analyse der zum Untersuchungsgegenstand ausgewählten Facebook-Aussagen der Black Island Nation Youth Front wird zuerst auf der Textebene die Frage beantwortet, welche Themenkomplexe behandelt werden. Für diese primäre Analyse werden alle Facebook-Beiträge zwischen dem 18. März und 10. April als Basisdatenkorpus erhoben. Daraufhin wird ein umfassendes Bild von den wichtigen AkteurInnen und deren Handlungstaktiken gezeichnet, die in allen Texten dargestellt werden. An dieser Stelle ist ausdrücklich hervorzuheben, dass sich das besondere Augenmerk dieser Forschungsarbeit auf die textförmigen Daten der Facebook-Beiträge beschränkt, die am 5. Januar 2015 und am 10. Dezember 2017 erhoben wurden. Beide Datenerhebungen zeigen identische textuelle und audiovisuelle Beiträge. Audiovisuelle Daten werden zwar als Taktiken der Diskursführung miteinbezogen, aber nicht durch gattungsspezifische Feinanalyse untersucht.

Angesichts der enormen Datenmenge und der unterschiedlichen Informationsgehalte wird im nächsten Schritt ein kleineres Datenkorpus von 40 themenbezogenen Texten für die Feinanalyse ausgewählt, die für die Rekonstruktion der Phänomenstruktur besonders von Belang sind. Bei der Textauswahl wird insbesondere anhand des Prinzips der minimalen Kontrastierung vorgegangen und nach ähnlichen Aussagen gesucht, bis „den jeweils erfassten Teilbereich möglichst genau und vollständig zu rekonstruieren, bis seine Analyse schließlich als ‚gesättigt‘ erscheint“ (Keller 2011: 92-93). Die interpretative Feinanalyse folgt der induktiven Logik der Grounded Theory³ und nutzt die offene Kodierung der medialen Diskurse: „So wird zunächst mit dem ‚Satz für Satz‘-Kodieren begonnen. Die am Anfang noch zahlreichen Codes werden dann in abstraktere, umfassendere Codes umgewandelt. Dadurch werden aus kleinteiligen Codes umfassendere Kategorien.“ (Schultz 2014: 82) Die Codes bzw. Kategorien werden mit konkreten Zeitangaben belegt, um dadurch eine potentielle Diskursveränderung zu beobachten. Anhand der Praktiken der BIY als Hauptakteur und des kodierten Textkorpus wird versucht, die Diskursstruktur zu rekonstruieren. Bei der Rekonstruktion und Interpretation der Diskurse werden auch Interviews mit führenden AktivistInnen angeführt, um die Deutungsmuster noch klarer herauszuarbeiten. Infolgedessen wird die herauskristallisierte Phänomenstruktur im

³ Die methodischen Vorschläge der Grounded Theory sind bei der Diskursanalyse hilfreich. In der vorliegenden Studie werden aber nicht alle Vorgehensweisen der Grounded Theory unternommen, denn es wird hier nicht darauf abgezielt, ein neues Forschungsthema durch offene Kodierung zu generieren. Stattdessen wird die Kodierungsmethode als methodisches Instrument, um Daten für verfolgte Fragestellungen zu bearbeiten (vgl. Keller 2011: 97-112).

thematischen Kontext der sino-taiwanesischen Beziehungen analysiert und das Deutungsmuster der jungen Generation in Taiwan nachgezeichnet.

3. Taiwans Demokratisierung und Geschichte der sino-taiwanesischen Beziehungen

3.1 Taiwans Weg zur Demokratie

„China cedes to Japan in perpetuity and full sovereignty the following territories, together with all fortifications, arsenals, and public property thereon: [...] The island of Formosa, together with all islands appertaining or belonging to the said island of Formosa.“

– **Treaty of Shimonoseki** am 17. April 1895 (Ch'ing Dynasty Treaties and Agreements Preserved by the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of China (Taiwan) 1895: 7-8)

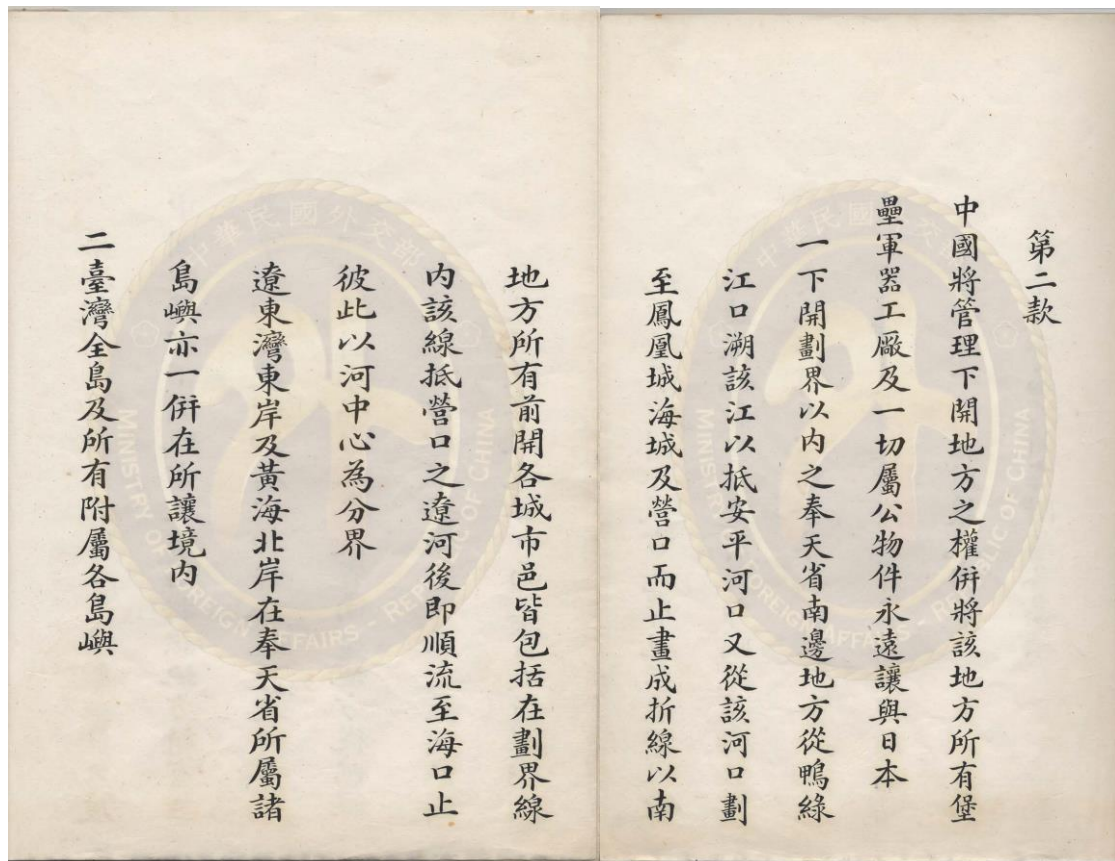


Abb. 2: Im Artikel 2 des Vertrags von Shimonoseki wurde fest verankert, dass die chinesische Qing-Regierung Taiwan und umliegende Inseln nach dem sino-japanischen Krieg 1895 an Japan abtrat (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of China [Taiwan]).

Der Vertrag von Shimonoseki (1895) gilt als einschlagender Wendepunkt in den chinesisch-taiwanesischen Beziehungen.⁴ Die Abtretung Taiwans an Japan wurde staatsvertraglich

⁴ Trotz der regen Bevölkerungszuwanderung aus Südchina in den früheren Zeiten stand Taiwan zum ersten Mal unter einer chinesischen Herrschaft, als Zheng Chenggong, General der Ming-Dynastie (1368-1644), 1662 die

festgelegt und somit wurde die Ära des japanischen Kolonialregimes in Taiwan eingeleitet. Unter der japanischen Kolonialherrschaft, die darauf abzielten, „erstens ihre Macht zu konsolidieren, zweitens die Wirtschaftserträge zu optimieren und drittens Taiwan zu einer strategischen Drehscheibe für das weitere Vordringen nach Süden auszubauen“ (Weggel 1991: 66), erlebte Taiwan eine rasante gesamtwirtschaftliche Entwicklung und eine sichtliche Verbesserung der Infrastruktur. So wuchs die Industrieproduktion Taiwans zwischen 1937 und 1945 um 10% (Shaw 1979: 24). Darüber hinaus wurden ein funktionsfähiges Verkehrssystem mit Eisenbahn, Straßen und Häfen aufgebaut und ein großflächiges Bewässerungssystem zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung angelegt (Weggel 1991: 73-74). Die erfolgreichen wirtschaftlichen Maßnahmen der japanischen Kolonialherrschaft dienten zwar in erster Linie dem Wohlstand der in Taiwan ansässigen Japaner und der Unterstützung des japanischen Heimatlandes. Aber dadurch wurde die industrielle Grundlage für Taiwans Weiterentwicklung nach der Kolonialzeit geschaffen. Trotzdem litten die Taiwaner während der gesamten Kolonialzeit als „Menschen zweiter Klasse“ (Schubert 2013: 507) massiv unter politischer Unterdrückung, wirtschaftlicher Benachteiligung und soziokultureller Diskriminierung. Beispielsweise waren 1930 über 45% der in Taiwan lebenden Japaner im öffentlichen Dienst angestellt, während nur 2,7% der Taiwaner der Zugang erlaubt war (vgl. Shaw 1979: 21). Um den Widerstand der taiwanesischen Bevölkerung einzudämmen, wurde der Schulunterricht für taiwanesischen Kinder reduziert. Gleichzeitig wurde Japanisch als Unterrichtssprache zum Zweck der Assimilierung eingeführt (Weggel 1991: 85).

Im Laufe des Zweiten Weltkriegs wurde die territoriale Zugehörigkeit Taiwans immer wieder ein Thema der internationalen Vereinbarungen. Zuerst wurde Taiwan als Teil der Siegemächte unterzeichneten VertreterInnen der alliierten Staaten am Ende des Zweiten Weltkrieges in der Kairoer Erklärung und der Potsdamer Erklärung, in denen Japan dazu aufgefordert wurde, Taiwan und umliegende Inseln an die Republik China (damals unter der

holländische Kolonialmacht auf der Insel vertrieb und Taiwan als Stützpunkt gegen die mandschurische Qing-Dynastie (1644-1911) beherrschte. Nach 20-jährigem Widerstand wurde Taiwan im Jahr 1683 offiziell als Teil der benachbarten Fujian-Provinz in das chinesische Reich unter der Qing-Herrschaft einverleibt. (vgl. Weggel 1991: 22-27) Nach der Eingliederung Taiwans betrieb die Qing-Regierung jedoch keine aktive Politik, bis Taiwan 1874 von Japan und 1884/85 von Frankreich militärisch angegriffen wurde. Aus Handels- und Sicherheitsgründen wurde Taiwan 1885 zu einer eigenständigen Provinz erklärt. (vgl. Schubert 2013: 505-506; Shaw 1979: 11-20) Aus der chinesischen Sicht gilt Taiwan seit der Ming-Dynastie als ein Teil Chinas, während diese historische Zugehörigkeit aus taiwanesischer Perspektive vehement in Frage gestellt wird. In der vorliegenden Arbeit wird nicht auf die geschichtlichen Auseinandersetzungen zwischen China und Taiwan eingegangen.

Führung der Chinesischen Nationalpartei, Guomindang bzw. Kuomintang [KMT]) zurückzugeben:

„It is their [USA, Großbritannien und China – Anm. d. A.] purpose that Japan shall be stripped of all the islands in the Pacific which she has seized or occupied since the beginning of the First World War in 1914, and that all the territories Japan has stolen from the Chinese, such as Manchuria, Formosa, and the Pescadores, shall be restored to the Republic of China.“

– **Cairo Declaration** am 1. Dezember 1943 (Important Documents Concerning the Question of Taiwan 1955: 7)

„The terms of the Cairo Declaration shall be carried out and Japanese sovereignty shall be limited to the islands of Honshu, Hokkaido, Kyushu, Shikoku and such minor islands as we determine.“

– **Potsdam Declaration** am 26. Juli 1945 (Important Documents Concerning the Question of Taiwan 1955: 9)

In dem am 2. September 1945 unterschriebenen Kapitulationsschreiben bekannte sich Japan zur Potsdamer Erklärung und formulierte seinen politischen Willen folgendermaßen: „The Japanese Government and the Japanese Imperial General Headquarters, hereby accept the provisions set forth in the declaration issued by the Heads of Government of the United States, China, and Great Britain on July 26, 1945, at Potsdam.“ (Morello 1966: 18)

Nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg (1945-1949) übersiedelte die KMT unter der Führung von Chiang Kai-shek (Jiang Jieshi 蒋介石) ihre Armeen und Reichtümer vom Festland nach Taiwan und erhob anhand der Erklärungen der Alliierten den territorialen Rechtsanspruch auf die Insel, wie der damalige Parteivorsitzende der KMT ankündigte: „Therefore, when Japan surrendered, the Government of the Republic of China repossessed Taiwan (Formosa) und Penghu (Pescadores) and constituted them as Taiwan Province. Since that Time, Taiwan and Penghu have regained their status as an integral unit of the Republic China.“ (ebd.: 19) Aus chinesischer Sicht kehrte Taiwan *de jure* und *de facto* zur chinesischen Herrschaft zurück.⁵ Diese Dokumente der alliierten Staaten führen erstens zum andauernden Streit zwischen der Republik China (Taiwan) auf der einen Seite und der Volksrepublik China unter der Führung der Chinesischen Kommunistischen Partei (KPCh) auf der anderen Seite. Die Frage, welche Seite China vertritt, bleibt bis heute umstritten. Zweitens erhob eine

⁵ Die juristische Verbindlichkeit der Kairoer und Potsdamer Deklarationen bezüglich der territorialen Zugehörigkeit von Taiwan wurde und wird bis heute von einigen internationalen Anwältinnen und Anwälten in Frage gestellt. Ihrer Meinung nach verkündete die Kairoer Erklärung lediglich die politische Absicht der alliierten Staaten, die aber die Souveränität Taiwans nicht entschieden hätte. (Morello 1966: 18-20)

Gruppe von taiwanesischen Nationalistinnen und Nationalisten vehemente Einwände gegen die Erklärungen, weil die Meinung der Taiwaner bei der Verhandlung nicht miteinbezogen wurde (ebd.: 21). Zu diesem bestreitbaren Rechtsanspruch auf Taiwan kam der Friedensvertrag von San Francisco am 8. September 1951 hinzu, in dem Japan lediglich seinen Machtverzicht auf Taiwan und umliegende Inseln deklarierte, aber die zukünftige territoriale Zugehörigkeit der Inseln offenließ: „Japan renounces all right, title and claim to Formosa and the Pescadores.“ (UNTC 1952) Die Machtkonflikte zwischen der Republik China und der Volksrepublik China sowie gesellschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Festlandchinesen (Waishengren, 外省人) und taiwanesischen Einheimischen (Bendiren, 本地人) legten den grundlegenden Tenor für die Entwicklung der sino-taiwanesischen Beziehungen.

Die Machtübernahme und -konsolidierung des KMT-Regimes in den ersten Jahren in Taiwan war mit erheblichen Turbulenzen in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht begleitet. Innenpolitisch stieß das korrupte und militante KMT-Regime auf allgemeine Unzufriedenheit und vehemente Widerstände der taiwanesischen Bevölkerung, welche im Zwischenfall vom 28. Februar 1947⁶ eskalierten und durch massive militärische Eingriffe rücksichtslos unterdrückt wurden. Angesichts des innertaiwanesischen Aufruhrs und der militärischen Konfrontation mit der KPCh wurde 1949 der Ausnahmezustand in Taiwan ausgerufen und dabei das Notstandsgesetz (Jieyan Fa, 戒严法) eingeführt, das im Notstand dem Militär die Vollmacht verlieh (Weggel 1991: 100) und den Demokratisierungsprozess in Taiwan enorm erschwerte. Durch den sogenannten „Weißen Terror“ wurde die autoritäre KMT-Herrschaft in Taiwan militärisch konsolidiert, aber der Konflikt zwischen Festlandchinesen und taiwanesischen Einheimischen wurde weiter verschärft. Neben der politischen Unterdrückung war Taiwan auch der massiven Raubwirtschaft und der undisziplinierten Verwaltung der KMT ausgesetzt. Dank des Koreakriegs und der Kulturrevolution im chinesischen Festland,

⁶ Der Zwischenfall vom 28. Februar 1947 ging auf einen Konflikt zwischen Beamten der Monopolbehörde und einer taiwanesischen Zigarettenverkäuferin Lin Jiangmai 林江迈 zurück. Lin verkaufte eingeschmuggelte westliche Zigaretten auf der Straße, was allgemein in Taiwan verboten war, wurde jedoch von den Beamten der Monopolbehörde Taipeis erwischt und deren Waren wurden beschlagnahmt. Bei der Auseinandersetzung wurde Lin von den Beamten verletzt und zahlreiche PassantInnen kamen zur Hilfe. Ein Beamter hat das Feuer geöffnet und dabei einen helfenden Passanten getötet. Am nächsten Tag, nämlich am 28. Februar 1947, protestierten hunderttausende Taiwaner gegen das brutale Vorgehen der Beamten. Gegen die Protestierenden setzte der damalige Bürgermeister Chen Yi 陈仪 Militär ein. Demzufolge fielen zahlreiche Taiwaner zum Opfer. Die genaue Opferzahl ist schwer zu beziffern, aber laut dem National 228 Memorial Museum sei eine realistische Schätzung zwischen 10 000 und 20 000. (vgl. Lee 2004)

welche die Kapazität der KPCh erheblich beansprucht hatten, konnte die KMT in den 1960er und 1970er Jahren die Turbulenzen der früheren Jahre überstehen und politische sowie wirtschaftliche Reformen zum Aufbau einer „Musterprovinz“ (Kindermann 1980: 281) durchführen, das als Gegenbeispiel des unter der KPCh regierten China fungieren sollte⁷. Mit der Unterstützung der USA und durch Einführung der Marktwirtschaft, Privatisierung und Förderung der exportorientierten Verarbeitungsindustrie stieg das Bruttoinlandsprodukt Taiwans gegen Ende der 1970er Jahre um 10,6% (ebd.) und die Exporte Taiwans wurden zwischen 1970 und 1980 verzehnfacht (Weggel 1991: 209). und Gemeinsam mit Hongkong, Singapur und Südkorea avancierte Taiwan zu den sogenannten „Tigerstaaten“. Jedoch blieben die politischen Machtpositionen den KMT-Eliten vorbehalten, was wesentlich zum kontinuierlichen Bruch zwischen Festländern und Taiwanern beitrug.

Die wirtschaftliche Liberalisierung in den 1960er und 1970er Jahren gab Motiv und Anstoß für den soziopolitischen Wandel und die erwünschte Demokratisierung in Taiwan, wie die Modernisierungstheorie behauptet (vgl. Nuscheler 2004: 219). Wie Weggel (1991) analysierte, seien vor allem der allgemeine Wohlstand im Modernisierungsprozess und das erhöhte Ausbildungsniveau die ausschlaggebenden Innenfaktoren für die Demokratisierung in Taiwan (Weggel 1991: 242-243). Die Entstehung der damals strikt verbotenen Oppositionsbewegung „Dangwai“ 党外 (außerhalb der Partei), die vor allem aus Einheimischen bestand und für politische Partizipation der Taiwanern kämpfte, und das harte Vorgehen der KMT-Regierung gegen die Demonstrationen erweckten das Nationalbewusstsein der Einheimischen und erhöhte weiterhin die soziale Spannung zwischen Festländern und Taiwanern. Mitglieder der „Dangwai“-Bewegung gründeten 1986 die Demokratische Progressive Partei, die später auf der politischen Bühne Taiwans eine bedeutende Rolle spielt. Entscheidende Außenfaktoren für politische Reformen bilden u.a. der Verlust des UN-Sitzes an die Regierung der Volksrepublik China 1971 und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA 1979, was Taiwan außenpolitisch isolierte und die Herrschaftslegitimität der KMT erheblich in Frage stellte.

⁷ In einer öffentlichen Stellungnahme bezüglich der Niederlage der KMT im chinesischen Bürgerkrieg kündigte Jiang Jieshi die Wiedergeburt des „Freien China“: „Seitdem der Sitz unserer Regierung nach Taiwan verlegt worden ist, haben wir hart gearbeitet, Taiwan im Sinne der Lehren Dr. Sun Yat-sens [Sun Zhongshan 孙中山 – Anm. d. A.] zu einer Musterprovinz für Gesamtchina zu gestalten. Taiwan von heute ist das chinesische Festland von morgen. [...] Nach Vertreibung der Kommunisten werden wir jeden in Taiwan erzielten Fortschritt auf das chinesische Festland mitnehmen und je nach den vorgefundenen Umständen weitere Maßnahmen zur Besserung der dortigen Lebensbedingungen zur Hand haben.“ (Kindermann 1980: 281)

Am 14. Juli 1987 hob Chiang Ching-kuo (Jiang Jingguo 蒋经国), der damalige KMT-Parteivorsitzende, den 38 Jahre lang herrschenden Ausnahmezustand bzw. das Kriegsrecht in Taiwan auf. Dies markiert den Beginn des Demokratisierungsprozesses in Taiwan. Nach dem Tod von Chiang Ching-kuo 1988 übernahm Lee Teng-hui (Li Denghui 李登辉) als erster Einheimischer das Präsidentenamt in Taiwan und verfolgte weiter die Liberalisierungspolitik sowie die „Strategie einer ideologischen ‚Taiwanisierung‘ der KMT“ (Schubert 2013: 521). Auf die Aufhebung des Kriegsrechtes folgte eine Reihe essentieller politischer Reformen, die den Grundstein für Taiwans Demokratie legten: 1988 wurde das Versammlungs- und Demonstrationsgesetz erlassen und die Pressepolitik liberalisiert, was wesentlich zu Belebung der Zivilgesellschaft beitrug. Ein Jahr später erfolgten die Legalisierung der oppositionellen Parteien und 1991 die ersten Verfassungsreformen, denen zufolge direkte Wahlen von Nationalversammlung und Legislativ-Yuan verankert sind. (vgl. Weggel 1991: 260-263; Schubert 2013: 514-515) Nach mehreren Verfassungsreformen in den 1990er Jahren bildet sich das demokratisch geprägte politische System Taiwans heraus (Abb. 3). Mit dem fatalen Wahlverlust der KMT im Jahr 2000 und der Machtübernahme des DPP-Kandidaten Chen Shui-bian (Chen Shuibian 陈水扁) vollendete sich die Transition Taiwans vom autoritären Regime zur Demokratie.

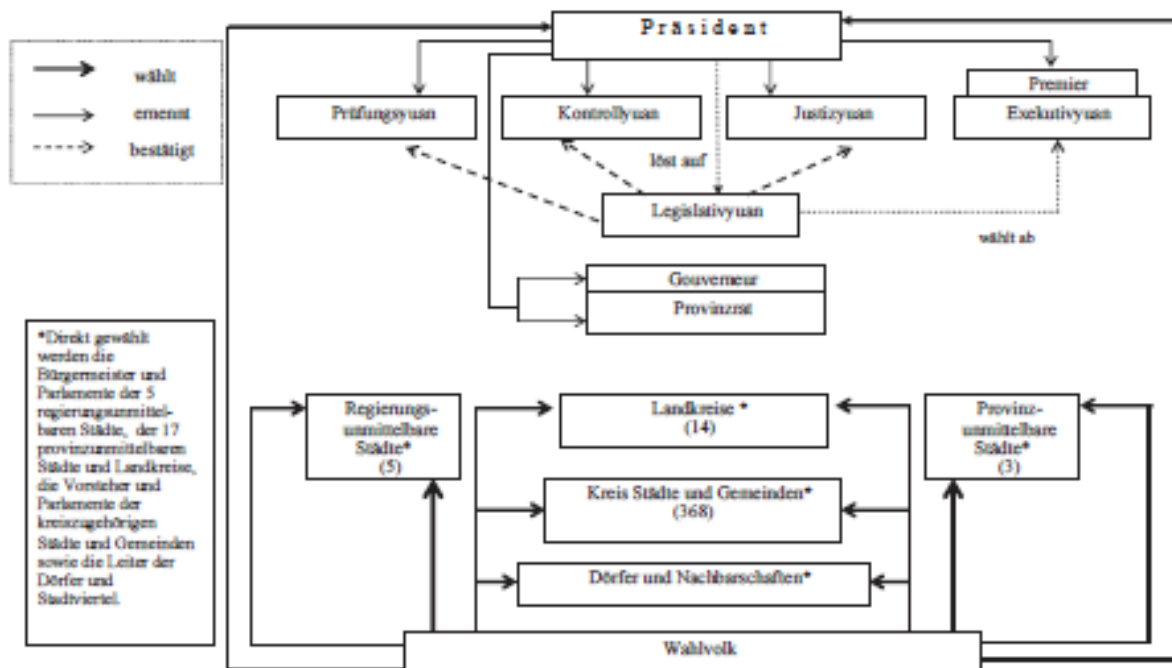


Abb. 3: Das politische System Taiwans (Schubert 2013: 518)

Das heutige politische Machtverhältnis in Taiwan kennzeichnet sich einerseits weiterhin durch die andauernde Konfrontation zwischen der KMT (dem blauen Lager) und der DPP (dem grünen Lager), deren Hauptstreitpunkt sich in der China-Strategie ausdrückt. Während sich die KMT dem Ein-China-Prinzip bzw. dem Konsens von 1992 verpflichtet und langfristig die Wiedervereinigung anstrebt, tendiert DPP zur Aufrechterhaltung des Status quo und zielt auf längere Sicht auf die Unabhängigkeit Taiwans ab. Andererseits wird der politische Einfluss der KMT-DPP-Konfrontation durch die Entstehung junger Parteien nach dem Sunflower Movement 2014, u.a. die New Power Party 时代力量 (NPP) erheblich erschüttert. Die politische Landschaft zersplittert.

3.2 Chinesisch-taiwanesishe Beziehungen im Überblick

Das chinesisch-taiwanesishe Verhält ist durch ein ständiges Auf und Ab charakterisiert. Bis zur Amtsübernahme von Lee Tenghui bestanden sowohl die KMT als auch die KPCh trotz politischer und militärischer Auseinandersetzungen entschlossen auf dem Ein-China-Prinzip. Dementsprechend sprach die KMT nach dem chinesischen Bürgerkrieg von einer „Rückeroberungspolitik“ des Festlandes (Chen 1980: 210) und die KPCh von einer Befreiungspolitik“ (ebd.: 216) Taiwans. In den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg setzten beiden Seiten hauptsächlich auf eine militärische Lösung und gerieten während der wochenlang andauernden Bombardements auf den Kinmen-Inseln (Jinmen 金門) (1954/55 und 1958) in direkte Konfrontation gegeneinander. Mit Hilfe der USA konnte Taiwan die Kinmen-Krisen überwinden, musste sich jedoch zugunsten eines Verteidigungsabkommens mit den USA dazu verpflichten, Offensive gegen das Festland nur im Fall der amerikanischen Einwilligung starten zu dürfen (ebd.: 212).

Nach den Militäraktionen in den 1950er Jahren wandten sich die KMT und die KPCh allmählich von der militärischen Lösung ab und fokussierten in den folgenden Jahren immer stärker auf die politischen Mittel für die Wiedervereinigung.⁸ Bereits 1958 schlug Mao Zedong hinter der Kulisse das Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ als Lösung für die Wiedervereinigung vor, wie im Folgenden dokumentiert wurde: „[Nach der

⁸ In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die militärischen Aktionen keineswegs eingestellt wurden. Die Bombardements auf die Kinmen-Inseln gingen erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA im Jahr 1979 endgültig zum Ende. Allerdings wurden in den 1960er und 1970er Jahren Propagandabroschüren statt Bomben hingeworfen. (Weggel 1991: 236)

Wiedervereinigung] I will let him [Chiang Kai-shek] practice The Three Principles of the People, he can continue to fight communism there, as far as he does not send fighter planes and spies to subvert the mainland. [...] and the Taiwan people can maintain their original way of life.“ (Hung/Kuo 2010: 327) 1978 erklärte die Beijing-Regierung in ihrer „Botschaft an die Landsleute auf Taiwan“, dass die Meinung der taiwanesischen Bevölkerung bei der Wiedervereinigung respektiert werden würde. Ähnliche Wiedervereinigungsangebote aus Beijing wurden bis Ende der 1970er Jahre mehrfach an Taiwan ausgerichtet, stießen jedoch auf tiefen Skepsis der Taipei-Regierung und wurde 1979 mit der sogenannten „Drei Nein Politik“ erwidert, nämlich keine Kontakte, keine Kompromisse und keine Verhandlungen (Schubert 2013: 538).

Das politische Tauziehen zwischen der KPCh und der KMT erfolgte Anfang der 1980er Jahre. 1981 unterbreitete Ye Jianying 叶剑英 als Vorsitzender des Ständigen Komitees der KPCh einen „Neun-Punkte-Vorschlag zur Wiedervereinigung“, in dem beide Seiten zu politischen Gesprächen auf der Parteiebene und zur Kontaktaufnahme im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich aufgefordert wurden (vgl. Weggel 1991: 237; Chen 1980: 231). Angesichts der zunehmenden internationalen Isolierung beschloss die KMT-Regierung Ende der 1980er Jahre eine liberale, aber vorsichtige Annäherungspolitik zur Volksrepublik China, die zuerst Verwandtenbesuche, direkte Telefonverbindungen und Investitionen taiwanesischer Unternehmen auf dem Festland erlaubte. Trotz der blutigen Unterdrückung des Zwischenfalls vom 4. Juni 1989, dem zufolge die Volksrepublik international stark kritisiert und isoliert wurde, ließen sich die direkten Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straßen nicht davon abhalten. 1991 erlaubte die Taipei-Regierung direkte Investitionen auf dem Festland. Ein Jahr später einigten sich die KPCh und die KMT offiziell auf das Ein-China-Prinzip unter unterschiedlichen Deutungsrahmen. Mit der politischen Annäherung und wirtschaftlichen Liberalisierung wurde ein neuer Höhepunkt in den sino-taiwanesischen Beziehungen erreicht.

Die Entspannung zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße Anfang der 1990er Jahre erfuhr jedoch einen abrupten Wendepunkt, als der taiwanesischer Präsident Lee Teng-hui 1995 die USA besuchte. Als Protest gegen Lees Besuch ließ die KPCh mehrere Militärmanöver an der Küste gegenüber Taiwan ausführen, die während der ersten direkten Präsidentschaftswahl in Taiwan im Frühjahr 1996 zu einer Raketenkrise eskalierte. Durch zahlreiche Raketenteste, die

im Gewässer nah zu Keelung (Jilong 基隆) und Kaohsiung (Gaoxiong 高雄) gelandet sind, wurde versucht, die Präsidentschaftswahl zugunsten der Wiedervereinigung zu beeinflussen (Li 2012: 445-446). Die Raketenkrise ist als Zeichen der Bedrohung der VR China in der Erinnerung junger und alter Generationen auf der Insel tief eingewurzelt, wie der junge Sunflower-Aktivist Chen Wei-ting (Chen Weiting 陈为廷) im Interview erwähnte: „Als die Nationalversammlung in Taiwan 1990 neu gewählt wurde, war Taiwan konfrontiert mit Bedrohungen aus dem Festland. Während der Präsidentschaftswahl 1996 ließ die Beijing-Regierung tatsächlich Raketen nach Taiwan schießen.“⁹ Das sino-taiwanische Verhältnis erreichte einen besonderen Tiefstand durch die Zwei-Staaten-Theorie, die Lee Teng-hui 1999 in einem Interview mit der Deutschen Welle formulierte und somit Taiwans Unabhängigkeit vertrat. Demnach war die KMT bereits ideologisch zwischen dem Lager der Wiedervereinigung und dem der Unabhängigkeit gespalten: „Die historische Realität ist, dass die Volksrepublik China nach ihrer Gründung 1949 niemals die Herrschaft über Taiwan, die Pescadore-Inselgruppe, Quemoy und Matsu ausgeübt hat, Gebiete die der Verwaltungskontrolle der Republik China unterstehen. Seit der Verfassungsänderung von 1991 sind die Beziehungen über die Straße von Taiwan hinweg als Beziehung zwischen Staaten definiert, mindestens aber als Beziehung besonderer Art zwischen Staaten.“ (Deutsche Welle 1999)

Während der Präsidentschaft von Chen Shui-bian zwischen 2000 und 2008 vertiefte sich die politische Krise auf beiden Seiten der Taiwanstraße. Die DPP-Regierung bestritt den Konsens von 1992 und strebte einen Unabhängigkeitskurs an. Auf der 29. Konferenz aller Taiwaner weltweit 2002 in Tokyo stellte Chen das Konzept „Ein China, ein Taiwan“ vor: „Taiwan ist nicht ein Teil oder eine Provinz eines anderen Staates. Taiwan darf nicht das zweite Hongkong oder Macau werden. Taiwan ist ein souveräner Staat. In einem Wort sind Taiwan und Festlandchina zwei unabhängige Staaten auf beiden Seiten der Taiwanstraße. Das muss man klar unterscheiden.“¹⁰ [Original in chinesischer Sprache] (Yu 200: 458) Die Chen-Administration förderte weiter die von Lee Teng-hui initiierte Taiwanisierung bzw. „de-Sinicization“ (Hung/Kuo 2010: 329). Beispielweise wurde die taiwanische Geschichte als Schwerpunkt der Schulbildung gesetzt.¹¹ Infolgedessen wuchs das Nationalbewusstsein der

⁹ Interview mit Chen Weiting am 29. Oktober 2016 in Taipei.

¹⁰ 台湾不是别人的一部分：不是别人的地方政府，别人的省，台湾也不能成为第二个香港，澳门，因为台湾是一个主权独立的国家，简言之，台湾跟对面中国一边一国，要分清楚。

¹¹ Interview mit Prof. Dr. Chen Lu-huei am 19. Oktober 2016 in Taipei.

Taiwanesen, während der Wunsch nach der Wiedervereinigung immer mehr aus öffentlichem Diskurs verdrängt wurde. So stellten Hung und Kuo (2010) fest, dass das Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ ein Tabu im politischen Spektrum Taiwans geworden sei. Auch die KMT distanzierte sich seither von einer klaren Positionierung für die Wiedervereinigung (ebd.). Als Reaktion auf Taiwans Unabhängigkeitsbestrebung beschloss die Nationalversammlung der Volksrepublik China im März 2005 das Anti-Abspaltungsgesetz, in dem die Beijing-Regierung ihren Territorialanspruch auf Taiwan demonstrierte. Im Fall einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans werde sich China nicht davor scheuen, militärisch einzugreifen (vgl. Lin 2016: 135). Das Anti-Abspaltungsgesetz wird von der KPCh als ihre letzte politische Grenze in der Taiwan-Frage definiert und zugleich von der Taipei-Regierung – sowohl der DPP als auch der KMT – als massive militärische Bedrohung betrachtet. Während der Chen-Administration erlebten die sino-taiwanesischen Beziehungen eine neue Tiefphase.

Die Tiefphase der sino-taiwanesischen Beziehungen während der Chen-Administration wurde 2008 mit der Machtübernahme der KMT überwunden. Der KMT-Kandidat Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu 马英九) akzentuierte im Wahlkampf „Taiwans interests as a distinct community with its own way of life“ (ebd.: 169) und gewann die Präsidentschaftswahl mit dem politischen Motto der Taiwan-Renaissance, „paying homage to a rapidly consolidating Taiwanese identity while promising to bring about better cross-Strait relations“ (ebd.: 163). Im Gegensatz zu der Restriktionspolitik seines Vorgängers bekannte sich Ma wieder zu dem Konsens von 1992 und bezeichnete das sino-taiwanische Verhältnis als „a special relationship, but not that between two countries“ (China Post 2008). Auf dieser Grundlage plädierte er maßgeblich für eine liberale Wirtschaftskooperation mit dem Festland. Beijing kam der neuen KMT-Regierung entgegen und setzte ihren Fokus zuerst auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und kulturellen Austausch. Bereits am Anfang seiner Amtsperioden 2008 wurden zwischen der VR China und Taiwan direkte Flug- und Postverbindungen errichtet, Bildungsaustausch normalisiert und Tourismus eröffnet. Die politische Annäherung zwischen beiden Seiten wurde ebenfalls rasch eingeleitet. Am 6. November 2008 traf sich Chen Yunlin 陈云林, Vorsitzender der chinesischen Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS), mit Ma Ying-jeou in Taipei. Gegen diesen Besuch protestierende taiwanesischen StudentInnen wurden von der Polizei gewaltsam vertrieben, was zu einer landesweiten Demonstration geführt hat, die als „Wilde Erdbeere Studentenbewegung“ in die taiwanesischen

Demokratiegeschichte eingegangen ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich kamen China und Taiwan in einem unerwartet hohen Tempo aufeinander zu und signierten während der gesamten Ma-Amtsperioden 23 Handels- und Dienstleistungsabkommen (MAC 2017, Abb. 4).

Von besonderer Bedeutung ist das Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA), das am 29. Juni 2010 zwischen der Straits Exchange Foundation (SEF) auf der taiwanesischen Seite und ihrem chinesischen Counterpart ARATS in Chongqing abgeschlossen wurde. Im ECFA sind der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen sowie die gegenseitige Marktöffnung für Waren und Dienstleistung vorgesehen (ECFA 2010:1). Die Ma-Administration setzte Hoffnungen darauf, Beijing durch Handelsabkommen dazu zu bewegen, „to drop its opposition and allow Taiwan to participate in bilateral FTAs [Freihandelsabkommen – Anm. d. A.] with some of its partners and to join regional economic institutions and agreements, even if China did not recognize its sovereignty.“ (Lin 2016: 176) Das ECFA stellte nicht nur Rahmenbedingungen für weitere sino-taiwanesisches Freihandelsabkommen, sondern signalisierte auch den Wandel der Kommunikation zwischen beiden Seiten vom SEF-ARATS-Mechanismus mit einer „privaten“ Natur¹² zu einem offiziellen Regierungskanal. So wurde das Cross-Straits Economic Cooperation Committee (EEC) im SEF-ARATS-Rahmen gegründet, das als Verhandlungsplattform Regierungsoffizielle beider Seiten einbezieht und für weitere Abkommen zuständig ist (Hsieh 2016: 9).

Jedoch war es in taiwanesischer Öffentlichkeit äußerst umstritten und erntete reichliche Pro- wie Kontra-Argumente: Befürworter argumentieren mit der Ankurbelung der Wirtschaft, während Kontrahenten eine immer stärker werdende Einflussnahme der VR China befürchten, die Taiwans Identität gefährdet. Zahlreiche Pro-DPP-Protestierende kritisierten die KMT-Regierung auch an der Intransparenz und mangelnden Checks and Balances im Verhandlungsprozess (ebd.: 179). Die Vorteile vom ECFA resümieren Tung-chieh Tsai und Tony Tai-ting Liu folgendermaßen:

[T]he ECFA facilitated trade across the Strait and established the foundation for further cooperation between Taiwan and China in the near future. Although sceptics warn against Taiwan

¹² Seit der Einführung der „Drei-Nein-Politik“ 1979 hielt Taiwans Regierung daran fest, keine offiziellen Beziehungen mit der Beijing-Regierung zu pflegen. Die zunehmenden direkten und indirekten Kontakte bzw. Verhandlungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße wurden unter diesen Umständen vor allem durch die Straits Exchange Foundation koordiniert und durchgeführt, die im März 1991 als eine Nicht-Regierungsorganisation gegründet wurde und dem im Exekutive-Yuan angesiedelten Mainland Affairs Council (MAC) dient. (vgl. Hsieh 2016: 8)

becoming overly economically dependent on the Chinese economy, such claims should be balanced by the increased institutional development and collaboration between Taiwan and China that effectively move the Taiwan Strait towards peace and stability, and away from conflict. (Tsai/Liu 2017: 28)

Die Nachteile vom ECFA, Taiwans Status quo als de-facto-Souveränität zu untergraben, werden ebenfalls erkannt, dass „Beijing continues to advocate One China as the guiding principle for all dealings with Taiwan on the international stage“ (ebd.: 26) und Taiwan vor regionaler bzw. internationaler Integration zu verhindern. Durch ökonomische und politische Isolation wird immer mehr Druck auf Taiwan ausgeübt. In diesem Rahmenabkommen spiegelt sich das langjährige Taiwan-Dilemma gegenüber dem Festland wider: Einerseits sind die Liberalisierung und Institutionalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten prinzipiell erwünscht und zum gewissen Grad von der Bevölkerung unterstützt, aber andererseits zeigen sich Taiwanesen durchaus alarmiert, dass ihr demokratisches System und ihre freien Bürgerrechte durch ökonomische Abhängigkeit von der Volksrepublik untergraben werden könnten. Das ECFA erweist sich in naher Zukunft als entscheidendes Ereignis im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich in Taiwan und bringt gravierende Folgen für die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen herbei.

<i>Chiang-Chen summits</i>	<i>Date</i>	<i>Venue</i>	<i>Agreements signed</i>
1	June 2008	Beijing	1. SEF-ARATS Minutes of Talks on Cross-Strait Charter Flights 2. Cross-Strait Agreement Concerning Mainland Tourists Travelling to Taiwan
2	November 2008	Taipei	3. Cross-Strait Postal Service Agreement 4. Cross-Strait Sea Transport Agreement 5. Cross-Strait Air Transport Agreement 6. Cross-Strait Food Safety Agreement
3	April 2009	Nanjing	7. Joint-Crime Fighting Cooperation 8. Cross-Strait Financial Cooperation Agreement 9. Cross-Strait Air Transport Supplementary Agreement
4	December 2009	Taichung	10. Agreement on Cooperation of Agricultural Product Quarantine and Inspection 11. Agreement on Cooperation in Respect of Standards, Metrology, Inspection and Accreditation 12. Cross-Strait Agreement on Cooperation in Respect of Fishing Crew Affairs
5	June 2010	Chongqing	13. Economic Cooperation Framework Agreement 14. Intellectual Property Right Protection and Cooperation
6	December 2010	Taipei	15. Cross-Strait Agreement on Medical and Health Cooperation
7	October 2011	Tianjin	16. Nuclear Security Cooperation Agreement
8	August 2012	Taipei	17. Investment protection and promotion 18. Cross-Strait Agreement on Customs cooperation
9	June 2013	Shanghai	19. CSSTA
10	February 2014	Taipei	20. Cross-Strait Collaboration Agreement on Seismological Monitoring 21. Cross-Strait Collaboration Agreement on Meteorology

Abb. 4: Auswahl der unterzeichneten Wirtschaftsabkommen zwischen China und Taiwan (Quelle: Chiang 2015: 48)

4. Die Sonnenblumenbewegung

4.1 Hintergrund – ECFA und CSSTA

Gemäß dem ECFA würden in den nachfolgenden Jahren vier weitere Handels- und Dienstleistungsabkommen verhandelt werden, darunter das Cross-Strait Service Trade Agreement, das die weitreichende gegenseitige Öffnung von Marktbereichen für Dienstleistungen zwischen Taiwan und China verspricht. Nach intensiven Verhandlungen zwischen der KMT und der KPCh wurde das CSSTA am 21. Juni 2013 in Shanghai mit großen Hoffnungen auf die Ankurbelung der taiwanesischen Wirtschaft und Förderung von Taiwans regionaler und internationaler Integration unterzeichnet. Laut dem CSSTA sollte Taiwan seine Einschränkungen für chinesische Investitionen in 64 Dienstleistungsbranchen, u.a. Druckwesen, Finanzservice, Gesundheit, Infrastruktur, Telekommunikation und Umwelt, schrittweise reduzieren bzw. aufheben, während sich die Volksrepublik China zu 80 Branchen verpflichtet. Jedoch verfolgten Taiwan und China im Prinzip unterschiedliche Ziele, wie der US-Regierungsanalytiker Matthew Southerland 2014 berichtete: „Taipei seeks to leverage cross-Strait economic agreements to enhance Taiwan’s integration into the Asia Pacific economy and prevent further isolation, whereas Beijing aims to use expanding cross-Strait economic ties to bind Taiwan closer to China and make progress toward Beijing’s long-term goal of unification.“ (Southerland 2014: 4)

Obwohl der Dienstleistungssektor über 70% des Nationalinlandsprodukt Taiwans ausmacht (Hsieh 2016: 14), wurde dem CSSTA für lange Zeit keine große gesellschaftliche Aufmerksamkeit zuteil. Aufgrund seiner erheblichen Auswirkungen auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Sicherheit drängten mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen die Regierung und die Oppositionsparteien dazu, öffentliche Anhörungen abzuhalten, um mehr Interesse bei der Bevölkerung zu wecken. Politische Parteien, Wirtschaftsverbände, AkademikerInnen und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen beteiligten sich an der kontroversen Debatte über die Vor- und Nachteile des CSSTA für Taiwan.

Unterstützung für das CSSTA kam vor allem von Seiten der politischen Elite der KMT, der großen Unternehmen, der wirtschaftlichen Verbände, AkademikerInnen und anderer VertreterInnen neoliberaler Prägung. Das Wirtschaftsministerium von Taiwan stellt den erwarteten Vorteil des CSSTA hauptsächlich in drei Themenbereichen dar: „The Cross-Strait

Agreement on Trade in Services offers service suppliers in the two Parties better access to each other's service market. It will also enhance the transparency of trade rules in services and help service suppliers of both sides to do business. Additionally, it marks one of the major steps for Taiwan to join regional economic integration and sign trade agreements with trading partners.“ (MEA 2013: 2) Der Wirtschaftsverband General Chamber of Commerce of the Republic of China 中华民国全国商业总会, zu dem 85% aller taiwanesischen Dienstleistungsbranchen als Mitglieder gehören, begrüßte ebenfalls die Unterzeichnung des CSSTA. Das Plädoyer dafür wurde vor allem mit drei Argumenten begründet: Erstens sei der taiwanische Markt für eine langfristige Entwicklung der Dienstleistungen zu klein. Der Zugang zum chinesischen Markt biete insofern den taiwanesischen Unternehmen mehr Chance und Rentabilität. Zweitens müsse sich Taiwan aufgrund seiner höherwertigen Servicequalität und attraktiven Softpower keine Sorgen um die chinesische Konkurrenz machen. Taiwan sei bereit, Herausforderungen der chinesischen und internationalen Konkurrenten zu begegnen. Drittens gelte das Freihandelsabkommen zwischen China und Südkorea, das seit 2012 verhandelt wurde und bereits 2015 in Kraft trat, als ernsthafte Bedrohung für Taiwans Dienstleistungssektor, denn Südkorea verfüge über eine mit Taiwan vergleichbare Serviceindustrie und Qualität (vgl. BBC 2014; GCC 2014). Außerdem schloss sich die Mehrheit der taiwanesischen UnternehmerInnen ebenfalls der Regierung an und äußerte sich optimistisch über die positive Auswirkung des CSSTA auf Taiwan wirtschaftliche Entwicklung. Zum einen werde China wesentlich mehr Branchen und Sektoren gegenüber Taiwan öffnen als umgekehrt, so dass die jahrelang stagnierte Wirtschaft in Taiwan wieder revitalisiert werden könne. Zum anderen diene das CSSTA samt weiterer Handelsabkommen mit China als Sprungbrett für Taiwan, um sich in die regionale und internationale Gemeinde zu integrieren. Ohne Chinas Unterstützung werde Taiwan politisch und wirtschaftlich ferner marginalisiert, was eine nachhaltige Entwicklung Taiwans erheblich beeinträchtigen würde (vgl. Ifeng 2014). Die gleiche Meinung vertraten auch zahlreiche WissenschaftlerInnen und Sachkundige im wirtschaftlich-finanziellen Bereich. Mit ECFA und CSSTA werde den taiwanesischen Unternehmen der Zugang zum Weltmarkt ermöglicht, damit Taiwan im Zeitalter der Globalisierung und multilateralen Wirtschaftszusammenarbeit nicht ins Abseits gerate (vgl. Yen 2015: 393).

Im Gegensatz dazu kritisierten die Gegner des CCSTA zuerst scharf die intransparenten Verhandlungsprozesse der KMT. Gleich am selben Abend nach der Vertragsunterzeichnung

protestierte die Democratic Front Against Cross-Strait Trade in Services Agreement (反黑箱服贸民主阵线, abgekürzt als DF), die sich aus zahlreichen NGOs zusammensetzte und seit 2014 unter dem Dachverband namens Economic Democratic Union (经济民主连合, abgekürzt als EDU) agiert, gegen den intransparenten Verhandlungsprozess und forderte einen demokratischen Überprüfungsmechanismus für alle Handelsabkommen mit der Volksrepublik China (EDU 2016). CSSTA betreffe 70% des Bruttoinlandsproduktes und das Interesse von 58,87% der Arbeitnehmenden bzw. Selbstständigen in Taiwan. Mit dieser Reichweite beeinflusse dieses Handelsabkommen das künftige Schicksal der Insel. Jedoch seien die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen abgehalten worden, so dass die betroffenen Branchen und die Bevölkerung erst nach der Finalisierung des Vertrags informiert worden seien und daher kein Mitspracherecht hätten. Die intransparente Verhandlungsführung der KMT-Regierung, die als „Black Box“ symbolisiert wird, und das CSSTA würden den grundlegenden Interessen der Bevölkerung schaden und das demokratische System in Taiwan untergraben (vgl. EDU 2013). Als Solidaritätserklärung hielten führende AktivistInnen der Black Island Nation Youth Front am 27. September 2013 eine öffentliche Pressekonferenz unmittelbar vor dem taiwanesischen Parlament ab. Dabei kritisierten sie scharf das autokratische Vorgehen der KMT und forderten den Rücktritt des amtierenden Präsidenten Ma Ying-jeon, denn sein diktatorisches Regime würde die hart erkämpfte Demokratie in Taiwan zu Fall bringen (Epochtimes 2013).

Zum Lager des Anti-CSSTA gehörten neben der NGO-Allianz Democratic Front Against Cross-Strait Trade in Services Agreement unter der Leitung vom taiwanesischen Anwalt Lai Chung-chiang (Lai Zhongqiang 赖中强) und der Studierendengruppe Black Island Nation Youth Front vor allem auch VertreterInnen der kleinen Unternehmen und Neoliberalismus-KritikerInnen. Sie argumentierten u.a. mit der mangelnden Konkurrenzfähigkeit klein- und mittlerer Unternehmen in Taiwan gegenüber chinesischen Großkonzernen, den dadurch herbeigebrachten sozialen Problemen, der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Taiwans von dem Festland und der damit verbundenen politischen Falle für Taiwan (vgl. Wang 2014). Basierend auf der Evaluation von der Chung-Hua Institution for Economic Research (CIER) 2013, die die Erhöhung des taiwanesischen BIP mit Hilfe des CSSTA um 0,025-0,034% einstufte (CIER 2013: 10), betrachtete das Kontra-Lager den wirtschaftlichen Vorteil als minimal und verzichtbar im Vergleich zu den sozialen und sicherheitspolitischen

Schäden. Chen Chi-Chung, Professor für angewandte Wirtschaftswissenschaft an der National Chung Hsing University, erklärt das CSSTA als effektiv bezüglich der BIP-Erhöhung, aber unfair. Zunächst sei der gesamte Verhandlungsprozess des Serviceabkommens intransparent gewesen und es habe an einer kompetenten Evaluation der wirtschaftlichen Folgen gefehlt. Zwar scheint Taiwan mit der Öffnung von 64 Branchen (im Vergleich zu China mit 80 Branchen) mehr davon zu profitieren, aber die Öffnungsdimension von beiden Seiten sei unterschiedlich bzw. unfair. Darüber hinaus würden Taiwans Dienstleistungen aufgrund ähnlicher Sprache und Kultur nicht durch chinesische Unternehmen ergänzt, sondern verdrängt. Darunter würden zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen leiden und zu enormen sozialen Problemen, bspw. Arbeitslosigkeit, führen. Die entscheidende Rolle spielten die sicherheitsrelevanten Sektoren, u.a. Lebensmittel, Medien, Infrastruktur usw., die sich durch die Öffnung an China zur ernsthaften Bedrohung für Taiwans Demokratie, Freiheit und Souveränität verwandeln könnten (vgl. Wu 2016: 215-218).

Um die Kritik der Oppositionen an der mangelnden Transparenz einzudämmen und der Besorgnisse der Bevölkerung um Taiwans Interessen bzw. Sicherheit gegenüber der Volksrepublik China entgegenzukommen, stimmte die KMT-Regierung am 25. Juni 2013 einer CSSTA-Überprüfung auf der „article-by-article basis“ (Ho 2015: 77; Ho 2017: 6) zu und organisierte eine Reihe von öffentlichen Anhörungen innerhalb einer Woche zwischen dem 30. September und 7. Oktober 2013. Jedoch konnten die Anhörungen mit ausgewählten Branchenvertreterinnen und -vertretern die politische und gesellschaftliche Opposition nicht zufrieden stellen. Ganz im Gegenteil schien der öffentliche Diskurs immer skeptischer zu werden. Vor diesem Hintergrund verlangten die DFP, zahlreiche NGOs und verschiedene gesellschaftlichen Schichten in Taiwan eine genaue Überprüfung aller CSSTA-Artikel im Parlament.

Ungeachtet der scharfen Kritik und lauten Proteste der Bevölkerung brach die KMT ihr Versprechen der article-by-article Überprüfung und versuchte mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament am 17. März 2014, das CSSTA ohne juristischen Überprüfungsprozess und allgemeine Zustimmung des Parlaments, vor allem der Opposition zu verabschieden. Dies galt großen Teilen der taiwanesischen Bevölkerung als undemokratisch und löste somit am 18. März 2014 die Sonnenblumenbewegung aus, die vor allem durch junge Studierende getragen und von zahlreichen NGOs strategisch wie auch organisatorisch unterstützt wurde. Diese Protestbewegung okkupierte das taiwanische Parlament für 24 Tage und markierte nicht nur

eine ausschlaggebende Wende in der politischen Landschaft in Taiwan, sondern auch in den sino-taiwanesischen Beziehungen.

4.2 Verlauf der Protestbewegung

Fokussiert man sich jedoch stärker auf das Handeln der Protestierenden, so lässt sich diese soziale Bewegung nach Yen (2015) in vier Phasen periodisieren: die Anfangsphase mit uneinigen Strategien (18-22. März), der explodierende Wendepunkt (23-24. März), die Phase der Stabilität bzw. Normalität (25-30. März) und die Endphase (31. März – 10. April).¹³

Am 18. März 2014 versammelten sich Mitglieder der Democratic Front Against Cross-Strait Trade in Services Agreement und der Black Island Nation Youth Front in der Nähe von dem Legislative-Yuan. Während sich die Mehrheit der AktivistInnen an der gemeinsamen Veranstaltung „Die Nacht zur Verteidigung der Demokratie“ auf der Seitenstraße vom Parlament beteiligte und dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei ablenkte, stürmte eine kleine Gruppe von jungen StudentInnen gegen 21 Uhr das Parlamentsgebäude. Ihrem Apell zur Verstärkung folgten gleich einige hunderte Protestierende und nahmen innerhalb kurzer Zeit das Legislative-Yuan in Besitz. Bis zur Morgenstunde des nächsten Tages konnten sie sich gegen vier Durchgriffe der Polizei durch Menschenblockaden wehren¹⁴ und entwickelten

¹³ Basierend auf der interaktiven Strategieentwicklung zwischen Sunflower-AktivistInnen und der KMT-Regierung teilt Ho Ming-sho (2015) die 24 Tage währende Bewegung in fünf unterschiedliche Phasen ein: Eroberung des Parlaments (18-19. März), Eskalation vs. Abwarten (20-24. März), Durchbruch vs. Zweideutigkeit (25-30. März), Stillstand vs. Vorbereitung auf Durchgreifen (31. März – 5. April.) und Ende auf beiden Seiten (6-10. April). Da meine Forschung die Framing-Strategie der StudentInnen als Untersuchungsgegenstand anvisiert, lehne ich mich dementsprechend an die zeitliche Einteilung von Yen Shennung (2015) an.

¹⁴ Laut Ho (2015) misslang die Rückeroberung der Polizei u.a. aus vier Gründen: Erstens wurde die Polizei durch eine Falschmeldung, dass Protestierende das Regierungsgebäude stürmen wollten, abgelenkt. Zweitens konnte die kleine Gruppe von AktivistInnen, die das Parlament besetzt hatte, binnen kurzer Zeit zahlreiche Menschen mobilisieren, welche die Straßen um das Parlament herum einnahmen und somit den Zugang zum Parlament unter Kontrolle brachten. Drittens starteten einige Abgeordnete der DFP einen Sitzstreik unmittelbar vor allen Eingängen des Parlaments, um die Polizei zu behindern. Letzten Endes zeigte Wang Jinping, Parlamentsvorsitzender und KMT-Mitglied, einen parteineutralen Standpunkt und erteilte der Polizei bis zum Ende der Besetzung keine Erlaubnis für die Stürmung. Vor allem die Einstellung von Wang Jinping als prominentes Mitglied der KMT-Elite und sein langjähriger Machtkampf mit dem amtierenden Präsidenten Ma Ying-jeon gelten nach Hos Ansichten als vorteilhafte Umstände für die Sonnenblumenbewegung. (Ho 2015: 83)

gleichzeitig ihre Gegenstrategien. Die Eroberung des Parlaments war zwar ein Teil der Proteststrategie, die während der Zusammenkunft zwischen DF und BIY gleich nach der Verabschiedung des CSSTA entworfen worden war, aber niemand hatte voraussehen können, dass die Besetzung mehr als drei Wochen währen würde. Das Primärziel war, durch eine radikale Aktion die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf das Serviceabkommen mit China zu lenken.¹⁵ Demgemäß beschäftigten sich junge AktivistInnen erst nach Anfang der Bewegung mit der Frage nach effektiven Strategien für die Weiterentwicklung. Dieser improvisatorische Mechanismus der Bewegungsorganisation wird von Ming-Sho Ho als „strategic responses without prior planning“ definiert: „Improvisation is capable of orchestrating large-scale protests because movement leadership is oft constrained by the lack of real-time information and their command is more effective when it provides room for improvisation from below.“ (Ho 2017: 1)

Damit die Stimmen der BewegungsaktivistInnen hinsichtlich des CSSTA in die Öffentlichkeit dringen und somit ihre radikale Protestbewegung diskursiv legitimieren können, bediente sich die junge Generation tatkräftig der sozialen Medien. Bereits unmittelbar nach der erfolgreichen Eroberung des Legislative-Yuan veröffentlichte BIY auf ihrer offiziellen Facebook-Seite die erste Aktionsdeklaration *Eroberung des Parlaments durch junge Generation am 18.03 – Deklaration gegen „Black Box“ und CSSTA*, in der drei Forderungen gestellt wurden:

- (1) Wir sind VertreterInnen des taiwanesischen Volkes und erobern unser Parlament zurück.
- (2) Die Oppositionspartei sollte sich uns anschließen.
- (3) Präsident Ma Ying-jeon muss zum Parlament kommen und sich dem Willen des Volkes unterordnen. Wir protestieren gegen die undemokratische Verabschiedung von CSSTA und retten das Interesse des Volkes sowie unser demokratisches System. (BIY-Facebook, 18.03.2014)

Am 20. März spendete ein junger Blumenladenbesitzer den protestierenden StudentInnen zahlreiche Sonnenblumen, denn Sonnenblumen orientierten sich an der Sonne und symbolisierten die Hoffnung (Yen 2015: 40-41). Seither bedienten sich lokale und internationale Medien der Bezeichnung „Sonnenblumen-Studentenbewegung“. Jedoch muss hier noch einmal besonders betont werden, dass BIY keineswegs der allein handelnde Akteur in dieser Protestbewegung war. Sowohl VertreterInnen der Studierendengruppe als auch

¹⁵ Interview mit Chen Weiting, Vertreter der Black Island Nation Youth Front, am 29. Oktober 2016 in Taipei.

Mitglieder der NGO-Allianz legten im Nachhinein großen Wert auf die umfassende Funktion diverser NGO in dem Dachverband DF, die sich maßgeblich an der Planung, Mobilisierung und Organisation beteiligten. Den Grund, warum BIY die Aufgabe des Einstürmens zugeteilt wurde, erklärte Chen Weiting, einer der prominentesten VertreterInnen der BIY, folgendermaßen:

Der Kern dieser Bewegung war die von Lai Zhongqiang gegründete ‚Democratic Front Against Cross-Strait Trade in Services Agreement‘, zu der wir BIY auch gehören. Alle haben sich wöchentlich getroffen und über bestimmte Themen diskutiert. Die Aufgaben wurden je nach der Kompetenz verteilt. Beispielsweise beschäftigten sich die Arbeiterorganisationen mit der Sozialpolitik hinsichtlich der bilateralen und multilateralen Freihandelsabkommen. BIY hat beim letzten Treffen vor der Bewegung die Aufgabe erhalten, das Parlamentsgebäude zu erstürmen. Erstens sind wir die junge Generation und dafür bereit, radikale Aktion zu übernehmen. Zweitens kennen sich ältere Generationen mit dem Internet bzw. den sozialen Medien nicht aus und können sich moderner Instrumente zur Verbreitung unserer Botschaft nicht bedienen.¹⁶

Jedoch wurde die Bezeichnung der Sonnenblumen-Studentenbewegung sowohl von der BIY als auch von anderen NGO weitgehend akzeptiert, zumindest nicht zeitgerecht abgelehnt. Ein offensichtlicher Grund liegt darin, dass einige VertreterInnen der BIY, vor allem Lin Fei-fan (Lin Feifan) 林飞帆 und Chen Weiting, durch die radikale Eroberung und darauffolgende Medienpräsenz rasant in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt sind. Eingebettet in den Demokratisierungsprozess, zu dem zwei frühere Studentenbewegungen „Wilde-Lilien-Bewegung“ 1990 und „Wilde-Erdbeer-Bewegungen“ 2008 einen erheblichen Beitrag geleistet haben, lässt sich feststellen, dass man absichtlich eine positive Assoziation hervorzurufen versuchte.

Protestierende innerhalb und außerhalb des Parlaments wurden unterschiedlichen Aufgaben zugeteilt. So entstanden mehrere spezialisierte Arbeitsgruppen, z. B. Mediengruppe, Logistikgruppe, Moderationsgruppe, Putzgruppe, Gruppe für medizinische Versorgung und Gruppe für juristische Beratung. Darüber hinaus standen zahlreiche BürgerInnen freiwillig Wache für die im Parlament stationierten StudentInnen, damit die Polizei keine jähre Erstürmung starten konnte. Gleichzeitig wurde eine Reihe von „Freilicht-Vorträgen“ über Freihandelsabkommen und andere mit dem CSSTA zusammenhängenden Themen organisiert, zu denen sich viele WissenschaftlerInnen und fachspezifische ExpertInnen zu Wort meldeten.

¹⁶ Ebd.

Durch Live-Übertragung in sozialen Medien, regelmäßige öffentliche Pressekonferenzen und gemeinsame Auftritte in der Öffentlichkeit versuchten die AktivistInnen, ihre Bewegung als demokratisch und transparent nach außen zu präsentieren. Trotz der gelobten Solidarität innerhalb der Protestgruppe entwickelte sich durch die intensive Präsenz in traditionellen und sozialen Medien nach und nach das Kernpersonal der Sonnenblumenbewegung. Vor allem Chen Weiting und Lin Feifan, die bereits wegen ihrer aktiven Beteiligung an mehreren sozialen Bewegungen in der Vergangenheit öffentlich bekannt waren, wurden von zahlreichen Medien als Studentenführer identifiziert. Einerseits wurde die Organisation der sozialen Bewegung durch klare Aufgabenzuteilung und zielgerichtete Führung wesentlich erleichtert. Aber andererseits bestand die Gefahr, das Versprechen der flachen Hierarchie und demokratischen Verfahrensweise zu unterminieren.

Am 22. März brachten die jungen Menschen erneut ihre Forderungen nachdrücklich über Facebook zum Ausdruck (Abb. 5):



Abb. 5: Drei Forderungen der Sunflower-AktivistInnen (Quelle: BIY-Facebook, 22.03.2014)

Auf ihre Forderungen, das CSSTA zurückzunehmen, einen Überprüfungsmechanismus für alle Abkommen mit China aufzubauen und einen direkten Dialog mit dem amtierenden Präsidenten zu führen, reagierte die Ma-Administration nur zögerlich und zweideutig. Über traditionelle Medien, wie Zeitungen und Fernsehen, ließen die RegierungsvertreterInnen ihren Standpunkt mitteilen. Ma erkenne zwar die Leidenschaft und das Interesse der Studierenden für aktuelle politische Begebenheiten, die Taiwans Entwicklung beeinflussen könnten, aber

das demokratische Justizsystem in Taiwan erlaube keinen rechtswidrigen Aktionen (vgl. Yen 2015: 43).

Die ambivalente Reaktion und tatenlose Attitüde der taiwanesischen Regierung empörten Teile der jungen Protestierenden, die sich gegen die zurückhaltende Strategie der Kerngruppe stellten und eine erneute Eskalation forderten, um die Regierung stärker unter Druck zu setzen. Am Abend des 23. März stürmten hunderte AktivistInnen unvorhergesehen in das Gebäude des Exekutiv-Yuan (Regierungssitz). Im Vergleich zur anhaltenden Parlamentsbesetzung wurde diese Aktion in der gleichen Nacht von der Polizei aufgelöst. Im Prozess der Auflösung stießen beide Fronten teilweise gewaltsam aufeinander, wobei zahlreiche Teilnehmende verletzt und 61 Protestierende festgenommen wurden (ebd.: 61). Nach dem blutigen Handgemenge mit der Polizei scheiterte die Besetzung des Exekutiv-Yuan zwar in kurzer Zeit, sorgte aber in der taiwanesischen Gesellschaft für eine kontroverse Diskussion über die Rolle der Staatsgewalt und die Funktion der Regierung als Volksvertretung.

Die dritte Phase der Normalisierung bzw. Stabilisierung begann mit dem öffentlichen Aufruf der AktivistInnen zum landesweiten Unterrichtsboykott und der diskursiven Offensive sowohl in sozialen Medien als auch in traditionellen Medien. Mit dem Ziel, die Parlamentsbesetzung zu verteidigen und die passive Regierung weiter zu demoralisieren, veröffentlichten die Protestierenden mit Hilfe gesammelter Spenden kämpferische Artikel in regierungskritischen Zeitungen¹⁷ *Liberty Times* und *Apple Daily* sowie eine Werbeanzeige für Taiwans Demokratiebewegung in der international renommierten *New York Times* (Yen 2015: 84). Mit Unterstützung von zahlreichen bewegungssympathischen AkademikerInnen, u.a. UniversitätsprofessorInnen und AnwältInnen wurde ein Stundenplan erstellt, damit protestierende StudentInnen fachliche Kenntnisse über Demokratie, Globalisierung und sino-taiwanische Beziehungen auf der offenen Straße erwerben konnten. Am 25. März reagierte Präsident Ma zum ersten Mal nach der Besetzungsaktion persönlich auf die Forderungen der Sonnenblumenbewegung und kündigte seine Bereitschaft für direkten Dialog mit Studierenden an. Trotz seiner Gesprächsbereitschaft beharrte Ma nachdrücklich auf der Verabschiedung des CSSTA, denn die Rücknahme dieses Abkommens schade der

¹⁷ Die repräsentativen Zeitungen in Taiwan können nach ihren politischen Positionen zur VR China kategorisiert werden, wie Lo und Bettinger festgestellt haben: „In Taiwan, the issue of independence divided most papers and news magazines.“ (Lo/Bettinger 2009: 191). Der aktuellen Statistik der Media Agency Association in Taiwan zufolge existierten bis Anfang 2017 insgesamt 218 unterschiedliche Zeitungen auf der Insel. Die Mehrheit der taiwanesischen LeserInnen entschieden sich für die Pro-Unabhängigkeit-Zeitungen wie *Liberty Times* (12,8%) und 11,3% für *Apple Daily*, während Zeitungen mit Wiedervereinigungstendenzen wie *United Daily News* (4,8%) und *China Times* (3,1%) massiv an Unterstützung verlieren. (vgl. MAA: 29).

wirtschaftlichen Entwicklung und zugleich dem internationalen Image Taiwans als Handelspartner (vgl. MAC 2014). Aufgrund der unüberbrückbaren Meinungsdiskrepanz zwischen der Regierung und den jungen AktivistInnen riefen die Kerngruppe der Bewegung zu einer großen Straßendemonstration gegen das CSSTA am 30. März auf, zu der sich mehr als 500 000 Menschen versammelten. Damit erreichte diese von StudentInnen und NGO-Allianzen organisierte Protestbewegung ihren Höhepunkt.

Erwähnenswert ist die Entstehung einer Gegenbewegung, die gegen die Parlamentsbesetzung und für eine friedliche Auflösung der Sonnenblumenbewegung eintrat. Die Gegenbewegung wurde als „Nelkenbewegung“ bezeichnet und hauptsächlich initiiert von den Familienmitgliedern der Polizei, die seit dem Ausbruch der Sonnenblumenbewegung im Dauereinsatz standen, den KMT-Abgeordneten und der KMT-Jugendorganisation. Am 29. März trafen sich über 5000 GegendemonstrantInnen vor dem Parlament und appellierten an die StudentInnen, ihre Protestbewegung zu beenden und somit die ebenfalls seit Tagen eingesetzte Polizei zu entlasten. Die Konfrontation zwischen AkteurInnen der Sonnenblumenbewegung und der Nelkenbewegung verlief friedlich, endete jedoch ohne konkrete Folgen (vgl. China Times 2014).

Nach dem Bewegungshöhepunkt drohte die Solidarität innerhalb der Protestgruppen, welche für unterschiedliche künftige Strategien eintraten, zu Bruch zu gehen. Außerdem schien sich die Sympathie der taiwanesischen Bevölkerung für den andauernden Protest zu erschöpfen (Ho 2015: 88-89). In der letzten Phase befassten sich junge AktivistInnen vor allem damit, wie ihre Protestbewegung mit Würde und moralischer Unterstützung der Gesellschaft enden könnte (vgl. Yen 2015: 96; Ho 2015: 88). Am 5. April hielten sie mit Unterstützung zahlreicher Gewerkschaften drei Volksvollversammlungen, in denen das *Rahmenabkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit* zwischen China und Taiwan öffentlich und transparent überprüft wurde. Die Volksvollversammlung ohne Zugangsbeschränkung wurde als demokratisches Verfahren angepriesen, welches bei Verhandlungen aller sino-taiwanesischen Abkommen angewendet werden sollte. Der Wendepunkt in der Vorbereitung auf das Bewegungsende trat mit dem Besuch des Parlamentsvorsitzenden Wang Jinping im Legislative-Yuan ein. Am 6. April verkündete Wang im Angesicht der ProtestantInnen seine Anerkennung für den Wunsch der jungen Generation und versicherte gleichzeitig eine neue Gesetzgebung für alle sino-taiwanesischen Abkommen. Mit dem Versprechen von Wang Jinping, das CSSTA nicht ohne entsprechende Gesetzgebung zu verabschieden, verließen die

jungen AktivistInnen am 10. April 2014 das Parlament und beendeten somit offiziell ihre 24Tage währende Protestbewegung mit der Schlussbemerkung: „Es ist nicht nur eine Studentenbewegung, sondern eine Bewegung aller Bürgerinnen und Bürger.“ (Yen 2015: 140)

5. Diskursanalyse der Sonnenblumenbewegung

5.1 Themenkomplexe

Die Diskursanalyse der Sonnenblumenbewegung beschränkt sich auf die Facebook-Beiträge der Studierendengruppe Black Island Nation Youth Front zwischen dem 18. März und 10. April 2014. Aufgrund der expliziten Fragestellung nach dem eigenen Framing der BIY-AktivistInnen und der umfassenden Datenmenge werden die Interaktionen zwischen BIY und anderen Facebook-NutzerInnen, u.a. Kommentare und Teilen, nicht analytisch berücksichtigt. Während der Protestbewegung wurden unterschiedliche soziale Medien als Instrumente zur Erweckung der öffentlichen Aufmerksamkeit und Mobilisierung der gesellschaftlichen Unterstützung verwendet. Vor allem Facebook war die Hauptplattform der jungen AktivistInnen, um ihre Meinungen auszudrücken, Informationen zu verbreiten und die Masse zu mobilisieren. Dies lässt sich aus der großen globalen Reichweite und der hohen Beliebtheit von Facebook erklären: 2013 verfügte Facebook über mehr als 13 Millionen NutzerInnen in Taiwan (Statista 2013) und nahm somit einen Anteil von 55,6% der gesamten taiwanesischen Bevölkerung. Bis Ende 2014 benutzten 78% der taiwanesischen Bevölkerung das Internet (Weltdatenatlas 2015) und 91% dieser InternetnutzerInnen besaßen ein Facebook-Konto (Statista 2015).

Zu Beginn der Analyse werden die Facebook-Beiträge der BIY innerhalb des Forschungszeitraums vom 18. März bis 10. April 2014 gesammelt und chronologisch geordnet. Während der 24 Tage andauernden Sonnenblumenbewegung hat BIY insgesamt 298 Beiträge auf ihrer Facebook-Fanseite veröffentlicht, die den gesamten Textkorpus der Untersuchung bilden. Durch wiederholendes Lesen wird der Textkorpus durch ein quantitatives Verfahren analysiert, um einen klaren Überblick über die thematischen Schwerpunkte und die Verwendungszwecke der Beiträge zu gewinnen. Die Anzahl der chronologisch angeordneten Facebook-Beiträge entspricht der Entwicklung der Protestbewegung (Abb. 6): Während die AktivistInnen in der Anfangsphase durch aktivere Produktion von zahlreichen Kurznachrichten und Bildern die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken möchten, reduziert sich danach die Internetverwendung der Protestierenden, die sich stattdessen intensiv für die Interaktionen mit UnterstützerInnen in der realen Welt einsetzen. Demnach wird der erste quantitative Tiefpunkt am 23/24. März erreicht, als Teile der StudentInnen nicht mehr im Parlament saßen, sondern das Regierungsgebäude überfielen.

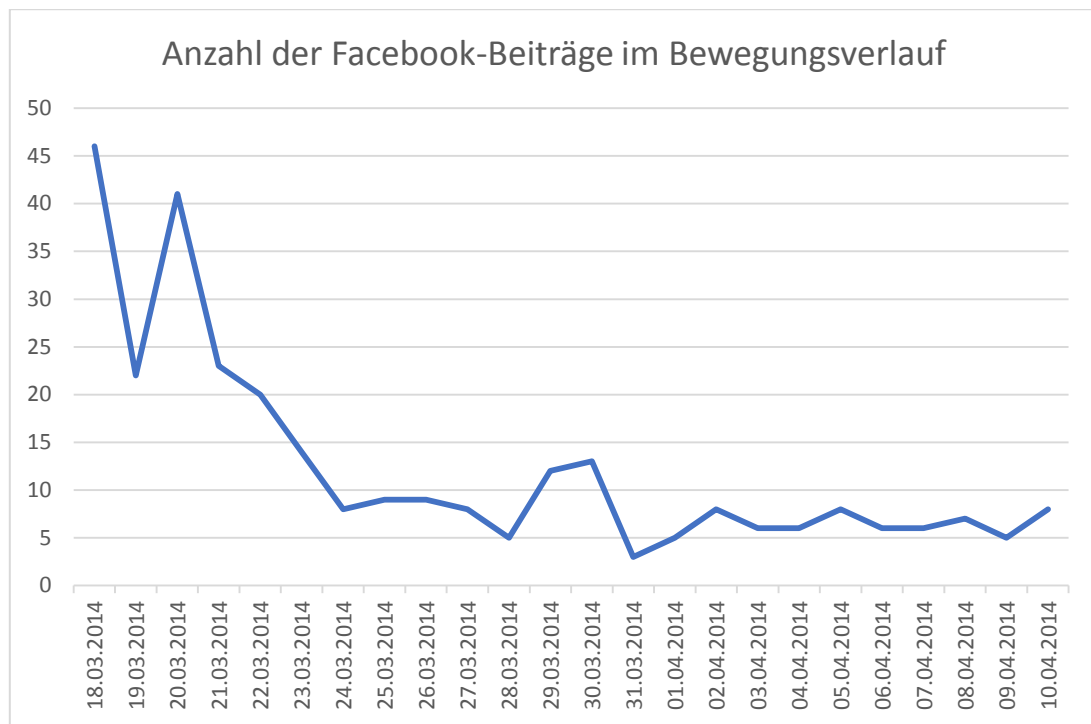


Abb. 6: Anzahl der Facebook-Beiträge im Bewegungsverlauf zwischen 18.03. und 10.04.2014 (n=298)

Nach wiederholendem Lesen und Sondieren der Beiträge kristallisieren sich zahlreiche Themenbereiche heraus, die in Hinsicht auf die Benutzungszwecke der sozialen Medien in vier weitgefasste Kategorien eingeordnet werden können. Beispielsweise fügen sich Codes wie Sitzstreik, Eroberung des Parlaments und Demonstration in eine abstraktere Kodefamilie „Taktiken“ ein, die dann mit der anderen Kodefamilie „AkteurInnen“, in diesem Fall mit den jungen AktivistInnen der BIY in Verbindung gebracht werden können. Im Zusammenhang mit dem Ort und entsprechenden Zeitangaben werden die Variablen zum „Verlauf der Sonnenblumenbewegung“ kategorisiert. Dieser Logik zufolge fallen sämtliche Texte hauptsächlich in vier funktionsbedingte Themenkomplexe ein:

- 1) Statement der jungen Sonnenblumen-AktivistInnen: In diesem Bereich beziehen sich die Beiträge überwiegend auf öffentliche Verlautbarung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und geschichtlichen Meinungen, Thesen und Hypothesen der AkteurInnen.
- 2) Verlauf der Protestbewegung: Dazu gehören die Ankündigung neuer Pläne und Taktiken, die Zusammenfassung der vergangenen Handlungen und die Live-Übertragung der laufenden Aktionen.

- 3) Mobilisierung der Masse: Nicht nur direkte und indirekte Appelle der AktivistInnen an die Gesellschaft zur Teilnahme und Unterstützung der Bewegung, sondern auch individuelle oder kollektive Solidaritätserklärung mit den AktivistInnen sowie Berichte über nationale und internationale Aufmerksamkeit fallen in diese Kategorie.
- 4) Logistische Organisation: Hier handelt es sich vor allem um Aufrufe zum Spenden von Geld und anderen notwendigen Materialien, z.B. Lebensmitteln, Ventilatoren usw., um die lang währende Besetzung des Parlaments zu unterstützen.



Abb. 7: Themenkomplexe der Facebook-Beiträge zwischen 18.03. und 10.04.2014 (n=298)

Quantitativ gesehen beanspruchen zwei Kategorien den größten Anteil des Textkorpus: der Verlauf der Protestbewegung (35%) und die Mobilisierung der Masse (33%). Durch die Verteilung der Themenkomplexe (Abb. 7) während der ganzen Sonnenblumenbewegung lässt sich der Verwendungszweck von Facebook deutlich erkennen. Facebook dient vorwiegend als Informationsplattform und Mobilisierungskanal, um den AktivistInnen einen schnellen Zugang zu einem breiteren Publikum zu verschaffen.

Wenn man die thematischen Kategorien nach den vier Bewegungsphasen – die Anfangsphase vom 18. Bis 22. März, der Wendepunkt am 23./24. März, die Stabilisierungsphase vom 25. Bis 30. März und die Schlussphase vom 31. März bis 10. April – einordnet, fällt auf den ersten Blick auf, dass der Anteil der logistischen Organisation stark sinkt und sogar fast

komplett verschwindet (Abb. 8). Diese Veränderung stimmt mit der Prioritätssetzung der AktivistInnen durchaus überein. In der Anfangsphase verfügten sie weder über konkrete Strategien noch über professionelle Organisation und mussten sich daher zuerst um materielle Unterstützung kümmern, die eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung bildete. In den Anfang- und Schlussphasen nehmen besonders Beiträge über den Bewegungsverlauf den größten Textanteil ein, um der Öffentlichkeit die Protestbewegung ausführlich vorzustellen bzw. zusammenzufassen.

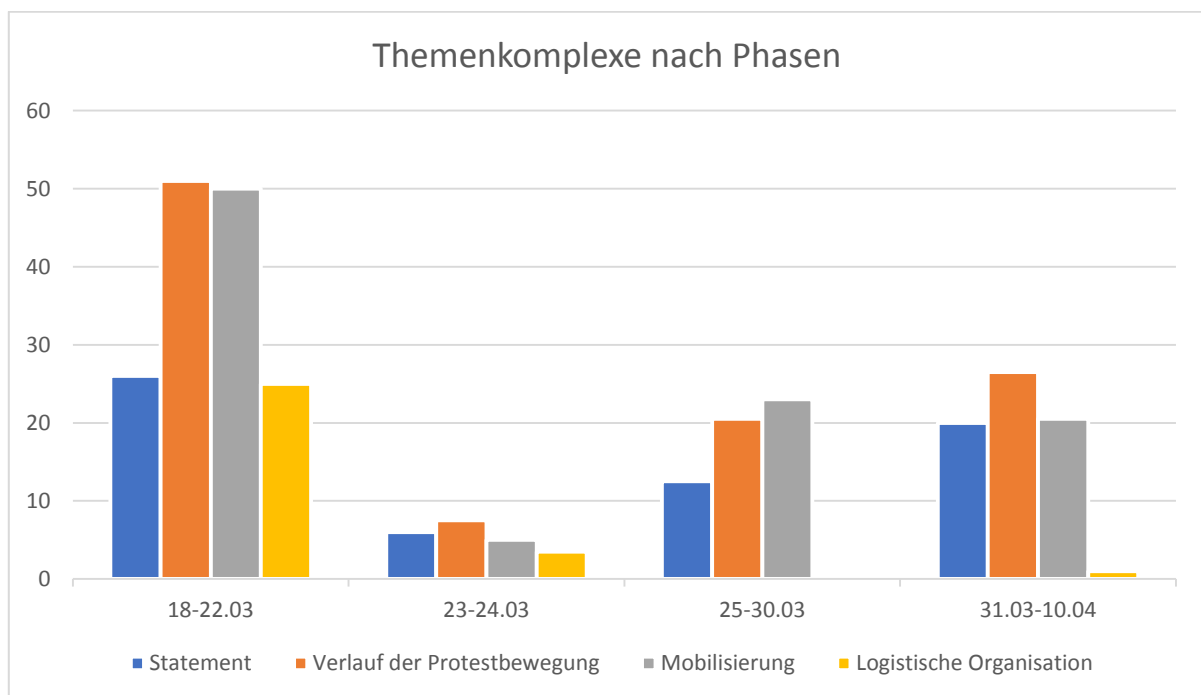


Abb. 8: Themenkomplexe nach den Bewegungsphasen (n=298)

Beobachtet man die inhaltlichen Stichwörter im gesamten Textkorpus, die einen anschaulichen Überblick über die wichtigsten Anliegen und Ideen in der jungen Generation bieten können, so fallen einige Sujets besonders auf. Die BIY-AktivistInnen nehmen offenbar eine aktive Sprecherposition ein und führen den Diskurs bezüglich des CSSTA als ein kollektiver Akteur im Namen von „Wir“ – dieses Wort kommt im Textkorpus 801mal vor. Das Wort „Wir“ verbinden sich mit anderen unkonkreten Subjekten wie „Bürger“ (255) und „Volk“ (285) und erzeugt auf quantitativer Ebene den Eindruck von einer breiten Bewegungsbasis. Die zahlenmäßig am meisten eingesetzten Leitwörter beschränken sich überwiegend auf Themen wie Demokratie, die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und Neoliberalismus, die sowohl in der Forschung als auch in zahlreichen Medien diskutiert wurden. Hieraus lässt sich keine einheitliche Schlussfolgerung ziehen, wogegen bzw. wofür die Bewegung gerichtet ist (Abb. 9):

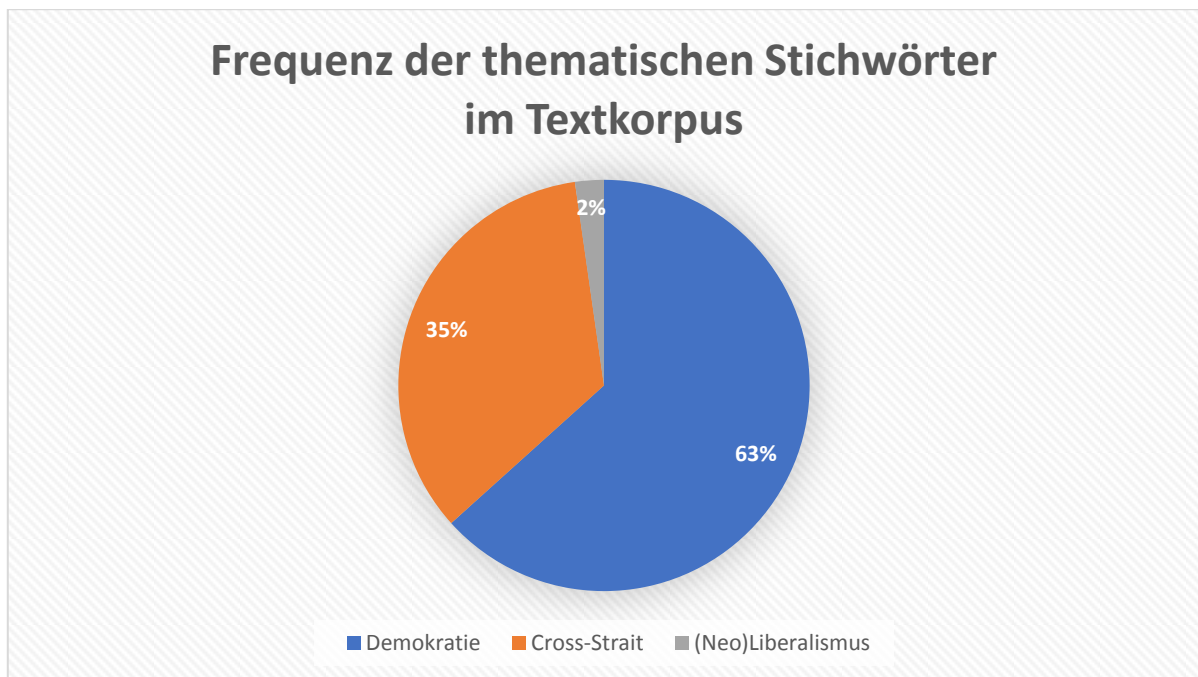


Abb. 9: Anteil der thematischen Stichwörter im gesamten Untersuchungskorpus (n=298)

Auf den ersten Blick beansprucht das Stichwort Demokratie mit Abstand den größten Textanteil für sich, während der neoliberale Wirtschaftsaspekt nachrangig ist. Im Folgenden wird durch Untersuchung von konkreten Taktiken der StudentInnen und Rekonstruktion der Diskursstruktur versucht, artikuliert Themen nicht nur auf der quantitativen Ebene, sondern auch auf der qualitativ-analytischen Ebene herauszuarbeiten. Auf dieser Grundlage wird tiefgehend auf die Fragen eingegangen, wogegen bzw. wofür die junge Generation protestiert und in welchem Zusammenhang diese Themen miteinander stehen.

5.2 AkteurInnen

Wie bereits im Kapitel über Theorie und Methode beschrieben wurde, setzt sich ein Frame eines Ereignisses aus der Problemdefinition, der kausalen Interpretation, der moralischen Bewertung und/oder der Problemlösung mit entsprechenden Handlungsstrategien zusammen. Um diese Frame-Elemente herauszukristallisieren, muss man zuerst einen Blick auf die ausgewählten AkteurInnen in dem Textkorpus werfen. Denn in der Auswahl der AkteurInnen bzw. in dem absichtlichen oder unabsichtlichen Auslassen bestimmter AkteurInnen verbirgt sich das Interesse der DiskursherstellerInnen, das ihren Deutungsrahmen der Sonnenblumenbewegung maßgeblich beeinflusst. In der Wissenssoziologie werden die AkteurInnen sowohl als HerstellerInnen wie auch als TrägerInnen der Wissensvorräte

gesehen, welche in bestimmter Gesellschaften und Kulturen eingebettet sind. Keller (2001) bringt es so zum Ausdruck: „Akteure vollziehen die Akte, durch die Diskurse existieren; sie schaffen die entsprechenden materiellen, kognitiven und normativen Infrastrukturen; sie sprechen und schreiben für den Diskurs und aus dem Diskurs heraus. [...] Sie treten dabei auf als Sprecher und Repräsentanten mehr oder weniger großer sozialer Gruppen (kollektiver Akteure): Experten(gruppen), politischen Gruppen, Protestgruppen, Professoren, Organisationen.“ (Keller 2001; 133; Meier 2008: 73)

Der einzige unmittelbare Diskursträger sind die StudentInnen der BIY, während andere AkteurInnen sprachlich und rhetorisch dargestellt werden. In den Facebook-Beiträgen der BIY lassen sich die präsentierten AkteurInnen der Sonnenblumenbewegung vor allem in zwei antagonistischen Gruppen einteilen: Als Pro-AkteurInnen werden einerseits die unmittelbar an der Protestbewegung beteiligten AktivistInnen beschrieben – unabhängig davon, welche Rolle sie dabei spielen – und andererseits diejenigen, die ihre Unterstützung äußern bzw. ihre Solidarität erklären. Ähnlich wie in der Erzählliteratur, die zwischen dem Ich-Erzähler, der über sich selbst berichtet, und dem Dritten Erzähler, der seine Figuren in den Mittelpunkt rückt, unterscheidet, können sich die BewegungsakteurInnen auch als Sprecher oder Subjekt positionieren. Dementsprechend muss man unter den präsentierten Pro-AkteurInnen zwischen der Selbst- und der Fremdbilddarstellung unterscheiden. Dasselbe Kriterium gilt auch für die Gruppe der Kontra-AkteurInnen: Sie sind diejenigen, die entweder die Protestbewegung direkt bzw. indirekt verhindern wollen oder sich dagegen äußern.

Ausgehend von poststrukturalistischen Ansätzen wird hier prinzipiell angenommen, dass sowohl die AkteurInnen als auch die Begebenheiten in allen textuellen Beiträgen der BIY nicht objektiv dargestellt und wiedergegeben werden. Die Pro- und Kontra-AkteurInnen sind mit Hilfe der sprachlich-rhetorischen Mitteln konstruiert und mit essentiellen Wertvorstellungen versehen. Durch die Selbstdarstellung der AktivistInnen und ihre Konstruktion der GegenakteurInnen kommen die Ansichten der jungen Generation über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Status quo in Taiwan unmissverständlich zur Sprache. Infolgedessen lassen sich ihre ideellen und ideologischen Standpunkte verorten, die mit denen ihrer AntagonistInnen in Kontrast gestellt werden.

5.2.1 Auswahl der AkteurInnen

	<i>Pro-AkteurInnen</i>	<i>Kontra-AkteurInnen</i>
AkteurInnen aus Taiwan	Black Island Nation Youth Front	KMT
	Democratic Front Against Cross-Strait Trade in Services Agreement	Ma-Administration, v. a. Ma Yingjiu und Wang Jinping
	AkademikerInnen, wie ProfessorInnen, MedizinerInnen und AnwältInnen	Anti-Anti-CSSTA-ProtestantInnen (Nelkenbewegung)
	Verbände der Arbeiter, Behinderten und anderen sozialen schwächeren Schichten	Gangster in Taiwan
	Hochschulen	Großunternehmen
	Opfer des „Weißen Terrors“	Konservative traditionelle Medien
	AktivistInnen von früheren Studentenbewegungen	
	DPP und andere kleine Parteien	
	Liberale lokale Medien, wie <i>Liberty Times</i> und <i>Apple Daily</i>	
	„taiwanesishe BürgerInnen“	
AkteurInnen aus Festlandchina		KPCh und KPCh
		Multikonzerne und Großunternehmen
AkteurInnen aus internationaler Gemeinschaft	StudentInnen aus Hongkong	
	Taiwanesen im Übersee	
	UnterstützerInnen aus anderen demokratischen Ländern, wie Japan und Deutschland	
	Medien aus westlichen demokratischen Ländern, z.B. <i>The Guardian</i> und <i>The Economist</i>	

Abb. 10: Liste der wichtigsten Pro- und Kontra-AkteurInnen, die in den Facebook-Beiträgen der BIY dargestellt werden

Bei den von BIY ausgewählten Pro-AkteurInnen ist auf den ersten Blick auffallend, dass nicht nur zahlenmäßig viele Personen, Organisationen und MedienvertreterInnen herangezogen werden, sondern sie werden auch mit konkreten Namen und beruflichen Funktionen angegeben. Ein treffendes Beispiel ist die am 21. März veröffentlichte lange Liste von Taiwanern (v.a. StudentInnen und Freiberufliche), die sich in Deutschland aufhalten und ihre Unterstützung für die Sonnenblumenbewegung aussprechen. Alle Einzelpersonen werden sie mit ihren Namen und Berufen bzw. Universitäten vorgestellt. Diese lange Liste suggeriert in erster Linie breite Unterstützung aus der internationalen Gemeinschaft und bekräftigt andererseits aufgrund der konkreten Angaben zu UnterstützerInnen deren Glaubwürdigkeit. Der Darstellung der BIY zufolge zeigt die Allianz der Pro-AkteurInnen ein äußerst breites Spektrum an Ausbildungen, Berufen, Herkunft und Lebensabschnitten der Menschen in und außerhalb von Taiwan. Dennoch nehmen quantitativ gesehen neben den Studierenden vor allem die VertreterInnen der NGO-Allianz und AkademikerInnen mit spezifischen Fachkenntnissen die Mehrheit der Texte in Anspruch, die den Aussagen der BIY eine vertrauensweckende Wissensautorität verleihen.

Besonders auffällig ist der sporadische Verweis auf direkte und indirekte Unterstützung der politischen Oppositionsparteien, die wegen ihrer besonderen Rolle in der Tabelle grau markiert sind. Im Vergleich mit der namentlichen Aufzählung der unbekannten AnhängerInnen werden die Abgeordnete der DPP weder oft erwähnt noch mit individuellen Namen. Stattdessen werden sie häufig als ein Ganzes angeführt. So berichtet die BIY am 2. April davon, dass Abgeordnete der DPP und der anderen Oppositionsparteien ihre Garantie für den Aufbau eines Überprüfungsmechanismus hinsichtlich aller Abkommen mit China signalisiert haben, ohne sie namentlich zu nennen. Diese ambivalente Haltung, einerseits die DPP auf die eigene Seite zu ziehen und andererseits sich davon zu distanzieren, erklärt Chen Weiting im Interview folgendermaßen:

Nach der Korruptionsaffäre des ehemaligen DPP-Vorsitzenden Chen Shuibian 2008 betrachteten zahlreiche Taiwanerinnen und Taiwaner die Politik als ein schmutziges Geschäft. Deshalb versuchten alle BewegungsaktivistInnen, sich von der Politik und den politischen Parteien zu distanzieren, um ihre eigene Reinheit und Legitimität zu bewahren. Jedoch haben wir während der Sonnenblumenbewegung die passive Unterstützung der DPP zur Kenntnis genommen, weil es für uns eine günstige Gelegenheit war, mit Hilfe der Oppositionspartei gegen die Regierung zu protestieren.¹⁸

¹⁸ Interview mit Chen Weiting am 29.10.2016 in Taipei.

In scharfem Gegensatz zur Präsentation der Pro-AkteurInnen, welche den Eindruck zu erwecken versucht, die Mehrheit der taiwanesischen Gesellschaft umzufassen, konzentriert sich die Auswahl der GegenakteurInnen ausgeprägt auf die KMT-Regierung in Taiwan mit sämtlichen Staatsapparaten, ihren chinesischen Counterpartner unter der Führung der Kommunistischen Partei und die ihnen nahestehenden Großunternehmen auf beiden Seiten der Taiwanstraße. Zwar werden gelegentlich andere Kontra-AkteurInnen erwähnt, bspw. die taiwanesischen Gangster¹⁹ und die GegendemonstrantInnen, es wird ihnen aber keine weitere Aufmerksamkeit geschenkt. Alle prominenten ParteivertreterInnen der KMT, die in das CSSTA und somit in die Protestbewegung involviert sind, werden mit ihren Namen und politischen Funktionen genannt und scharf kritisiert. Unmittelbare KontrahentInnen in der KMT sind nach der Darstellung der BIY u.a. Präsident Ma Yingjiu, der Parlamentsvorsitzender Wang Jinping, der Kabinettsvorsitzende Jiang Yihua, der Polizeichef Wang Zhuojun und der Abgeordnete Zhang Qingzhong. Indem eine Reihe von KMT-Eliten namentlich als DialogspartnerInnen bzw. Verantwortliche eingeführt wird, wird mehr öffentlicher Druck auf die GegenakteurInnen erzeugt. Unterstützende Stimmen aus der taiwanesischen Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft für die Kontra-AkteurInnen, z.B. die Nelkenbewegung, werden in der Regel nicht oder nur äußerst am Rande erwähnt, um den Anschein der absoluten Isoliertheit der KMT zu erwecken.

5.2.2 Selbstporträt der Sonnenblumen-AktivistInnen

Um verlässliche Diskurse über bestimmte Ereignisse zu produzieren und wirksam an die Öffentlichkeit zu bringen, wird ein positives Selbstimage vorausgesetzt. So muss man zuerst über sich berichten und mit Hilfe von Programmtexten oder Pressemitteilungen ein affirmatives Urteil der Öffentlichkeit über sich erzeugen. In diesem Fall positionieren sich die BewegungsakteurInnen als Ich-Erzähler und konstruiert ein Selbstbild im virtuellen Raum durch aktive Beteiligung an öffentlichen Debatten um das Diskursthema. Der Online-Bereich dient nach Meier (2005) vor allem „als Bühne einer positiven Selbstdarstellung und einer öffentlich (vor)gespielten Verbrüderung zur wirkungsvollen Präsentation spezifischer inhaltlicher Interessen und Sichtweisen sowie als Kampfring widerstreitender Meinungen und Positionen“ (Meier 2005: 80).

¹⁹ Damit werden Chang An-lo (Zhang Anle, 张安乐) und dessen Gruppierung gemeint, die sich für Taiwans Wiedervereinigung mit China einsetzt.

Das Selbstbild lässt sich in der virtuellen Welt nicht nur durch sprachliche Mitteln, sondern auch durch die optische, semiotische und symbolische Gestaltung inszenieren. Das Profilbild der offiziellen Fanseite von Black Island Nation Youth Front (Abb. 11) zeichnet die Kontur der weiß markierten Taiwan-Insel vor einem schwarzen Hintergrund. Die schwarze Farbe durchdringt bereits die westliche Seite der Insel, die sich gegenüber Festlandchina befindet, und droht sich im restlichen weißen Territorium auszubreiten. Schwarz verfügt vor und während der Sonnenblumenbewegung über essentielle symbolische Bedeutung. Mit Schwarz assoziiert man die Lichtundurchlässigkeit und somit die Intransparenz, die im politischen Kontext gegen die Grundwerte der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit spricht. Das explosive Durchdringen der dunklen Farbe suggeriert optisch gesehen eine unheimliche Bedrohung. Nicht ohne Absicht ist Schwarz auf der chinesischen und Weiß auf der taiwanesischen Seite platziert. Durch den Farbenkontrast von Schwarz und Weiß jeweils auf der chinesischen und der taiwanesischen Seite manifestiert sich der entschlossene Standpunkt der BIY bezüglich der antagonistischen sino-taiwanesischen Beziehungen. Der Name der Studentenorganisation wird auf dem Bild getrennt formuliert: Links oben steht der Teil der „Black Island Nation“, der aber durchgestrichen ist, während der andere Teil der „Youth Front“ rechts unten in grau und rot farblich hervorgehoben wird. Dadurch wird die Kampfparole der BIY bildhaft präsentiert: dass die junge Generation als HoffnungsträgerInnen die bedrohliche schwarze bzw. undemokratische Seite der Taiwaninsel beseitigen müssen. Das in Grau markierte Wort „Youth“ impliziert die trostlose Zukunftsperspektive für die junge Generation, die sich aber durch die Solidarität bzw. die gemeinsame Frontbildung ändern kann.



Abb. 11: Profilbild der Black Island Nation Youth Front (Quelle: BIY-Facebook)

Die Farbenmetapher erschafft die erste visuelle Assoziation und lässt sich durch schriftliche Mitteln verdeutlichen. Im sprachlichen Selbstporträt der BIY kommt der Anlass zur Protestbewegung, nämlich das CSSTA, an der ersten Stelle zur Sprache und wird als ein schwarzer Vorhang versinnbildlicht, der die ganze Inselnation umzingelt. Hinter dem schwarzen Vorhang vom CSSTA wird Taiwan mit einem dunklen Gefängnis gleichgesetzt, in dem alle BürgerInnen, vor allem die junge Generation eingekesselt werden. Dennoch beschränkt sich ihre diskursive Offensive nicht nur auf das CSSTA, sondern weiten sich auf zahlreiche aktuelle Themen aus, z.B. Umweltverschmutzung und soziale Ungleichheit. Für alle sozialen Missstände, gegen die die junge Generation kämpfen muss, wird nach der Meinung der BIY ein einziger Akteur für schuldig erklärt, nämlich die Regierung. Die hergestellte Storyline enthält den roten Faden der Problem diagnose und Lösungsvorschläge: Im Namen der wirtschaftlichen Entwicklung knüpfe die Regierung enge Verbindungen mit China und Großunternehmen auf Kosten der Umwelt, Lebensgrundlagen und Freiheit. BIY als VertreterInnen der jungen Generation müsste sich dem demokratischen Kampfgeist der früheren StudentenaktivistInnen anschließen und dadurch den schwarzen Vorhang über

Taiwan durchbrechen, damit die Sonne wieder auf der Insel scheinen könne.²⁰ Vor allem durch die Zielsetzung, die Freiheit des Volkes wieder zu gewinnen, versucht die BIY, sich mit dem „Volk“ zu identifizieren und somit ihr Vorgehen als Verteidigung der Interessen aller TaiwanInnen zu legitimieren. Beruhend auf ihrer Rolle als Teil des Volkes stellen sich die StudentInnen dergestalt vor:

Wir schlagen Alarm für diese Gesellschaft,
Wir müssen den Geist der Demokratie schützen,
Wir wollen nicht von der arroganten Macht verführt werden.
Wir werden bis zum Tag des Wandels durchhalten.²¹
(BIY-Facebook, 26.03.2014)

5.2.3 Diskursive Praktiken der AktivistInnen

Diskursive Praktiken beziehen sich auf „das gesamte Ensemble einer speziellen Wissensproduktion [...], bestehend aus Institutionen, Verfahren der Wissenssammlung und -verarbeitung, autoritativen Sprechern bzw. Autoren, Regelungen der Versprachlichung, Verschriftlichung, Medialisierung“ (Keller 2009: 50). Zu der diskursiven Formation der Sonnenblumen-AktivistInnen gehören die textuellen und audiovisuellen Praktiken im Online-Bereich sowie die physischen Praktiken (u.a. Eroberung des Parlaments und Demonstration) im Offline-Bereich. Nach zusammenhängenden Regeln bilden beide gemeinsam die Diskurse zum Cross-Strait Service Trade Agreement als Anlass der Protestbewegung und zu den sino-taiwanesischen Beziehungen als Tiefenstruktur des Problems.

Im Online-Bereich orientiert die BIY sich stark an dem **Prinzip der Transparenz** und der öffentlichen Zugänglichkeit. Vor allem durch die Live-Übertragung ihrer Handlungen mit Hilfe von Bildern und Videos können die jungen AktivistInnen einerseits den Anschein einer transparenten Grundhaltung inszenieren und andererseits die gesellschaftliche Aufmerksamkeit erregen. Diese Taktik der offenen Handlung wird bereits am Anfang der Parlamentseroberung aktiv angewendet, indem duzende Kurznachrichten mit zahlreichen begleitenden Bildern von dem konkreten Vorgehen der AktivistInnen und deren Konfrontation mit der Polizei innerhalb kürzester Zeit gepostet werden. Mit dem Ziel, soziale

²⁰ https://www.facebook.com/pg/Islandnationyouth/about/?ref=page_internal [letzter Zugriff: 16.02.2018]

²¹ Originaler Ausdruck in chinesischer Sprache: 我们愿意当这个社会的警钟，我们要保护民主的精神，我们永远都不想被权力的傲慢所迷惑，我们会坚持到改变的那一天。

Spannung für das CSSTA effektiv zu erzeugen und öffentliche Aufmerksamkeit rasch auf sich zu lenken, wird das optische Instrument mit seiner stärkeren Ausdruckskraft den sprachlichen Mitteln vorgezogen. Die simultane Aufnahme bzw. Ausstrahlung des Protestverlaufs erreicht unverzüglich eine breite Resonanz sowohl im Internet (anhand der steigenden Zahl von „Gefallen mir“, „Teilen“ und „Kommentieren“) als auch in der realen Welt.



Abb. 12: Die erfolgreiche Besetzung des Parlaments durch duzende StudentInnen in der Nacht am 18.03.2014 (Quelle: BIY-Facebook)

Der Eindruck der transparenten Diskursführung wird neben der Live-Übertragung der Handlungen auch dadurch bewirkt, dass ihre eigenen Statements zu wichtigen Ereignissen und ihre Reaktionen auf die Aussagen der GegenakteurInnen schriftlich auf der Facebook-Seite für alle Bewegungsteilnehmenden und Interessierenden zugänglich gemacht werden. Allerdings wird die Zielgruppe der Informationsverbreitung insofern eingeschränkt, dass man nur mit einem gültigen Facebook-Konto den Zugang zu der Plattform erwerben kann. Dies wird jedoch durch die hohe Nutzerrate und zugleich den hohen Deckungsgrad aller Altersgruppen von Facebook in Taiwan²² kompensiert. Die veröffentlichten Textpassagen

²² Laut einer Statistik aus dem Jahrgang 2016/2017 ist kein signifikanter Unterschied bezüglich der Nutzerrate von Facebook unter verschiedenen Altersklassen festzustellen. Den Spitzenplatz nimmt die Altersgruppe von 25

sind im virtuellen Raum chronologisch archiviert und können jederzeit aufgerufen werden. Dadurch bilden sie einen scharfen Gegensatz zur KMT-Regierung, gegen die und deren intransparenten Habitus protestiert wird.

Auf der sprachlich-rhetorischen Ebene bedienen sich die Sonnenblumen-AktivistInnen vornehmlich der **antagonistischen Darstellung** von Pro- und Kontra-AkteurInnen. Auf diese Weise wird einerseits darauf abgezielt, das „Wir“-Gefühl innerhalb der Protestgruppe und in der Gesellschaft hervorzurufen und gleichzeitig den Anschein der breiten Solidarität zu erwecken. Andererseits grenzen sich die AktivistInnen grundlegend von ihren Counterparten ab, indem ihnen die Zugehörigkeit zu der „**Wir**“-Gruppe entzogen wird. Der sprachlich generierte Antagonismus zwischen den Pro-AkteurInnen als „Wir“ und den GegenakteurInnen als „Sie“, der die identitätsstiftende Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit zu der Gesellschaft impliziert, bildet den rhetorischen Tenor der bewegungsaktivistischen Diskurse. Wie Meier (2008) feststellt, ist der „Gebrauch des ‚inkludierenden Wir‘ [...] ein sehr bedeutsames sprachliches Mittel. Denn mit Äußerungen wie ‚Wir sind dagegen, dass ...‘ oder ‚Aufgrund eurer überholten Ansichten...‘ zeigen sich Integrations- und Ausschlusspraktiken zur Konstruktion kollektiver Identitäten. Dabei dient der Artikulierende [...] als Repräsentant eines kollektiven Akteurs bzw. einer Diskursgemeinschaft.“ (Meier 2008: 75) Die erste Bewegungserklärung der BIY am Abend der Parlamentsbesetzung am 18. März 2014 liefert in diesem Sinne ein ideales Beispiel. Ihre Deklaration endet mit einem emotionalen Mobilisierungsapell an die junge Generation in Taiwan, einen scharfen Konfrontationskurs zu verfolgen:

Junge Freundinnen und Freunde, die aus vermögenden Clans, Großunternehmen und einigen wenigen PolitikerInnen bestehenden Herrschaftsgruppen auf beiden Seiten der Taiwanstraße würden Taiwan jederzeit verlassen. **Sie** würden sich irgendeinen Ort auf der Welt aussuchen, wo die Arbeitskräfte billiger sind. **Sie** saugen das Blut der jungen Generation eines Landes aus wie Vampir und suchen dann nach frischen Körpern in anderen Ländern. Junge Menschen in Taiwan, Taiwan ist **unser** Land, wo **wir** leben. Steht auf und verhindert das unfaire Wirtschaftsabkommen. Um **unser** Land vor der Untergrabung **unseres** Systems und Wiederbelebung des autoritären Regimes durch eine Partei zu schützen, steht mit **uns** zusammen auf und verteidigt **unser** Taiwan!²³ (BIY-Facebook, 18.03.2014; Hervorhebungen d. A.)

bis 34 Jahren mit einer Nutzerrate von 99% ein. Darauf folgen jeweils die Gruppe unter 25 Jahren mit 98%, die von 35 bis 44 mit 97% und die von 45 bis 54 mit 92%. Die niedrigste Nutzerrate findet sich in der Altersgruppe von 55+, die jedoch immer noch 90% beträgt. (vgl. Statista 2016) Daraus lässt sich unzweifelhaft die Schlussfolgerung ziehen, dass Facebook über eine äußerst breite Nutzerbasis in Taiwan verfügt.

²³ Der originale Text in chinesischer Sprache ist im Folgenden nachzulesen:

In diesem schriftlichen Aufruf zur Beteiligung am Protest identifizieren sich die BIY-AktivistInnen mit allen jungen Menschen in Taiwan und sprechen als Pioniere der „Wir“-Gruppe gegen die gegenübergestellte „Sie“-Gruppe. Der „Sie“-Gruppe, die sich aus Reichen und Mächtigen auf beiden Seiten der Taiwanstraße zusammensetzt, wird die Zugehörigkeit zu Taiwan verweigert und sind als Gegner der jungen Generation dargestellt, die Taiwan ihrerseits für sich beansprucht. Durch diese maximale Kontrastierung von beiden gegenüberstehenden Gruppen wirbt die BIY direkt bei den gleichaltrigen jungen TaiwanInnen im gemeinsamen Status quo bzw. mit der gemeinsamen Zukunftsperspektive um Sympathien und Unterstützung und drängt gleichzeitig die taiwanische Gesellschaft zur Meinungsentscheidung. Das „Wir“-Gefühl aufrechtzuerhalten und nachhaltig zu pflegen, gilt als eine der zentralen Mobilisierungsaufgaben der Protestgruppe während und auch nach der Sonnenblumenbewegung.

Unmittelbar nach der vorläufigen Stabilisierung im Parlament erweitern die StudentInnen ihre „Wir“-Gruppe dadurch, dass sie das Wort „Volk“ konstant in ihre Aussagen einbauen und sich folglich mit der Gesamtbevölkerung in Taiwan identifizieren. Auf diese Weise präsentieren sie sich als Teil des Volkes und äußern ihre Meinungen ebenfalls von dem Standpunkt des „ordinary guy“ aus, „who claims to speak as the public“ (Coleman/Ross 2010: 2). Mit der **Identität als VolksvertreterInnen** kündigen sie an, dass sie die „majority of Taiwan“ repräsentieren (BIY-Facebook, 21.03.2014) und somit im Namen des Volkes das Parlament gestürmt und es in Besitz genommen haben. Demnach stellen sie die Legitimität der amtierenden Regierung in Frage und erheben gleichzeitig ihren eigenen Machtanspruch, indem sie die Demokratie als Herrschaft des Volkes interpretieren. Der Machtanspruch der jungen Generation wird bereits in ihrer Pressemitteilung am 20. März 2014 folgendermaßen artikuliert:

Wir Jugendliche sind in dem Taiwan nach dem Ausnahmezustand aufgewachsen. **Wir** sind davon überzeugt, dass Demokratie und Gleichheit unantastbare Bürgerrechte sind. [...] Der Staat gehört ursprünglich dem **Volk**. Das **Volk** hat das Recht darauf, das korrupte Parlament wieder in Besitz zu nehmen. [...] Die Besetzung des Parlaments ist keine Gewalt, sondern die Reaktion auf die

„各位青年朋友，這些由大財團、大企業、少數執政者所組成的跨海峽政商統治集團，隨時可以拋棄台灣，**他們**隨時可以轉往世界上任何一處勞動力更廉價的地方；**他們**就像吸血鬼一樣，吸乾一個國家青年的血汗，就開始找尋其他國家青春的肉體。各位台灣的青年們，台灣是**我們**生活的土地、這是**我們**賴以維生的地方。為了阻止這個不公不義的經貿協議、為了阻止這個踐踏制度、威權復辟的政黨，請跟**我們**一起站出來，請跟**我們**一起站出來守護**我們**的台灣!“

korrupte Politik. Die demokratische Überprüfung des CSSTA ist die Pflicht von uns Jugendlichen für die ganze Gesellschaft!²⁴ (BIY-Facebook, 20.03.2014; Hervorhebungen d. A.)

Das politische System der repräsentativen Demokratie in Taiwan wird als Instrument der autoritären Parteien charakterisiert, um das einfache Volk auszubeuten und die Demokratie zu untergraben, und somit für gescheitert erklärt. Infolgedessen ändert sich die Wortwahl für die Protesthandlung von der „Eroberung“ zum „Reklamieren“ bzw. „Wieder-in-Besitznehmen“ des Parlaments. So bezeichnen die jungen AktivistInnen ihre Protestbewegung in englischer Sprache als „Reclaim the Legislature, Defend Democracy Movement“ (BIY-Facebook, 22.03.2014). Dadurch wird ihre Handlung rhetorisch legitimiert, weil sie als Teil des Volkes das Anrecht darauf haben, die Herrschaft auszuüben, die Demokratie zu verteidigen und das Parlament als Ort der Demokratie für sich zu beanspruchen. Den StudentInnen, die als Teil des Volkes auftreten, wird die Rolle der MachtinhaberInnen zugesprochen, während die Regierung als Stellvertreter aufgrund ihres Fehlverhaltens folgerichtig entmachtet wird (vgl. BIY-Facebook, 21.03.2014). Zum Schluss der Bewegung charakterisieren die Jugendlichen ihre Bewegung nicht nur als eine Studentenbewegung, sondern vor allem auch als eine solidarische Volksbewegung zur Verteidigung der Demokratie (vgl. BIY-Facebook, 07.04.2014)

Zu der Identifikation mit der Gesamtbevölkerung in Taiwan gesellt sich noch die Taktik der **Solidaritätsbekundung**, um ihre Legitimität zu bekräftigen und den Eindruck der breiten Unterstützung aus der taiwanesischen Gesellschaft sowie der internationalen Gemeinde entstehen zu lassen. Um das virtuelle Publikum von der uneingeschränkten Solidarität innerhalb der BIY zu überzeugen, werden einzelne Mitglieder der Protestgruppe mit ihren persönlichen Motivationen, politischen Meinungen und konkreten Forderungen vorgestellt. Indem allen Gruppenmitgliedern mehr oder weniger Chancen gegeben werden, sich zu porträtieren und zu Wort zu melden, wird die innere Organisationsstruktur der BIY von außen als basisdemokratisch und partizipatorisch empfunden. Ergänzend zur inneren Solidarität führen die Sonnenblumen-AktivistInnen stets ihre nationalen wie auch internationalen SympathisantInnen in tabellarischer Form an, um die quantitative Menge und den geographischen Deckungsgrad der Unterstützung zu versichern. Mit dem Ziel, mehr Stimmen weltweit zu erreichen, verfassen sie in der Stabilisierungsphase ihre Statements und

²⁴ Der Originaltext auf Chinesisch lautet: „我們青年成長於解嚴後的台灣，我們認為「民主、平等」的公民權是神聖不可侵犯的，[...] 國家原本屬於人民，人民有權奪回傾頹腐敗的國會。[...] 佔領國會議場不是暴力，而是對於腐敗政治的回應；展現民主審議服貿，也是我們青年對於社會的使命！“

Pressemitteilungen in mehreren Fremdsprachen, vor allem Englisch, Japanisch, Französisch, Spanisch und Kantonesisch. An der Sprachauswahl lässt sich der geopolitische Fokus der jungen TaiwanInnen deutlich erkennen. Mit Englisch werden die westlichen demokratischen Länder, in erster Linie die USA anvisiert, die trotz des anerkannten Ein-China-Prinzips die Sicherheit und den Status quo von Taiwan garantieren. Aus der kolonialen Geschichte, der darauffolgenden soziopolitischen Annäherung und der wegen der politischen Anspannung mit China immer enger werdenden Beziehungen mit Japan erklärt sich die Auswahl des Japanischen. Besonders bemerkenswert ist die Selektion des Kantonesischen. Dies bezeugt das Bewusstsein und vor allem die Angst der jungen Generation in Taiwan vor der „Hongkongization“ (Tsai 2011: 153). Durch die Verwendung von Hongkongs Hauptsprach Kantonesisch versuchen sie, die Sympathie der dortigen Schicksalsgenossen zu gewinnen, die sich ebenfalls für die Demokratisierung engagieren. Gleichzeitig senden sie dadurch ein bedrohliches Warnsignal an die taiwanische Gesellschaft, im Fall der Annäherung an China ihre eigene Sprache und Identität zu verlieren, genau wie Hongkong.

Neben der Herausbildung des „Wir“-Gefühls und der Bedrohung des Identitätsverlustes sorgt die junge Generation aktiv dafür, eine besondere taiwanische Kultur und Identität zu konzipieren. Zur **Identitäts- und Solidaritätsbildung** wird zuerst eine Reihe von Symbolen erschaffen. Das bedeutsamste Symbol der Protestbewegung ist unzweideutig die Sonnenblume, nach der die Bewegung benannt wird. Am 19. März bittet die BIY in ihrer Facebook-Seite das virtuelle Publikum, Sonnenblumen ins Parlament zu bringen, und erklärt indirekt ihren Charakter als zuversichtliche und zukunftsweisende Generation. Das von AktivistInnen entworfene Bild von einer Sonnenblume (Abb. 13), die aus der schwarzen Kiste herauswächst, symbolisiert das Begehren der Jugendlichen in Taiwan, das undemokratische Regime zu durchbrechen. Die metaphorische Bedeutung der Sonnenblumen setzen die jungen AktivistInnen immerfort ein, um sich als Hoffnungsträger von Taiwan zu stilisieren und ihrer Handlung ein nachhaltiges Wiedererkennungsmerkmal zu erteilen. Zu diesem Zweck wird das Ende der Protestbewegung mit einer Zeremonie begangen, bei der Sonnenblumen als Hoffnung auf fortwährenden gesellschaftlichen Wandel weitergereicht werden (vgl. BIY-Facebook, 07.04.2014).



Abb. 13: Die Sonnenblume als Symbol der Studentenbewegung (BIY-Facebook, 08.04.2014)

Von sinnstiftender Bedeutung ist auch das Lied „Island’s Sunrise“ 岛屿天光 von der taiwanesischen Musikgruppe „Fire Ex.“ 灭火器乐团, die die Sonnenblumenbewegung persönlich und künstlerisch unterstützt. Das Lied ist absichtlich in taiwanesischen Lokalsprache verfasst, um Taiwan im kulturell-sprachlichen Hinblick von China abzugrenzen. Laut den Musikern selbst, dient ihr Song dazu, Protestierende zu solidarisieren und zum Durchhalten zu ermutigen (Apple Daily 2014). In der letzten Strophe wird der Wunsch der jungen Generation in Taiwan geäußert, ihre Identität zu bewahren und mutig in die Zukunft zu schauen:

Lasst uns laut singen, wenn es langsam hell wird,
bis die Sonne der Hoffnung auf alle in der Insel scheint.
Lasst uns laut singen, wenn es langsam hell wird.
Wir können zurückkehren, wenn die Sonne wieder scheint.

Nun ist der Tag.
Sei ein mutiger Taiwanese.²⁵
(BIY-Facebook, 02.04.2014)

Die eigene Identitätsstiftung wird durch den Beistand bekannter Kulturschaffender, u. a. RegisseurInnen, SchauspielerInnen und MusikerInnen, wesentlich bekräftigt. So veröffentlicht BIY eine als „Brief aus dem Volk“ betitelte Solidaritätserklärung von dem mehrfach preisgekrönten taiwanesischen Regisseur Cai Mingliang 蔡明亮. Darin wird eine

²⁵ Originaler Songtext auf Chinesisch: 天色渐渐亮, 咱就大声来唱着歌, 一直到希望的光线照亮岛屿每一个人。天色渐渐亮, 咱就大声来唱着歌。日头一爬上山, 就可以回去了。现在就是那一天, 做一个勇敢的台湾人。

antagonistische Metapher benutzt, um das Verhältnis zwischen jungen Protestierenden und politischen Eliten anschaulich widerzuspiegeln. Die StudentInnen werden Kindern gleichgestellt, die schlicht und erhaben denken bzw. handeln. Hingegen werden die etablierten PolitikerInnen als schmutzige und gierige Erwachsene beschrieben, die unter Vorspielen des Volksinteresses nach Macht und Ruhm streben. Durch diese Gegenüberstellung werden der jungen Protestgruppe vor allem Charakteristika von Reinheit und Unverfälschtheit zugeschrieben, die als „mutige Kinder aus Taiwan“ (BIY-Facebook, 26.03.2014) die künftige Hoffnung der Insel tragen.

Eine essentielle Diskurspraktik der Sonnenblumen-AktivistInnen im Online-Bereich ist das Heranziehen von **Expertenaussagen**. Zu ExpertInnen gehören in ihren Facebook-Beiträgen vor allem UniversitätsprofessorInnen, AnwältInnen und MedizinerInnen, die mit ihren speziellen Fachkenntnissen als Wissensautorität fungieren. Die Rolle der sinnproduzierenden Individuen nennt Michel Foucault das „Prinzip der Verknappung des Diskurses“: „Es handelt sich um den Autor. Und zwar nicht um den Autor als sprechendes Individuum, das einen Text gesprochen oder geschrieben hat, sondern um den Autor als Prinzip der Gruppierung von Diskursen, als Einheit und Ursprung ihrer Bedeutungen, als Mittelpunkt ihres Zusammenhalts.“ (Foucault 1991: 20) Ihm zufolge können sich einige Individuen mit Kriterien wie akademischen Hintergründen und öffentlichen Reputationen als diskursberechtigt etablieren, die über maßgebende Wissensautorität verfügen und „den Stellenwert von Aussagen im Diskurs bewerten“ (Keller 2005: 135). Dieser Wissensmacht sind sich die jungen StudentInnen durchaus bewusst und lassen daher AkademikerInnen für sich sprechen, die den Bewegungsdiskursen mehr Gewicht und höhere Wertschätzung verleihen sollten. Nach der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen StudentInnen und PolizistInnen am 23./24 März 2014 veröffentlicht BIY unverzüglich eine Stellungnahme der AnwältInnen zu dieser Gegebenheit in chinesischer und englischer Sprache, um die öffentlichen Diskurse zu steuern:

[W]e lawyers, as pursuers of Justice and under vocation of lawyer ethics, are determined to protect civil rights from state violence and encroaching state power which is over the limitation of the principle of proportionality, prescribed in Article 23 of the Constitution. On behalf of the students and citizens serious injured, and even those in danger of life, we will initiate a criminal lawsuit against Chiang [Kabinettsvorsitzender Anm. d. A.], Wang [Polizeipräsident – Anm. a. A.] and Fang [Polizeichef – Anm. d. A.] who should be held responsible for attempted homicide, serious injuries and other offences; their offenses should not be indulged. Our action is also a demonstration to all citizens of our firm determination to realize Justice. As for responsibility of

individuals of the riot police, we will initiate criminal lawsuits as well, after evidence has been collected. (BIY-Facebook, 24.03.2014)

Ihre Berufsbezeichnung, die mit zahlreichen moralischen Werten („Justice“) zusammenhängen, unterscheiden diese sinnstiftenden AnwältInnen als legitime Sprecher sowohl von den jungen StudentInnen als auch von den RegierungsvertreterInnen. Sie legitimieren in der oben zitierten Aussage ihre Machtposition als Koryphäen im juristischen Bereich durch die Anwendung spezieller Vokabulare der Rechtswissenschaften („principle of proportionality“) und die Anlehnung an etablierte Machtinstitution („Constitution“). In diesem Sinne ermächtigen sie sich zum Urteil über Wahr und Falsch und hinterlassen den Eindruck der Rechtsstaatlichkeit. Durch die Unterstützung der AnwältInnen als juristische Autorität für die AktivistInnen wird deren Besetzungsversuch im Kabinett diskursiv legitimiert. Hingegen werden die GegenakteurInnen rhetorisch als RechtsbrecherInnen dargestellt und demoralisiert. Anschließend an das juristische Argument der AnwältInnen bringen die StudentInnen ihre Sichtweise zum Ausdruck:

In spite of being a university professor, Premier Chiang ordered the riot police to evacuate the people in the bloodiest manner, which is in apparent violation of the principle of proportionality. We must ask Premier Chiang for one more time: what crime have these students committed to be so brutally treated by the Executive Yuan? What wrong have these people done to be punished with blood-shedding and corporeal injury? Even if there was slight disorder among the people, is it necessary for Premier Chiang to suppress them with violence? [...] The government should take our actions seriously. Our Premier is capable of deploying large number of police in merely two hours, clearing protestors with great atrocity, why, then, was he unable to communicate with students, who have been sitting in here peacefully for six days? (BIY-Facebook, 24.03.2014)

Im Statement der BIY ist kaum die Rede davon, dass StudentInnen das Regierungsgebäude überfallen haben. Stattdessen wird die gewaltsame Unterdrückung durch die Polizei aus dem Kontext gerissen und erheblich in den Fokus gerückt. Durch direkte und indirekte (über AnwältInnen, MedizinerInnen und andere Fachleute) Beschuldigung gegen die Regierung und die Polizei wird das Konzept der Gewalt zu Gunsten der StudentInnen neu interpretiert, deren Bedeutung von AkteurInnen abhängig gemacht wird. Im Fall der Auseinandersetzung im Kabinett wird ausschließlich die Polizeiaktion als Gewalt verurteilt, während die Besetzung durch StudentInnen als legitimer ziviler Ungehorsam gedeutet wird: „We cannot emphasize too much that the occupation of the Legislative Yuan and Executive Yuan is a non-violent protest, both with consistent measure and purpose.“ (BIY-Facebook, 24.03.2014) Dadurch,

dass die Besetzung von Parlament und Kabinett als gesetzmäßiger Vorgang und notwendige Kommunikationsmaßnahme mit der Regierung ausgelegt wird, versetzen sich die StudentInnen zu einer defensiven Position gegenüber der staatlichen Repression. Dazu kommt eine Vielzahl von rhetorischen Fragen, welche die GegnerInnen in die Erklärungsnot bringen und öffentlich demoralisieren.



Abb. 14: Räumung von Sitzblockaden der AktivistInnen durch die Polizei während der Aktion vor dem Kabinett (BIY-Facebook, 24.03.2014)

Im Gegensatz zu der Darstellung der Pro-AkteurInnen, denen die Zugehörigkeit zur taiwanesischen Bevölkerung zugeschrieben wird, treten die Kontra-AkteurInnen ausschließlich in vielfältigen Beschuldigungen in Erscheinung. Neben der scharfen Kritik mit sprachlich-rhetorischen Mitteln wird eine große Anzahl von Bildmaterialien eingesetzt, um die Staatsgewalt negativ zu veranschaulichen und somit zu delegitimieren. Vor allem die physische Konfrontation zwischen der Polizei in schwerer Schutzausrüstung und den unbewaffneten ProtestantInnen ist ein beliebtes Motiv (Abb. 14), das ohne Sprache für sich spricht. Indem die Polizei- und Staatsgewalt ausschließlich als herzlose und aggressive Apparate beschrieben werden, befreien sich die AktivistInnen von der Unterstellung der Gewaltanwendung. Das Image der brutalen Polizeigewalt wird nach der Aktion im Regierungsgebäude weiter vertieft, indem auf der BIY-Facebook Ratschläge für

Selbstverteidigung gegen bewaffnete Polizeiangriffe in Bild und Schrift erteilt werden (Abb. 15).



Abb. 15: Anleitung für die Selbstverteidigung gegen Polizeiangriffe (BIY-Facebook, 25.03.2014)

Nicht nur die Imagepflege, die durch kontinuierliche Selbst- und Fremdbilddarstellung erfolgen kann, sondern auch die **Produktion bzw. Reproduktion des eigenen Wissens** spielt eine wichtige Rolle bei der Diskursführung der Sonnenblumen-AktivistInnen. Im Online-Bereich vermitteln sie fortwährend Informationen über die intransparente Vorgehensweise der KMT und die negativen Auswirkungen des CSSTA auf Taiwans Gesellschaft und Sicherheit. Hierzu stellen sie entweder selbst das vereinfachte Informationspaket zusammen, das in Taiwan üblicherweise als „Information für Dummies“ bezeichnet wird und schwierige Themen leichter bzw. kompakter vermitteln sollte, oder leiten solche Pakete von liberalen Medien (bspw. Apple Daily) weiter. Durch Erschaffen und Übermitteln der unkomplizierten Informationen im Internet gelingt es den AktivistInnen, ein großes Publikum ohne Fachkenntnisse anzusprechen und für ihre eigenen Ideen zu gewinnen. Gleichzeitig organisieren sie mit Unterstützung von ProfessorInnen aus unterschiedlichen Universitäten mehrere „Demokratie-Vorlesungen“ auf den offenen Straßen in der Umgebung des Parlamentes und mobilisieren ihre AnhängerInnen zur aktiven Teilnahme. Themen der Vorlesungen, die im Offline-Bereich stattfinden, beschränken sich in der Regel auf die Förderung der Demokratie, das CSSTA bzw. Neoliberalismus und dessen Auswirkungen auf

Taiwan sowie die sino-taiwanesischen Beziehungen. Die dadurch geäußerten Meinungen aller Teilnehmenden gelten als die Stimme des Volkes und werden in ihre Diskurse eingebaut. Darüber hinaus verfasst die Jugend mit Hilfe der beteiligten NGOs einen neuen Gesetzentwurf zur Überprüfung aller Abkommen zwischen China und Taiwan, den sie als Grundlage für eine entsprechende Gesetzgebung betrachtet und in ihre Forderungen aufnimmt. Schließlich stellen sie die repräsentative Demokratie in Taiwan massiv in Frage und starten infolgedessen ihren **eigenen politischen Versuch**, ein Zivilparlament im Sinne der direkten Demokratie sowohl im virtuellen Raum als auch in der realen Welt zu konzipieren und durchzuführen. Das sogenannte Volksparlament gestaltet sich größtenteils in Form eines öffentlich zugänglichen Symposiums mit Vorträgen und Diskussionen, was durch die Studienerfahrungen der StudentInnen bedingt ist.

Um ihrer Stimme mehr Nachdruck zu verleihen und die öffentliche Aufmerksamkeit konstant auf sich zu lenken, organisieren die AktivistInnen mit Unterstützung von NGOs und freiwilligen AnhängerInnen zahlreiche **Offline-Aktionen** wie z. B. Demonstrationen, Unterrichts- und Arbeitsstreiks, öffentliche Debatten, lokale Proteste in KMT-Wahlkreisen und Wahlempfehlungen gegen die KMT-KandidatInnen in ganz Taiwan. Dadurch setzen sie nicht nur die Regierung und die Nationalpartei, die vor einem heiklen Wahlkampf stehen, massiv unter Druck. Vielmehr bringen sie ihre Diskurse ausdrücklich in die Öffentlichkeit, sammeln wertvolle Erfahrungen in der politischen Bildung und setzt ein erstes Zeichen für einen unerwarteten Wandel in der politischen Landschaft in Taiwan.

5.3 Phänomenstruktur und Deutungsmuster

Um die von den BIY-AktivistInnen produzierte Phänomenstruktur mit Diagnosen, Schuldzuweisung, Lösungsvorschlägen und Motivationen herauszuarbeiten, werden für die inhaltliche Feinanalyse 40 von insgesamt 298 Texten als Korpus ausgewählt. Die Entscheidung für das theoretische Sample ist nicht willkürlich von vornherein getroffen, sondern erfolgt im Zusammenhang mit dem iterativen Forschungsprozess. Die Auswahlkriterien bestehen vor allem darin:

- 1) Die Texte müssen von dem zu untersuchenden Akteur, nämlich der Studentengruppe Black Island Nation Youth Front *selbst* verfasst werden. Alle weitergeleiteten Beiträge von anderen Individuen und Institutionen werden nicht berücksichtigt.

- 2) In den auserlesenen Facebook-Beiträgen müssen nach iterativem Analyseprozess zugängliche Kodes und Kategorien festgehalten werden können, die miteinander in einem kausalen bzw. interpretativen Zusammenhang stehen und als Bausteine gemeinsam zur Rekonstruktion der Phänomenstruktur beitragen können.
- 3) Alle Texte müssen konkrete Meinungen und diverse Perspektiven der jungen AktivistInnen beinhalten, die ihren Standpunkt zu dem Cross-Strait Service Trade Agreement und damit verbundenen Sujets widerspiegeln können.
- 4) Die Texte dürfen sich nicht auf bestimmte Zeitpunkte der Protestbewegung konzentrieren, sondern müssen den gesamten Verlauf abdecken, damit die Frage nach dem potentiellen Diskurswandel beantwortet werden kann.
- 5) Die Datenerhebung muss so lange andauern, bis das theoretische Sample gesättigt bzw. alle Aspekte der Diskurse eingeschlossen werden.

Den oben aufgezählten Kriterien entsprechend sind 40 textförmige Facebook-Beiträge ausgewählt, die überwiegend aus Programmetexten und Pressemitteilungen der Studentengruppe bestehen und die Diskursbildung in ihrer chronologischen Reihenfolge wiederherstellen können. Durch die Satz-für-Satz-Kodierung wird die begriffliche Verdichtung aller Facebook-Beiträge im Untersuchungskorpus ermöglicht. Das Kodierungsverfahren wird durch die laufenden Kommentare und Bemerkungen zu den hervorgehobenen Kodes und zugeordneten Kategorien begleitet, die auf jeweilige inhaltlich-interpretative Perspektive und Fragestellungen hinweisen können. Demzufolge werden vor allem folgende Fragen beantwortet, um die Phänomenstruktur der jungen AktivistInnen analytisch-interpretativ wiederherzustellen: Welche Begriffe kommen immer wieder vor und wie werden sie interpretiert? Aus welchen Bausteinen besteht ein Diskurs und in welcher Logik hängen sie miteinander zusammen? Inspiriert von der Analyse des Abfalldiskurses von Reiner Keller (1998) wird im Folgenden versucht, die Phänomenstruktur des CSSTA-Diskurses von den StudentInnen als VertreterInnen der jungen Generation in Taiwan zu rekonstruieren und deren inhaltliche Basis dementsprechend zu beleuchten.

<i>Phänomenstruktur</i>	<i>Cross-Strait Service Trade Agreement (CSSTA)</i>
Problem Diagnosen	CSSTA als Defizit der Demokratie: - Verhandlungen hinter verschlossenen Türen - Keine Artikel-für-Artikel-Überprüfung - Undemokratischer Verabschiedungsprozess im Parlament - Keine direkte Reaktion der Regierung auf das Volksbegehren - Polizeigewalt gegen BürgerInnen CSSTA als Problem des Neoliberalismus - Unfaire Konkurrenz zwischen KMU in Taiwan und Großunternehmen aus China - Arbeitslosigkeit und soziale Probleme - Ausbeutung der jungen Generation CSSTA als Risiko in den sino-taiwanesischen Beziehungen - Keine Gesetze für Cross-Strait-Abkommen - Staatssouveränität - Staatssicherheit - Wirtschaftliche Abhängigkeit - Kulturelle Identität - Demokratische Werte - Hongkong-Modell
Verantwortungszuschreibung	KMT Ma-Administration (Parlament, Regierung, Polizei und andere Staatsapparate) KPCh und China Multikonzerne auf beiden Seiten der Taiwan-Straße
Handlungsbedarf (Problemlösung)	Rücknahme des CSSTA - Neue Verhandlungen mit China, unter den Voraussetzungen nach der Etablierung des neuen Gesetzes für den Überprüfungsmechanismus Gesetzgebung für einen allgemein gültigen Überprüfungsmechanismus für alle Abkommen mit China, Prinzipien:

	- Bürgerpartizipation - Transparenz - Schutz von Staatssicherheit, Demokratie und Freiheit, Kulturidentität, Umwelt und soziale Gerechtigkeit - Vielseitige Begutachtung - Effektive Gewaltenteilung: Regierung (Verhandlung) und Parlament (Überprüfung) - Respekt der Staatssouveränität Taiwans
	Gesetzgebung vor Cross-Strait-Abkommen
	Volksvollversammlung zum Thema Verfassungsreform
Handlungs-trägerInnen	BIY und StudentInnen
	Nichtregierungsorganisationen
Selbstpositionierung	VolksvertreterInnen: die Mehrheit in Taiwan
Fremdpositionierung	KMT-Regierung vertritt nicht das Interesse der taiwanesischen Bevölkerung und handelt verantwortungslos.
	KMT arbeitet mit China bzw. KPCh zusammen → Verrat an Taiwan
	Multikonzerne als TrägerInnen des Neoliberalismus
Motivationen der Mobilisierung	Demokratische Werte als Taiwan-Identität gegenüber China
	Politische und wirtschaftliche Zukunftsperspektiven
	Gemeinsames Gedächtnis: - Politische Verfolgung im Ausnahmezustand - Studenten- und Demokratiebewegungen in der Vergangenheit

Abb. 16: Phänomenstruktur im CSSTA-Diskurs der jungen AktivistInnen

5.3.1 Problemdiagnose – Neoliberalismus, Demokratie oder China?

Obwohl die Sonnenblumenbewegung in vieler Hinsicht dem Prinzip von strategischer Improvisation folgt, ist deren Mobilisierungserfolg doch durch einige Voraussetzungen bedingt, wie Ho (2017) feststellt: „Acts of improvisation emerge when an acute grievance surfaces as a focal national event and it also presupposes a sufficient number of seasoned and well-connected activists who are able to make strategic decisions autonomously from the top leadership.“ (Ho 2017: 2) Dafür muss zuerst ein Missstand von nationalem Interesse eintreten.

Jedoch führt die Entstehung einer Notlage, die sich im Fall der Sonnenblumenbewegung auf das CSSTA bezieht, nicht automatisch zur kollektiven Protestaktion. Dafür muss ein Deutungsrahmen mit plausibler Kausalität und verlässlichen Lösungsvorschlägen geschaffen werden, der zu Gunsten von den AktivistInnen interpretiert werden kann. Die Problemdiagnose der jungen StudentInnen entspricht teilweise dem improvisatorischen Mechanismus und erweist sich als ein komplexes Geflecht mit vielschichtigen Komponenten.

Wir stellen uns gegen das Cross-Strait Service Trade Agreement, nicht weil wir uns aus Prinzip immer gegen China positionieren. Das größte Problem mit dem CSSTA ist, dass nur Großkapitalisten von dem Liberalismus profitieren und Multikonzerne auf beiden Seiten der Taiwan-Straße expandieren können. Solche Cross-Strait-Konzerne werden den kleinen Selbständigen in Taiwan Schaden zufügen. Taiwan als Paradies der Selbständigen, worauf wir so stolz sind, wird in Zukunft mit diesen Großunternehmen fusioniert. Das Wesen vom CSSTA ist genau so wie das von WTO [World Trade Organization – Anm. d. A.], FTA [Free Trade Agreement – Anm. d. A.] und TPP [Trans-Pacific Partnership – Anm. d. A.]. Diese bilateralen und multilateralen Wirtschaftsabkommen dienen dazu, die staatliche Schutzfunktion für die Bevölkerung abzubauen. Beim CSSTA handelt es sich weder um das Dilemma von Wiedervereinigung und Unabhängigkeit noch um den Konflikt zwischen Blauen [KMT – Anm. d. A.] und Grünen [DPP – Anm. d. A.]. Es geht um einen Klassenkampf dagegen, dass eine Minderheit der Großkapitalisten die Mehrheit von kleinen Bäuerinnen und Bauern, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Selbständigen ausbeutet. Es ist umso mehr eine kritische Existenzkrise, mit der alle jungen Menschen in Taiwan konfrontiert werden müssen.²⁶ (BIY-Facebook, 18.03.2014)

In dieser Bewegungsdeklaration bringen die StudentInnen ihre initiale Rezeption vom CSSTA als Instrument des Liberalismus zum Ausdruck, mit dem Großunternehmen und Multikonzerne ihre Ausbeutung gegen sozial schwächere Schichten verschärfen können. In diesem Sinne wird das CSSTA zwischen China und Taiwan im Allgemeinen allen anderen wirtschaftsliberalen Organisationen (WTO) und Handelsabkommen (FTA und TPP) weltweit gleichgestellt. Indem das Protestthema CSSTA betont in die wirtschaftliche Perspektive eingeordnet wird, zielen die AktivistInnen zu Beginn ihrer Bewegung mutmaßlich darauf ab, nicht umgehend als politische Gruppe etikettiert und mit negativen Vorstereotypisierungen

²⁶ Originale Textpassage in chinesischer Sprache: 反对服贸，不是逢中必反，服贸最大的问题在于，自由化下只让大资本受益，巨大的财团可以无限制的，跨海峡的扩张，这些跨海峡的财团将侵害台湾本土小型的自营业者。那个我们曾经引以为傲的中小企业创业天堂，未来将被一个，一个跨海资本集团并购。服务贸易协定的本质，和 WTO，FTA，TPP 一样，这些国与国的经济协议，都是在去除国家对人民的保护。服贸协议，不管独统，不管蓝绿，这是一个少数大资本吞噬多数小农小工小商的阶级问题，更是所有台湾青年未来都将面临的严苛生存问题。

hinsichtlich des KMT-DPP-Machtkampfes in Verbindung gebracht zu werden. Die wirtschaftsbezogenen Themen, vor allem der Interessenkonflikt zwischen Großkapitalisten und KMU, kommen im Verlauf der Protestbewegung zwar stetig vor, aber die neoliberale Komponente weicht von ihrer herkömmlichen Interpretation hinsichtlich der allgemein gültigen Auswirkungen der Globalisierung und Freihandelsabkommen ab. Ausgehend davon kann man anhand der ersten Ergebnisse der schrittweisen Kodierung feststellen, dass das Cross-Strait Service Trade Agreement und die damit verbundene Wirtschaftsthematik über Neoliberalismus und Globalisierung vor allem als Anlass im Vordergrund dienen, um weitere Diskussionen einzuleiten. Auf theoretische Auseinandersetzungen mit den Begrifflichkeiten wie Neoliberalismus und Liberalismus wird nicht eingegangen. Über Freihandelsabkommen zwischen Taiwan und anderen Ländern²⁷, u.a. Japan, Singapur und Neuseeland, sowie deren Auswirkungen wird auch nicht diskutiert. Unter den wirtschaftlichen GegenakteurInnen wie Multikonzernen, Großkapitalisten und Monopolisten versteht man ebenfalls durchgehend die chinesischen (staatseigenen) Unternehmen. Demnach wird der Neoliberalismus immer stärker mit der Demokratie bzw. dem intransparenten Verhandlungsprozess in Zusammenhang gebracht und in den größeren Deutungsrahmen der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen eingebettet.

Als wichtigste Kategorie in einzelnen Kerntexten erschließt sich die Demokratie als Grundprinzip, was mit dem Ergebnis der quantitativen Stichwörter-Untersuchung am Beginn der Forschungsarbeit durchaus übereinstimmt. Die demokratischen Werte werden in sämtlichen Facebook-Beiträgen der AktivistInnen durch Sprache und Symbole (Sonnenblumen) wiederholend präsentiert, um ihren unbeirrbaren Standpunkt zu demonstrieren. Gleichzeitig wird durch „die Verstärkung einzelner Glaubenssätze oder Ideen (frame amplification) [...] die kulturelle Resonanz und damit das Mobilisierungspotenzial eines Deutungsrahmens [vergrößert]“ (Kern 2008: 147).

Der Deutungsrahmen von der Demokratie, den die jungen StudentInnen herstellen und als einzige geltende Interpretation zu verankern versuchen, steht in hohem Maße in Einklang mit den jeweiligen AkteurInnen und passt sich der antagonistischen Darstellungstaktik der AktivistInnen an. Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der Demokratie und deren

²⁷ Vor der Unterzeichnung vom CSSTA mit China hat Taiwan bereits Freihandelsabkommen und ähnliche Wirtschaftszusammenkünfte mit Panama (2003), Guatemala (2005), Nicaragua (2006), El Salvador Honduras (2007), Japan (2011), Neuseeland (2013) und Singapur (2013) abgeschlossen. Mehrere weitere Freihandelsabkommen, u.a. mit den USA und der EU, werden verhandelt. (Vgl. Tsai/Liu 2017: 24)

unterschiedlichen Annahmen bzw. Modellen wird nicht zugelassen. Stattdessen greifen die StudentInnen prinzipiell auf den liberalen Leitgedanken von Thomas Hobbes und John Locke zurück, der von dem Staat als Machtverlagerung der Volksherrschaft ausgeht, wodurch eine legitime Herrschaft über einen kollektiven Gesellschaftsvertrag mit Individuen konstruiert und durch Schutz und Respektierung der individuellen Rechte aufrechterhalten wird (vgl. Holthaus/Neotzel 2012: 34-35). In Anlehnung an Hobbes' Kernprinzip von der „Staatlichkeit als repräsentative Ordnung“ (Lembcke 2016: 25) verstehen die StudentInnen die Regierung als Interessenvertretung aller TaiwanInnen. Zwischen der Regierung als Repräsentanten und der Bevölkerung als Repräsentierten herrscht ein hierarchisches Dienstverhältnis, in dem Ersterer dem Letzteren unterworfen ist. Die Bevölkerung überträgt daher ihren durch allgemeine Wahlen bestimmten Repräsentanten die Aufgabe, im Namen des Volkes für das Allgemeinwohl aller zu agieren. Demnach treten die jungen AktivistInnen während der Sonnenblumenbewegung als Teil des Volkes auf und sehen sich dadurch legitimiert, die Aufgaben der Regierung zu definieren und deren Bilanz zu begutachten.

Auf dieser theoretischen Basis, Demokratie als Herrschaft des Volkes zu interpretieren, wird den Individuen ein „Widerstandsrecht gegen staatliche Herrschaft, wenn diese die natürlichen Rechte der Individuen nicht durchsetzt oder gar willentlich verletzt“ (ebd.: 35), zugesprochen. Die Tatsache, dass der einheitliche Volkswille im Angesicht der vielfältigen individuellen Interessen empirisch nur schwer erfassbar ist, versuchen die StudentInnen einerseits durch wiederholende Selbstbehauptung als VolksvertreterInnen zu kompensieren. Andererseits führen sie immer wieder Befragungsergebnisse als Beweis für mangelnde Repräsentativität der Ma-Administration heran, die eine niedrige Unterstützungsrate von 9% der Gesamtbevölkerung für den amtierenden Präsidenten zeigen (BIY-Facebook, 18., 20. und 29.03.2014). Indem Ma Yingjiu als „9% Präsident“ bezeichnet und somit de facto von dem Machtinhaber, nämlich allen TaiwanInnen, delegitimiert wird, steigt die Glaubwürdigkeit der BewegungsaktivistInnen als neue berechnigte RepräsentantInnen dementsprechend an.

Demokratisch	AkteurInnen	BIY als Volk, Bürger und TaiwanInnen
		- MachtinhaberInnen
		NGOs
		Ausländer
		Unterstützende Medien: bspw. <i>Liberty Times</i> und <i>Apple Daily</i>

	AkademikerInnen
	- LehrerInnen, JuristInnen, MedizinerInnen, ProfessorInnen
	Ehemalige OpferInnen des „Weißen Terrors“
Handlungen	Zurückeroberung des Parlaments durch die junge Generation
	- Verteidigung der Demokratie
	Sitzstreik vorm Parlament
	Unterrichts- und Arbeitsstreik
	Eroberung des Regierungsgebäudes
	- Ziviler Ungehorsam
	Demonstrationen
	Bürgerforum zur Verfassungsreform in TW
	- Vorbildhafte Demokratie
	Demokratie-Vorlesungen
	Verfassung des Dokuments
	- „Meinungen des Volkes“
Forderungen	Dialog mit der Ma-Administration
	Rücknahme des CSSTA
	Cross-Strait Supervisory Agreement
	legislation before review
	Volksversammlung (Volksverfassungstagung)
	Bürgerpartizipation im Entscheidungsprozess
	Transparente und verständliche Informationen
	Vielseitige Begutachtung für Cross-Strait- Abkommen
	Staatssicherheit, Demokratie und Freiheit, Kultur, Umwelt und soziale Gerechtigkeit vor Wirtschaftsentwicklung
	Verhandlung mit China auf Augenhöhe: Win-Win und gegenseitiger Respekt der Staatssouveränität
Themen	Zukunft von der jungen Generation u. Taiwan
	Wertvorstellungen: Freiheit, Menschenrechte und

		demokratische Rechte
		Lebensexistenz der Bevölkerung
		Verfassungsreform: effektive Gewaltenteilung; Cross-Strait-Angelegenheiten
Undemokratisch	AkteurInnen	KMT und Ma-Administration
		Polizei
		Wirtschaftsverbände
		KPCh und China
	Handlungen	30-Sekunden-Verfahren
		- Keine Artikel-für-Artikel-Überprüfung
		Verhandlungen hinter verschlossen Türen
		Blackbox
		Keine Dialogbereitschaft (kein Versprechen für legislation before review)
		Keine direkte Reaktion
		Kein Verantwortungsbewusstsein der KMT-Eliten
		- Delegitimierung
		Druckausübung auf einzelne Parteimitglieder
		- Autoritäres Regime
	Unterdrückung der Protestierenden durch die Polizei mit Wasserkanonen, Stöcken und Schutzschildern	
	- Autoritäres Regime	
	Keine Verhandlung auf Augenhöhe mit China	
	- Staatssouveränität und Unabhängigkeit	
Verfassungskrise	Keine effektive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament	
	- Gewaltenteilung	
Themen: CSSTA	Dysfunktionale repräsentative Demokratie in TW	
	Unfaire Konkurrenz und Schaden für geöffnete Branchen und deren Arbeitskräfte	
	Schaden für KMU	
	Öffnung der Branchen für Internet und Verlagswesen	

	- Schaden für Meinungsfreiheit
	Enge Verbindungen mit China
	- Untergraben der Demokratie
	- Risiko für Staatssouveränität und Staatssicherheit
Gemeinsames	Ausnahmezustand
Gedächtnis	- Entpolitisierung der Bevölkerung

Abb. 17: Wichtige Kodes und Kategorien zum Thema Demokratie in dem Untersuchungskorpus

An der tabellarischen Darstellung des wichtigsten Bausteins bzw. Frame-Elementes „Demokratie“ lässt sich die Diskurstaktik der StudentInnen, die Meinungsdivergenz zwischen Pro- und Kontra-AkteurInnen bezüglich des Freihandelsabkommens mit China als grundlegende Frage nach Demokratie zu interpretieren, deutlich erkennen. Die Verknüpfung „ideologisch anschlussfähiger, aber getrennter Deutungsrahmen (*frame bridging*)“ (Kern 2008: 147) ist eine repräsentative Strategie vom Framing, um diverse Problemursachen herauszuarbeiten und eine plausible Kausalität aufzubauen. Eingebettet in die Geschichte der Demokratisierung in Taiwan, die über mehrere Protestbewegungen und gewaltsame Auseinandersetzungen mit dem Regime erfolgt, gilt Demokratie als unantastbare kollektive Identität der TaiwanesischenInnen. Auf der Diskursebene beanspruchen die StudentInnen die Demokratie als eigenständige Identität für sich, während die GegenakteurInnen mit charakteristischen Merkmalen „undemokratisch“ und teilweise sogar „autoritär“ versehen sind. Der Widerstreit zwischen Demokratie und Autorität gilt somit als „kollektiv definierte Missstände, die ein ‚Wir-Gefühl‘ erzeugen, und kausale Attributen, welche ein ‚sie‘ bezeichnen, das für diese kollektiven Missstände verantwortlich gemacht wird, machen die Routine von ingroup-outgroup-Dynamik konfliktträchtig“ (Klandermans 1999: 262-263). Aus ihrer eigenen Sicht als legitime VertreterInnen der taiwanesischen Bevölkerung werden ihre eigenen Ideen und Taten sowie die von deren UnterstützerInnen als demokratisch charakterisiert. Hingegen werden alle Themen und Handlungen der GegenakteurInnen, vor allem der KMT bzw. der Ma-Administration im Vordergrund und China im Hintergrund als undemokratisch verurteilt (Abb. 17).

Der Aufbau des Frame-Elements „Demokratie“ erlebt im Verlauf der Sonnenblumenbewegung eine deutliche rhetorische und inhaltliche Steigerung. Am Anfang handelt es sich vor allem um die Intransparenz der Verhandlungen und die ungerechte

Kontrolle des Parlaments durch die KMT-Abgeordneten. In dieser Phase wird Präsident Ma Yingjiu in erster Linie als Hauptverantwortlicher und direkter Dialogpartner dazu aufgerufen, mit den AktivistInnen an gemeinsamen Lösungsansätzen zu arbeiten. Das Defizit der Demokratie beschränkt sich dementsprechend auf mangelnde Partizipation der Bevölkerung und ineffektive Kommunikation der Regierung mit den von ihr Repräsentierten. Nach langer Tatenlosigkeit seitens des Präsidenten und spätestens nach der Protestaktion im Regierungsgebäude ändert sich der Tenor der StudentInnen. Zwar wird nach wie vor Dialogbereitschaft an Ma Yingjiu signalisiert, aber seine Rolle als Lösungspartner wird wesentlich geschwächt. Ihm und seiner Administration wird nicht nur die Schuld an dem formellen Demokratiedefizit zugewiesen, sondern auch die grundlegende Berechtigung als VertreterInnen der Bevölkerung vollständig entzogen. Im Zusammenhang damit gilt die repräsentative Demokratie zu Beginn der Sonnenblumenbewegung als defekt, am Ende des Protests als vollständig gescheitert.

Dadurch, dass die StudentInnen ihren Protest als einen heiligen Krieg zur Verteidigung der Demokratie charakterisieren, sind ihre grundlegende Verpflichtung zur Volkssouveränität und scharfe Ablehnung der Autorität unzweifelhaft festzustellen. Jedoch bleibt ihre Meinung dazu, wie die Demokratie institutionell umgesetzt werden sollte, etwas unscharf konturiert. Der Ma-Administration wird die politische Legitimation abgesprochen und das damit verbundene politische System der repräsentativen Demokratie in Taiwan gilt nach der Ansicht der StudentInnen als weitgehend gescheitert: „Die repräsentative Demokratie in Taiwan ist komplett funktionsunfähig. Die Regierung gewährt der Bevölkerung keine Partizipationsmöglichkeit an den Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Das Parlament gehorcht nur dem Interesse jeweiliger Parteien und ignoriert den Willen der Bevölkerung.“²⁸ (BIY-Facebook, 10.04.2014) An die Stelle der funktionsunfähigen Regierung treten die AktivistInnen mit ihren demokratischen Konzepten, die sich hauptsächlich aus öffentlichen Vorlesungen, Basisforen und Volksversammlungen zu Themen Demokratie und CSSTA zusammensetzen und als Vorbilder für einen demokratischen Prozess gelten sollten. Dadurch wird mehr Bürgerpartizipation am Entscheidungsprozess in Form von direkter Demokratie gefordert. Aber der Aufbau einer anderen institutionellen Struktur, die den Entscheidungsprozess trägt, kommt nicht zur Sprache. Bezüglich Taiwans Umgang mit China sind die StudentInnen uneinig. Einerseits zeigen sie sich bereit, das System der

²⁸ Originaler Ausdruck auf Chinesisch: „台灣的代議政治已經完全失靈了。政府黑箱決策阻斷人民的參與，國會依循黨意踐踏人民的意見。“

repräsentativen Demokratie aufrechtzuerhalten und die Regierung unter der Bedingung der Transparenz und öffentlichen Partizipation weiterhin zum Interessenvertreter zu beauftragen. Aber andererseits behalten sie sich die Option der direkten Demokratie vor, im Fall von wichtigen Angelegenheiten zwischen China und Taiwan (vgl. BIY-Facebook, 10.04.2014).

Insofern äußert sich das Demokratiedefizit in Taiwan vor allem darin, dass die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive nicht ausbalanciert ist. Während die Exekutive über erhebliche Entscheidungs- und Durchführungsmacht verfügt, wird die Legislative von der KMT mehrheitlich kontrolliert, die das Interesse der taiwanesischen Bevölkerung nicht mehr vertritt. Eine latente Kritik an den Oppositionsparteien lässt sich daran ablesen, dass sie sich viel mehr zu ihren eigenen Parteiideologien verpflichtet als zum Allgemeinwohl aller TaiwanInnen. Dennoch wird die Unzufriedenheit mit den Oppositionsparteien absichtlich heruntergespielt, da deren direkte und indirekte Unterstützung für die Protestbewegung eine Rolle spielt. Über die Opposition können die AktivistInnen einen besseren Zugang zum Machtzentrum gewinnen und gleichzeitig die politische Elite spalten (vgl. Ho 2015).

Hinter dem Problem mit dem undemokratischen Verfahren und der mangelnden Repräsentativität der Ma-Administration sehen die jungen AktivistInnen ein existentielles Thema, nämlich den China-Faktor. Im Diskursaufbau wird China zwar nicht oft direkt angesprochen, aber das Frame-Element Demokratie wird eng in den anderen Bestandteil des Diskurses integriert, nämlich die Beziehungen zwischen China und Taiwan. Obwohl die StudentInnen in ihrer ersten Bewegungserklärung am 18. März nachdrücklich betonen, dass ihr Protest weder als anti-chinesisch noch als ideologischer Konflikt zwischen KMT und DPP charakterisiert werden darf, ist der China-Faktor in dem Aufbau des Diskurses und der Herstellung der themenbezogenen Kausalität allgegenwärtig. Hinter dem undemokratischen Vorgehen der KMT glauben die jungen AktivistInnen, China als bedeutenden Multiplikator erblicken zu können, und erregen daher aktiv die Debatte über Chinas Rolle in der taiwanesischen Entwicklung, die im Verlauf der Parteikonflikte zwischen KMT und DPP zumeist verschwiegen wird. Aus den aufgelisteten Kodes und Kategorien ergibt sich der Fakt, dass beide Frame-Elemente Demokratie und China untrennbar miteinander verwoben sind und gemeinsam sowohl als Ursachen wie auch als Lösung im Diskurs fungieren.

Wiederholende Aussagen der AktivistInnen, dass ihr Protest nicht gegen China gerichtet ist, treten prinzipiell nicht mit ihrem Wunsch in Konflikt, sich in Form der Protestbewegung mit China auseinanderzusetzen und ihren Standpunkt zu sino-chinesischen Beziehungen auszudrücken. Aus Erfahrungen der DPP, die sich aus Prinzip gegen China stellt und somit wegen ihrer nationalistischen Einstellung in Ungnade der Bevölkerung fällt, meiden die StudentInnen mit Bedacht, China zum vordergründlichen Protestthema zu machen. Den Neoliberalismus und die undemokratische Vorgehensweise der KMT im Vordergrund verknüpfen sie aber fortwährend mit dem China-Faktor, der aufgrund der gemeinsamen Geschichte und des unlösbaren Dilemmas aller TaiwanInnen unaufhaltsam in den Kernbereich ihres Diskurses rückt. So wird nachdrücklich betont, dass sie nicht nur gegen das CSSTA, sondern auch allgemein gegen die neoliberale Globalisierung protestieren. Anti-China bzw. Anti-chinesische-Unternehmen, die den Trend des Neoliberalismus verkörpern, würden nur unter diesem Umstand nicht als populistisch und nationalistisch charakterisiert werden. (vgl. BIY-Facebook, 01.04.2014) Dennoch ist ihre Perzeption, dass China als Inkarnation des ökonomischen Neoliberalismus und Gegenteil der demokratischen Werte bereits tief in der taiwanesischen Gesellschaft eingewurzelt ist, nicht zu verbergen. So wie Ryan Brading konstatiert, dass „for the protestors, the STA [CSSTA – Anm. d. A.] became a symbol of Taiwan’s future subordination to its powerful and threatening neighbour“ (Brading 2017: 157).

Die negativen ökonomischen Folgen der neoliberalen Globalisierung, wobei Ausdrücke wie Liberalismus, Neoliberalismus und Globalisierung nur äußerst selten zur Verwendung kommen, bestehen nach den Aussagen der AktivistInnen vor allem in der unfairen Konkurrenz der taiwanesischen Unternehmen gegen ihre chinesischen Counterparten sowie der Angst vor ökonomischer Integration. Dadurch wird klar, dass nicht der Neoliberalismus an sich, sondern der chinesische Neoliberalismus in Verbindung mit der Einflussnahme Chinas an den Pranger gestellt wird. Diese Meinung, dass das Anti-China-Element hinter der Kritik an der Globalisierung steht, vertritt ebenfalls Wan-wen Chu (2015). Dies zeigen die StudentInnen in ihrem auf Englisch veröffentlichten Statement unzweifelhaft: „This important agreement will open up our service industry to China, and allow Chinese citizens to come to Taiwan to work, live and eventually make our economy completely reliant to China’s - further pushing Taiwan into China’s sphere of influence.“ (BIY-Facebook, 21.03.2014)

Das andere Problem mit den intransparenten Verhandlungen und dem undemokratischen Verfahren der KMT wird ebenfalls durch den China-Faktor erklärt, indem die AktivistInnen das Regierungsdokument zitiert, in dem steht:

China würde keine Überprüfung des CSSTA im taiwanesischen Parlament erlauben. China erkennt Taiwans Staatssouveränität nicht an und Taiwan darf deswegen über kein eigenständiges Parlament verfügen. Eine minimale Änderung des CSSTA, die aufgrund der parlamentarischen Überprüfung in Taiwan erfolgt wäre, würde aus chinesischer Sicht bedeuten, dass Taiwan ein staatliches Parlament besitzt. Das ist schließlich unmöglich.²⁹ (BIY-Facebook, 03.04.2014)

Sowohl den intransparenten Verhandlungen als auch der mangelnden Bereitschaft der taiwanesischen Regierung für die Artikel-für-Artikel-Überprüfung des CSSTA bezichtigen die StudentInnen der Komplizenschaft von KMT und KPCh. Die China-freundliche Politik der Ma-Administration und die ökonomisch-politische Annäherung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nimmt die junge Generation vielmehr als Bedrohung wahr. Aus ihrer Perspektive verwandelt sich die Rolle der Ma-Administration von der Volksvertretung zur Repräsentation der Cross-Strait-Konzerne. Das ökonomische Wesen vom CSSTA erläutern sie überwiegend dadurch, dass das wirtschaftliche Interesse einiger weniger Multikonzerne mit Hilfe der KMT-KPCh-Kooperation auf Kosten des Allgemeinwohls der Mehrheitsbevölkerung erfüllt wird. Auf der politischen Ebene sehen sie die Staatssicherheit Taiwans durch Öffnung sensibler Branchen wie Infrastruktur gefährdet, die der fehlenden Gesetzgebung zur Regulierung der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen zu Grunde liegt. Dadurch wird die Staatssouveränität Taiwans zur Sprache gebracht, die sowohl im Verhandlungsprozess als auch in der Folgezeit weder von der KMT verteidigt und von der KPCh respektiert, denn die Befugnis der Gesetzgebung in Bezug auf den Umgang mit souveränen Staaten unterliegt der staatlichen Legislative. Direkte Forderungen nach Erklärung und Anerkennung der Unabhängigkeit werden nicht gestellt. Aber in ihren Aussagen wird Taiwan als gleichberechtigter Staat im Umgang mit China präsupponiert, indem sie konsequent von „Staatssicherheit“ und „Staatssouveränität“ reden. Damit befinden sie sich in einem kritischen politischen Bereich, in dem sich etablierte Parteien weitgehend zurückhalten. Kognitiv ist das politische Dilemma zwischen Wiedervereinigung und Unabhängigkeit für die junge Millenniumgeneration überhaupt nicht problematisch, wie Prof.

²⁹ Originaler Ausdruck in chinesischer Sprache: 中國不肯啊！因為中國不承認台灣是一個國家，所以台灣不可以有國會，如果兩岸的協議在國會逐條審查，只要被修改了一個字也就證明了台灣有國會有存在，這是不可以的事情。

Chen Lu-huei (Chen Luhui, 陳陸輝) im Interview erwähnt: „Anders als ältere Generationen ist die junge Generation a priori auf Taiwan als unabhängiges Land eingestellt, weil sie in der Phase der nationalen Identitätsbildung aufgewachsen ist. Sie kennen nichts anderes als Unabhängigkeit.“³⁰



Abb. 18: Wandel der Identifizierung in der taiwanesischen Gesellschaft
(Quelle: Election Study Center National Chengchi University)

Zahlreiche Statistiken belegen ebenfalls eine steigende Tendenz für die Identifizierung mit Taiwan in der taiwanesischen Gesellschaft, während die China-Identität schnell schwindet (Abb. 18). Im Jahr der Sonnenblumenbewegung erreicht die Identifikationsrate mit Taiwan ihren Höhepunkt, indem sich mehr als 60% der Befragten lediglich als TaiwanInnen bezeichnen und nur 3,5% sich allein als Chinesen bekennen. Demokratie gilt dabei als wichtigstes Merkmal, um zwischen China und Taiwan zu unterscheiden (BIY-Facebook, 25.03.2014). Damit betrachten die AktivistInnen das undemokratische Verfahren der KMT-Regierung als Identitätsverlust und die Nicht-Anerkennung der Staatssouveränität durch China als Verletzung ihrer Selbstbestimmung.

³⁰ Interview mit Prof. Chen Luhui am 19. Oktober 2016 in Taipei.

Zu der bewussten Verpflichtung zur Unabhängigkeit Taiwans wird das sogenannte Hongkong-Modell als aussagekräftiges Argument hinzugefügt. Über UnterstützerInnen aus Hongkong, wo das Prinzip von „Ein Land, Zwei Systeme“ seit 1997 umgesetzt ist, die erhoffte Demokratie jedoch ausbleibt, lassen sich die Besorgnis der jungen TaiwanInnen ausdrücken. Die politische Kontrolle der chinesischen Zentralregierung über Hongkong beginnt ebenfalls zuerst mit der wirtschaftlichen Integration durch Freihandelsabkommen „Closer Economic Partnership Arrangement“ (CEPA). Seit der Re-Integration erlebt Hongkong einen sukzessiven Rückschritt hinsichtlich der Bürgerfreiheit. Zahlreiche Proteste für den Aufbau eines demokratischen Systems fanden zwar statt, wurden jedoch von beiden Regierungen in Hongkong und in Beijing ignoriert. Das in China gefeierte Hongkong-Modell wird in der taiwanesischen Gesellschaft, vor allem unter jungen Menschen, weitgehend abgelehnt. Der latente Verdacht dagegen, dass China sich der gleichen Strategie bedient, um die Wiedervereinigung mit Taiwan zu forcieren, trägt wesentlich zur Absage gegen wirtschaftliche Integration und politische Annäherung mit China bei.

5.3.2 Problemlösung – China-Faktor

Das Problem mit dem CSSTA wird diagnostiziert mit der neoliberalen Globalisierung im Vordergrund und der kollektiven Sorge um den Verlust der demokratischen Identität im Annäherungsprozess mit China. Die Verantwortung für diesen Umstand wird vor allem der KMT-KPCh-Komplizenschaft, zu der auch Multikonzerne und Großkapitalisten gehören, zugewiesen. Obwohl sich die Problemdiagnose als verwoben und komplex gestaltet, ist die Lösung der jungen AktivistInnen doch relativ eindeutig. Ihre Lösungsangebote im ganzen Protest ändern sich zwar entsprechend der Bewegungsentwicklung und der Strategie der GegenakteurInnen, aber der Kerngedanke bleibt ungebrochen. Durch andauernde Wiederholung gleicher oder ähnlicher Forderungen, die als Problemlösungen konzipiert sind, und auch mit Hilfe des öffentlichen Kommunikationsstils hinterlässt ihre eigene Antwort auf Taiwans Notstand einen verlässlichen Eindruck.

In der Anfangsphase der Bewegung werden drei Forderungen gestellt: Erstens muss das als verabschiedet geltende CSSTA zurückgenommen werden. Im Zusammenhang damit muss zweitens ein neues Gesetz entworfen und erlassen werden, um alle chinesisch-taiwanesischen Abkommen verbindlich überprüfen zu können. Drittens muss sich die Ma-Administration als verantwortlich zum Erfüllen auf das Volksbegehren verpflichten. Bereits in diesem primären

Lösungsangebot sind die wichtigsten Frame-Elemente „Demokratie“ in Form der volksvertretenden Funktion der Regierung und „sino-taiwanische Beziehungen“ eng miteinander verknüpft. Im Gegensatz dazu kommt Neoliberalismus nicht explizit zur Sprache. Die Ma-Administration kommt den letzteren zwei Forderungen entgegen, lehnt aber mit wirtschaftlichen und realpolitischen Argumenten die Rücknahme des CSSTA ab. Dadurch weichen die StudentInnen von der Lösung mit der KMT hin zum Ansatz gegen die KMT und schlagen ihre eigenen Wünsche im Umgang mit China vor:

- 1) Rücknahme des CSSTA
- 2) Gesetzgebung für einen allgemein gültigen Überprüfungsmechanismus für alle Abkommen mit China
- 3) Monitor-Mechanismus vor der praktischen Überprüfung
- 4) Volksverfassungskonferenz

Diese vier Forderungen, die nach der Bewegungskonsolidierung konstant bleiben, bringen das politische Konzept der jungen StudentInnen zum Ausdruck, wie Taiwan als ein demokratischer Staat seine komplizierte Beziehung zu dem mächtigen Nachbarn China handhaben sollte. Von demokratischer Überprüfung bezüglich der Freihandelsabkommen mit anderen Ländern, die ähnliche neoliberale Auswirkungen herbeibringen, ist hier keine Rede. Es liegt klar auf der Hand, dass die Lösungsangebote, sowohl die Gesetzgebung als auch die Volksversammlung, stark auf China fokussieren. Vor allem das geforderte Gesetz für einen verbindlichen Überprüfungsmechanismus setzt aus juristischer Perspektive voraus, dass sich Taiwan und China in einem zwischenstaatlichen Verhältnis befinden. Insofern ist die Forderung der StudentInnen ein bewusstes Manifest ihrer politisch-ideologischen Einstellung hinsichtlich der sino-taiwanischen Beziehungen. In diesem Sinne äußert sich Brading (2017) zur Sonnenblumenbewegung: „The STA represented not a policy issue but rather an unfavourable direct economic link with China. The whole Issue became a manifestation of the battle between those who champion reunification versus those who champion independence.“ (Brading 2017: 157)

Im Abschlussdokument der BIY „Meinungen des Volkes“, das sich aus Diskussionsergebnissen in ihrem Experiment der partizipatorischen Volkskonferenz zusammensetzt, manifestiert die junge Generation ihre demokratischen Prinzipien für den

Überprüfungsmechanismus, die für die Verhandlungen aller Cross-Strait-Abkommen und die Pflege der sino-taiwanesischen Beziehungen gelten sollten:

- 1) Mehr Partizipationsmöglichkeiten im Verhandlungsprozess mit China
- 2) Transparente Informationen
- 3) Staatssicherheit, Demokratie und Freiheit, kulturelle Identität, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit vor der wirtschaftlichen Entwicklung
- 4) Objektive Evaluierung der Cross-Strait-Abkommen unter Berücksichtigung der unabhängigen Begutachtung der Zivilgesellschaft
- 5) Effektive Überprüfung durch das Parlament
- 6) Verhandlungen unter den Voraussetzungen von Gleichheit und gegenseitigem Respekt der Staatssouveränität

Der Meinung der StudentInnen nach ist die Bürgerpartizipation in allen Phasen der Verhandlungen mit China vorgesehen, wobei die taiwanesishe Regierung alle Informationen der Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellen und dem Volkswillen unterliegen muss. Für wichtige Themen, welche sich auf die Staatssouveränität und das Allgemeinwohl der Bevölkerung beziehen, wird nach dem Prinzip der direkten Demokratie gehandelt. Dabei wird die Regierungsdefinition der „Wichtigkeit“ abgelehnt, die auf der Befugnis des Exekutive-Yuan bzw. des Kabinetts beruht. Laut der Regierungsaussage wird die Entscheidung zuerst im Kabinett getroffen, was wichtig für Taiwan ist. Danach werden wichtige Sachen zur Überprüfung ins Parlament geschickt, während „unwichtige“ Fragen als verabschiedet gelten, wenn sie länger als drei Monate im Parlament archiviert werden, mit oder auch ohne aktive Bearbeitung. Nach der Meinung der StudentInnen muss die Macht des Parlaments gestärkt werden, das als berechtigtes Organ entscheiden darf, welche Begebenheiten als wichtig oder unwichtig eingestuft werden sollten.

An diesen Handlungsprinzipien lassen sich das tiefe Misstrauen der jungen TaiwanInnen gegen das Verhalten der KMT und vor allem gegen China unmissverständlich ablesen. Der Verdacht vom beschleunigten Wiedervereinigungsprozess und konfrontativen Kurs der Beijing-Regierung wird nach der Machtübernahme von Xi Jinping 习近平 maßgeblich erhärtet, der den „Chinesischen Traum“ von der nationalen Renaissance als politisches Ziel der KPCh proklamiert:

Der Chinesische Traum ist der gemeinsame Traum auf beiden Seiten der Taiwan-Straße, und wir brauchen jeden, um diesem Traum in Erfüllung gehen zu lassen. [...] Unsere Landsleute auf beiden Seiten müssen sich gegenseitig unterstützen, sie müssen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, ihrem sozialen Hintergrund, ihrer Religion und ihrem Herkunftsort in den Prozess der nationalen Renaissance eingebunden werden, damit unser gemeinsamer Chinesischer Traum bald Wirklichkeit wird. (Xi 2014: 296)

Der „Chinesische Traum“ beruht auf einer gemeinsamen Geschichte, besonders der in dem sogenannten „Greater China“ seit dem Opiumkrieg 1840, und der daraus entstandenen nationalen Identität. Zur Verwirklichung des „Chinesischen Traums“ wird ein chinesisches „Nationalgefühl mit dem patriotischen Kern“ (ebd.: 46) vorausgesetzt, das „von unserem gemeinsamen Blut und unserem gemeinsamen Geist“ (ebd.: 292) geprägt sei und über politischen, sozialen und religiösen Zugehörigkeiten stehe.

Angesichts der sukzessiven Annäherung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verstärkt sich die Besorgnis der jungen Generation um Taiwans Existenz sowie Identität. Insbesondere durch die letzte Forderung wird ihr Anliegen, Taiwans Status als souveränes Land zu zementieren und ihr demokratisches, freiheitliches Staatssystem zu verteidigen, ideologisch demonstriert. Die geschichtlich bedingte enge Verflechtung der KMT mit dem Festland, die im Rahmen vom Ein-China-Prinzip handelt und sich zur politischen Wiedervereinigung verpflichtet, verliert weitgehend die Unterstützung der Bevölkerung in Taiwan, vor allem in der jungen Generation. Wiedervereinigung mit China betrachten die Jugendlichen nicht als verhandelbare Zukunftsoption, weil China unter der Führung der KPCh als Inbegriff für Autorität und Diktatur gilt. Im Gegensatz zu den politischen Eliten von KMT und DPP, die aufgrund des chinesischen Anti-Sezessionsgesetzes ³¹ (2005) keine offizielle Unabhängigkeitserklärung wagen und an dem langfristigen Status quo festhalten, scheinen die StudentInnen einen radikaleren Schritt vorzuschlagen. Das Cross-Strait Service Trade

³¹ In dem 2005 beschlossenen Anti-Sezessionsgesetz der VR China wird u.a. Taiwan vor einer offiziellen Unabhängigkeitserklärung gewarnt, die zur nicht-friedlichen Konfrontation führen könnte: „Die friedliche Wiedervereinigung, ein Land zwei Systeme und die acht Punkte zur Entwicklung der Beziehungen beider Seiten und zur Förderung des friedlichen Wiedervereinigungsprozesses bleiben unsere Grundpolitik, die wir kontinuierlich verfolgen werden. Solange es noch einen Schimmer von der Hoffnung auf die friedliche Wiedervereinigung gibt, werden wir darum die größten Bemühungen unternehmen. Wir werden das tun, was unseren Landsleuten in Taiwan zugute kommt, was vorteilhaft für den Austausch der beiden Seite ist, was dem Frieden in der Region und der friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes dient. In der wichtigen prinzipiellen Frage beim Kampf gegen die Abspaltung werden wir auf keinen Fall zögern und nachgeben. Alle Fragen, die die staatliche Souveränität und die territoriale Integrität Chinas betreffen, müssen von den 1,3 Milliarden Chinesen gemeinsam entschieden werden. Die Taiwan-Behörde muss den Unabhängigkeitsstandpunkt aufgeben, alle separatistischen Aktivitäten unterlassen, nur so können der Frieden und die Stabilität in der Region gesichert werden. (FMPRC 2005)

Abkommen bietet ihnen einen passenden Anlass, ihre Rezeption des gegenwärtigen Zustandes und ihren unbeirrbaren Standpunkt in der Weiterentwicklung der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen laut kundzutun. Aus ihrer Perspektive muss das demokratische System in Taiwan vor dem autoritären chinesischen Regime geschützt werden. Zu diesem Zweck zeigen sie viel mehr Affinität für das Zwei-Staaten-Prinzip vom ehemaligen Präsident Lee Teng-hui aus der Zeit der 1990er Jahren, in der die Millenniumsgeneration geboren und aufgewachsen ist.

5.3.3 Motivation – Kollektives Gedächtnis

Allein die plausible Problemdiagnose und das verlässliche Lösungsangebot reichen noch nicht aus, Menschen zur persönlichen Teilnahme an Protestbewegungen zu mobilisieren. So stellt Kern (2008) fest, dass „in aller Regel selektive Anreize wie Anerkennung, Solidarität oder moralische Appelle geboten werden, damit sie sich persönlich engagieren.“ (Kern 2008: 145) Die Beanspruchung der Volksvertretung und die Solidaritätsbekundung der jungen AktivistInnen sind bereits in Bezug auf die Diskurspraktiken ausführlich behandelt worden. Neben diesen beiden Motivationen wird hier insbesondere das kollektive Gedächtnis als wichtiger Bestandteil der Bewegungsmobilisierung hervorgehoben. Das kollektive Gedächtnis definiert Jan Assmann (1988) als „Sammelbegriff alles Wissen, das im spezifischen Interaktionsrahmen einer Gesellschaft Handeln und Erleben steuert und von Generation zu Generation zur wiederholten Einübung und Einweisung ansteht.“ (Assmann 1988: 9) Damit wird gemeint, dass jede Gruppe, Gesellschaft oder Nation über einen historisch und kulturell bedingten Wissensvorrat verfügt, der sozial vermittelt wird und auf dem gemeinsamen Bewusstsein beruht. Das führt dazu, dass „eine Gruppe ein Bewußtsein ihrer Einheit und Eigenart auf dieses Wissen stützt und aus diesem Wissen die formativen und normativen Kräfte bezieht, um ihre Identität zu reproduzieren.“ (ebd.: 12)

Die junge Generation in Taiwan beanspruchen Demokratie als ihre kulturelle Identität, die sie von der VR China unterscheidet. Dabei berufen sie sich sprachlich und symbolisch auf eine Reihe von demokratischen Bewegungen, die einen erheblichen Beitrag zum Aufbau des demokratischen und rechtsstaatlichen Systems in Taiwan leisten. Die Sonnenblume als Inkarnation der Hoffnung und Zukunft schließt sich symbolisch an die früheren Studentenbewegungen „Wilde-Lilien-Bewegung“ 野百合运动 (1990) und „Wilde-Erdbeeren-

Bewegung“ 野草莓运动 (2008) an, die sich durch Sitzstreiks für Demokratie und Freiheit in Taiwan engagierten. Insbesondere die Wilde-Lilien-Bewegung, die von den StudentInnen der National Taiwan University initiiert und durch weiße Lilien als Protestsymbol gesellschaftlich begrüßt bzw. anerkannt wurde, wird sowohl in der Forschung als auch in dem öffentlichen Diskurs als Meilenstein der Demokratisierung in Taiwan gewertet. Zwischen 16. und 22. März engagierten sich mehrere StudentInnen durch Sitzstreiks auf dem Platz der Freiheit in Taipei für politische Reformen zur Förderung der Demokratie. Gleich im folgenden Jahr wurden demokratische Direktwahlen zur Nationalversammlung und Legislative-Yuan zugelassen. Dadurch wird angenommen, dass diese Protestbewegung der StudentInnen einen maßgeblichen Einfluss auf den politischen Wandel hatte. Deren Symbol der weißen Lilie avanciert zum Inbegriff der taiwanesischen Demokratie. Die weiße Lilie als Sinnbild der Protestbewegung geht auf die Tian'anmen-Studentenbewegung 1989 in Beijing zurück (Chen 2005: 593), die mit einer weißen Freiheitsgöttin protestierte und unterdrückt wurde. Aufgrund direkter und indirekter Einflüsse der Wilde-Lilien-Bewegung auf demokratische Reformen in Taiwan wird der weißen Lilie eine narrative Bedeutung verliehen, deren Tradition häufig von späteren Studentenbewegungen wieder aufgegriffen wird. In diesem Zusammenhang ist die Auswahl der Sonnenblume als Bewegungssymbolik kein Zufall. Dadurch wird angestrebt, ihren Protest in Verbindung mit der Wilde-Lilien-Bewegung zu setzen und positive Assoziationen in der taiwanesischen Gesellschaft zu erregen.

Eine weitere Assoziation mit der Wilde-Lilien-Bewegung ist das affirmative Image der protestierenden StudentInnen: „The ‚Wild Lily‘ student sit-in in March 1990 was often praised in the later political transformation process as a crucial moment when the ‚pure and innocent‘ students facilitated democratization in Taiwan.“ (ebd.: 591) Während der Wilde-Lilien-Bewegung wurden absichtlich alle nicht-akademischen UnterstützerInnen und SympathisantInnen ausgeschlossen, um den Kontrast der unschuldigen und unverfälschten Jugendlichen gegen korrupte und schmutzige Erwachsene zu maximieren. Das ändert sich in der Sonnenblumenbewegung insofern, dass zahlreiche NGOs und normale BürgerInnen miteinbezogen werden können, um die Repräsentativität der StudentInnen zu erweitern und dadurch ihren Protest zu legitimieren. Jedoch lässt sie trotz der aktiven Mitarbeit anderer sozialen Gruppierungen die Bezeichnung „Studentenbewegung“ aufrechterhalten, um die Narrative der puren und unschuldigen StudentInnen fortzusetzen. Aus diesem Grund erheben sowohl BIY als auch die NGO-Allianz DF während der Protestbewegung keinen Widerspruch gegen die mediale Verwendung der „Sonnenblumen-Studentenbewegung“, weil die Medien

den scharfen Kontrast bevorzugen: „In the circle were the ‚pure‘, innocent, idealistic and politically unsophisticated students and intellectuals. Outside was a world for the corrupted adults, whose minds were filled with plots and conspiracies, as well as scheming opposition politicians and irrational mobs that follow them blindly.“ (ebd.: 594) Jedoch wird die Bezeichnung nach dem Protest von der DF aktiv zur „318-Bewegung“³² umbenannt, um die Beteiligung anderer sozialen Organisationen zu betonen.

Diese Narrative vom Konflikt zwischen Demokratie verteidigenden StudentInnen und machtsüchtigen Erwachsenen, die absichtlich von den jungen AktivistInnen fortgesetzt wird, wird ebenfalls von den BewegungssympathisantInnen aufgegriffen und begrüßt. So schreibt der berühmte taiwanesischer Regisseur Wei Te-Sheng einen offenen Brief an die im Parlament stationierten AktivistInnen, in dem Folgendes zu lesen ist:

Vom Volk beauftragten ‚Erwachsene‘, wollt ihr das wahre Problem lösen? Was ihr lösen müsst, sind nicht die StudentInnen, sondern von ihnen angesprochenen Probleme! Was ihr lernen müsst, ist die direkte Reaktion auf das Begehren der StudentInnen! [...] Hiermit bedanke ich mich ganz vom Herzen bei den StudentInnen, die sich für die Verteidigung der Demokratie in Taiwan einsetzen. Danke, ihr zeigt uns Hoffnung auf eine schöne Zukunft!³³ (BIY-Facebook, 30.03.2014)

Dass dieser offene Brief ein weites Publikum (mit 39844 Like, 9063 Teilen, 678 Kommentare in Facebook) erreicht, liegt einerseits an der Prominenz des Regisseurs. Andererseits bezeugt es die Verankerung dieses politischen Narratives als kollektives Gedächtnis aller TaiwanInnen, welches zu Gunsten der jungen StudentInnen ausfällt. Darüber hinaus werden die „unschuldigen“ StudentInnen nach dem Vorfall im Exekutive-Yuan immer mit Attributen wie „friedlich“ und „unbewaffnet“ versehen. Hingegen werden die Erwachsenen, die durch Regierung und Polizei konkretisiert werden, als gewaltsam und herzlos dargestellt. Indem der Kontrast zwischen beiden antagonistischen Gruppen verschärft wird, rückt der Protest vielmehr in den gesellschaftlichen Fokus und gewinnt somit Anteilnahme der Bevölkerung.

Neben der Wilde-Lilien-Bewegung, die als Teil des kollektiven Gedächtnisses die Mobilisierung späterer Demokratiebewegungen fördert, werden auch Erinnerungen an

³² Interview mit Lai Chung-Chiang am 24.10.2016 in Taipei.

³³ Originaler Ausdruck in chinesischer Sprache: 那些由人民賦予權力的「大人」啊！你們有沒有想要解決真正的問題？你們要解決的，並不是這群學生！而是他們所質疑的問題啊！你們要研究的，是如何正面回應這群學生的訴求！在這裡，我要鄭重感謝這群如此捍衛臺灣民主的學生，謝謝你們讓我看到屬於臺灣的美好！

undemokratische Ereignisse in der Vergangenheit wachgehalten, die im gemeinschaftlichen Wissensvorrat aller TaiwanInnen als Bedrohung wahrgenommen werden. Der Auftritt der politischen Opfer des „Weißen Terrors“, die ihre Solidarität mit den StudentInnen erklären, wird instinktiv als Warnung an die taiwanische Gesellschaft vor der Wiederholung der Geschichte rezipiert: „Wir sind ehemalige politische Verfolgte, die den ‚Weißen Terror‘ überlebt haben. Die Demokratie, die mit unserer Jugend und unserem Leben hart erkämpft wurde, wird unter Ma Ying-jeon und Jiang Yi-Huah erstickt.“³⁴ Durch ihre Aussage wird der aktuelle Zustand in Taiwan explizit mit dem autoritären Regime in den 1960er und 1970er Jahren in Zusammenhang gebracht. Dementsprechend wird impliziert, dass sich Taiwan infolge der Handelsabkommen wie ECFA und CSSTA, die eine politische Annäherung mit dem autoritären chinesischen Regime ermöglichen, wieder in einem kritischen Zustand befindet. Diese Bedrohung für demokratische Werte und das Allgemeinwohl aller TaiwanInnen hilft den AktivistInnen dabei, starke Anreize zu erregen und Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten zur Beteiligung am Protest zu mobilisieren.

³⁴ Originaler Text in chinesischer Sprache: 我們這群經歷過白色恐怖的老政治犯，用我們的青春，用我們很多人的生命，所換來的民主自由，竟然在馬英九總統、江宜樺院長的手中，如此斷送。

6. Fazit

Die 24 Tage währende Sonnenblumenbewegung, die vor allem von den jungen StudentInnen der Black Island Nation Youth Front im Vordergrund durchgeführt und von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen sowie normalen BürgerInnen unterstützt wurde, ist ein klassisches Vorbild für den zivilen Ungehorsam in Taiwan. Diese Protestbewegung ist ein wichtiger Bestandteil der professionalisierten Zivilgesellschaft Taiwans mit „eine[r] immer stärkere[n] Hinwendung zum politik- bzw. parteiorientierten Lobbyismus einerseits, sowie zu einem systematischen Graswurzel-Engagement in bewusster Distanz zu den etablierten Parteien andererseits.“ (Schubert 2013: 524) Der größtenteils erfolgreichen Mobilisierung liegen viele Faktoren zugrunde, beispielweise die Organisation der Kerngruppe von erfahrenen StudentennaktivistInnen. Einen wesentlichen Beitrag zum Teilerfolg der Sonnenblumenbewegung leistet die aktive Diskursführung der BIY. Zum einen wird die gesellschaftliche Aufmerksamkeit durch intensive Produktion und Reproduktion von sprachlich-semiotischen Bedeutungen nachhaltig gefesselt. Und zum anderen lassen sich die öffentlichen Meinungen zum eigenen Vorteil steuern. Indem die jungen StudentInnen einen einheitlichen Diskurs mit plausibler Problemdiagnose, glaubwürdigen Lösungsansätzen und kultureller bzw. emotionaler Motivation herstellen und öffentlich präsentieren, werden sie als zuverlässige VertreterInnen der taiwanesischen Bevölkerung und HoffnungsträgerInnen für die Zukunft stilisiert.

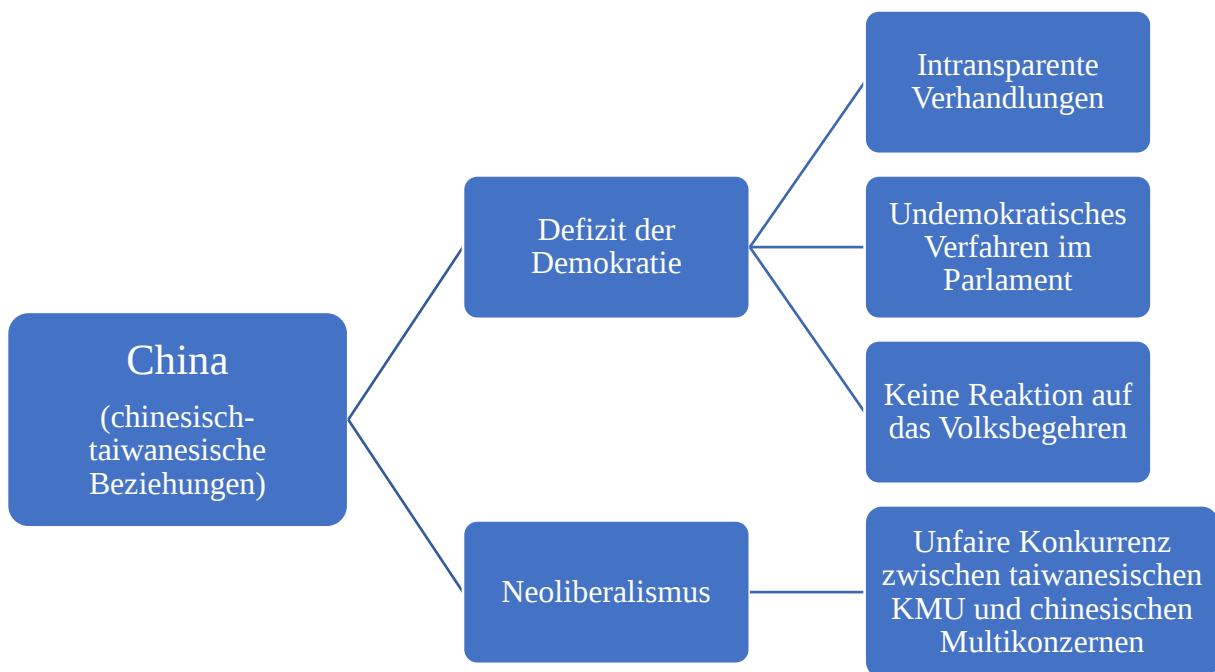


Abb. 19: Anschauliche Darstellung des Diskurses der Black Island Nation Youth Front

Die Phänomenstruktur, die anhand der Ergebnisse der wiederholenden Kodierung rekonstruiert ist, und der damit verbundene Deutungsrahmen der Diskurse verkünden eine klare Botschaft der jungen TaiwanInnen bezüglich ihrer Rezeption der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen. Als Probleme mit dem CSSTA werden unter anderem diagnostiziert, dass es eng mit gravierenden Auswirkungen auf Taiwan verbunden ist. Hinter der Fassade der neoliberalen Globalisierung, die der taiwanesischen Gesellschaft zahlreiche soziale Schwierigkeiten zufügen würde, verbergen sich die wahren Komplikationen mit der fehlerbehafteten Demokratie und der Bedrohung Chinas für die Souveränität und Identität Taiwans. Gegen das CSSTA als direkten Anlass wird zuerst mit wirtschaftlichen Folgen für die junge Generation, die beruflich Selbständigen, kleine und mittlere Unternehmen argumentiert, die das persönliche Leben und das Allgemeinwohl der mehrheitlichen Bevölkerung in Taiwan anbelangen. Der undemokratische Vorgang im Parlament, dass KMT-Abgeordnete ohne Zustimmung der Opposition einseitig das Abkommen als verschiedet verkünden, bietet den AktivistInnen eine unerwartete Chance, sich im Namen der Demokratie gegen das CSSTA und die wirtschaftliche Integration mit China zu wehren. Dadurch, dass das undemokratische Verhalten der KMT-Regierung unmittelbar mit China in Verbindung gesetzt wird, lässt sich der Protest gegen das CSSTA von der ökonomischen zur sensibleren politischen Ebene ausbauen. An ihrer Formulierung von Problemen und Lösungen bezüglich des CSSTA und der künftigen sino-taiwanesischen Beziehungen ist deutlich abzulesen, dass die de facto-Unabhängigkeit Taiwans im nationalen Bewusstsein der jungen Generation tief eingewurzelt ist. Indem sie auf einer gleichberechtigten und staatssoveränen Verhandlungsposition Taiwans im Umgang mit China bestehen, lässt sich ihr Wunsch nach formaler Unabhängigkeit nicht verheimlichen. Mit Hilfe der kollektiven Erinnerung an den steinigen Demokratisierungsprozess in Taiwan, der vor allem durch Studentenbewegungen wie die Wilde-Lilien-Bewegung vorangetrieben wurde, können zahlreiche Menschen unterschiedlicher Gesellschaftsschichten solidarisiert und zur Verteidigung der Demokratie als nationale Identität mobilisiert werden. Für die Umsetzung ihres Anliegens der Unabhängigkeit fehlt es der jungen Generation aber weitgehend an realistischen Strategien, dem Zugang zum Machtzentrum und günstigen geopolitischen Bedingungen.

So endet die Sonnenblumenbewegung mit einer ambivalenten Bilanz: Einerseits wird das Primärziel, das Wirtschaftsabkommen Cross-Strait Service Trade Agreement zu bremsen, vorläufig erreicht. Mit dem Versprechen vom damaligen Parlamentsvorsitzenden Wang Jinping, das CSSTA nicht vor der Etablierung eines verbindlichen Überprüfungsmechanismus

für alle Abkommen mit China zu verabschieden, wurde die Besetzung des Legislative-Yuan offiziell beendet. So wie Chen Weiting formuliert: „Wir haben zumindest mehr Zeit für Taiwan erkämpft.“³⁵ Aber andererseits bleiben andere Forderungen auch vier Jahre nach der Protestbewegung immer noch unberücksichtigt. Der juristische Überprüfungsmechanismus, der für Verhandlungen aller Abkommen mit China gelten sollte, wird zwar mehrfach entworfen, aber wegen massiver Meinungsunterschiede zwischen der Regierung, den Oppositionen und der Zivilgesellschaft lässt er noch immer auf sich warten. Von der Volksverfassungskonferenz mit dem Ziel der Verfassungsreform ist ebenso keine Rede mehr.

Aus der mittel- und langfristigen Perspektive lässt sich die Sonnenblumenbewegung ebenfalls mit großer Ambiguität begutachten. Mit der Proklamation am Protestende, dass sich die jungen Menschen aktiver für die Gesellschaft und Politik engagieren werden, wird ein neues Zeitalter in der taiwanesischen Politiklandschaft eingeleitet. Eine unmittelbare Folge daraus ist, dass die KMT in den Wahlen auf lokaler Ebene 2014 einen erheblichen Verlust einbüßen musste, während die DPP maßgebend von der Imagekatastrophe der KMT profitieren konnte. Am 29. November 2014 fanden die Wahlen in fünf regierungsunmittelbaren Städten (Taipei, New Taipei City 新北市, Taichung 台中, Tainan 台南 und Kaohsiung), drei provinzunmittelbaren Städten (Chiayi 嘉义, Keelung und Hsinchu 新竹) und 14 Landkreisen mit ihren zahlreichen Kreisstädten, Gemeinden, Dörfern und Nachbarschaften gleichzeitig statt. Diese Wahlen galten als eines der größten politischen Ereignisse des Jahres 2014 in Taiwan. Vor der Sonnenblumenbewegung hielt die KMT Mandate in 16 von 22 Wahlregionen, konnte aber nur 6 davon wiedergewinnen. Quantitative Forschungen bezeugen den Einfluss der Sonnenblumenbewegung auf das Wahlverhalten der TaiwanInnen: „The Sunflower Movement not only mobilized people to get to the voting booth in the 2014 election, but might have fundamentally risen significant concerns about public issues such as the cross-strait relationship and government transparency.“ (Chang 2016)

Durch die öffentlichen Auseinandersetzungen mit politischen Themen wird die Politik als Berufsmöglichkeit ebenfalls neu interpretiert. Früher wurden die Politik bzw. PolitikerInnen oft als korrupt und schmutzig wahrgenommen. Dies ändert sich nach der Sonnenblumenbewegung insofern, dass viele junge AktivistInnen der DPP beigetreten sind und sich innerhalb des politischen Systems für Änderungen einsetzen wollten. Viele andere

³⁵ Interview mit Chen Weiting am 29.10.2016 in Taipei.

BewegungsteilnehmerInnen, die sich gegenüber den beiden etablierten Parteien skeptisch verhalten, gründeten andere kleine Parteien und Organisationen. Bekanntestes Beispiele sind die New Power Party sowie Taiwan March. Die Wandlung zeigt sich vor allem in der Präsidentschaftswahl 2016. DPP-Kandidatin Cai Yingwen wurde mit 56,1% der Stimmen zur neuen Präsidentin Taiwans gewählt und DPP gewann zum ersten Mal in der Geschichte die absolute Mehrheit im Parlament. Hingegen konnte ihr KMT-Counterpart lediglich 31% der Stimmen für sich entscheiden. Bemerkenswert ist der Einzug der New Power Party als drittgrößte Partei (6,1%) ins Parlament. Die neuen Parteien mit vorwiegend jungen Menschen bringen der seit langer Zeit stagnierten politischen Landschaft in Taiwan, die durch direkte Konfrontation zwischen Blauen und Grünen gekennzeichnet ist, mehr Energie und Vitalität. Allerdings muss hier angemerkt werden, dass die Wahlbeteiligung 2016 (66,27%) den tiefsten Stand seit 1996 erreichte (vgl. Taipei Times 2016). Somit bleibt die offene Frage, wie lange die Energie aus der Sonnenblumenbewegung anhalten wird und wie das öffentliche Interesse an der Politik wiederbelebt werden kann.

Seit dem Parlamentseinzug engagiert sich die New Power Party für mehrere aktuelle Angelegenheiten, z.B. die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und die Änderung des Arbeitsrechts in Taiwan. Eine umfassende Begutachtung lässt sich wegen ihrer kurzen Amtszeit nicht erstellen. Jedoch lässt sich anhand ihrer Protestmobilisierung gegen das neue Arbeitsgesetz, das eine flexiblere Regelung für Arbeitszeiten einplant, deutlich beobachten, dass keine ähnliche Resonanz wie für die Sonnenblumenbewegung in der taiwanesischen Gesellschaft hervorgerufen werden konnte. Das bestätigt implizit die Hypothese, dass der China-Faktor eine gesellschaftsübergreifende Rolle bei den sozialen Bewegungen in Taiwan spielt.

Der größte Einfluss der Sonnenblumenbewegung auf Taiwans Weiterentwicklung liegt darin, dass das politische Bewusstsein der jungen Generation geschärft und die Partizipationsbereitschaft maßgeblich erhöht ist. Aus mehreren Interviews mit jungen StudentInnen der National Taiwan University erschließt sich, dass sie durch die Sonnenblumenbewegung stark ermutigt sind und sich seither mehr für die Politik interessieren.³⁶ Ihr Fokus beschränkt sich vor allem auf die innertaiwanesischen Angelegenheiten, beispielweise die soziale Ungerechtigkeit. Obwohl China in naher Zukunft

³⁶ Interviews mit mehreren StudentInnen aus dem Zhuoshuixi Verein 濁水溪社 der National Taiwan University am 20.10.2016 in Taipei.

wichtigstes politisches Thema in Taiwan bleiben wird, wird die Politik auf regionaler und internationaler Ebene wenig berücksichtigt. Das begründet Chen Weiting mit der Nicht-Anerkennung Taiwans als Staatssouveränität und berechtigter Akteur, so dass Taiwan weder Mitspracherecht noch Handlungsspielraum hat und die TaiwanInnen deshalb kein Interesse haben.³⁷

In der vorliegenden Forschungsarbeit ist zuerst ein umfassendes Bild über die Geschichte der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen gezeichnet worden, in deren Rahmen der Diskurs der Sonnenblumenbewegung eingebettet ist. Daraufhin sind die Phänomenstruktur in dem Protestdiskurs gegen das CSSTA rekonstruiert und deren Deutungsrahmen herausgearbeitet. Die Sonnenblumenbewegung kann somit als laute Proklamation der jungen TaiwanInnen nach formaler Unabhängigkeit Taiwans betrachtet werden, die sich hinter der Fassade des Protests gegen Neoliberalismus und für Demokratie steht. Im Schluss der Arbeit ist eine offene Diskussion über die Einflüsse dieser Protestbewegung auf Taiwan angestoßen worden. Viele andere wichtige Fragestellungen hinsichtlich diverser Diskurse in der Sonnenblumenbewegung, beispielweise die Frage nach dem Verhältnis der Aktivistenaussagen zu denen anderer AkteurInnen oder die Frage nach dem Medienframe, benötigen weitere wertvolle Forschungsinitiativen.

³⁷ Interview mit Chen Weiting am 29.10.2016 in Taipei.

7. Literatur

- Apple Daily (2014): 灭火器穿飞凡外套 , 议场挺退回服贸 (dt.: Fire Ex. unterstützt im besetzten Parlament die Rücknahme des CSSTA). 27.03.2014 [online] <https://tw.news.appledaily.com/politics/realtime/20140327/368452/%E3%80%8A%E6%BB%85%E7%81%AB%E5%99%A8%E3%80%8B%E7%A9%BF%E3%80%8C%E9%A3%9B%E5%B8%86%E5%A4%96%E5%A5%97%E3%80%8D%E3%80%80%E8%AD%B0%E5%A0%B4%E6%8C%BA%E9%80%80%E5%9B%9E%E6%9C%8D%E8%B2%BF> [letzter Zugriff: 21.02.2018]
- Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: ders. und Tonio Hölscher (Hrsg.): *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9-19.
- BBC (2014): 台湾商业总会表态支持通过«服贸协议» (dt.: Das General Chamber of Commerce of the Republic of China befürwortet das CSSTA). 26.03.2014. [online] http://www.bbc.com/zhongwen/simp/china/2014/03/140326_taiwan_trade_support [letzter Zugriff: 19.01.2018]
- Berger, P. L. und Th. Luckmann (1980): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main (1966).
- Bertelsmann Stiftung (2016): Transformation Index BTI 2016. [online] <http://www.bti-project.org/de/startseite/> [letzter Zugriff: 16.07.2016]
- Brading, Ryan (2017): Taiwan's Millennial Generation: Interests in Polity and Party Politics. *Journal of Current Chinese Affairs*. 1/2017: 1-2, S. 131-166.
- Brindle, Andrew (2016): A corpus analysis of discursive constructions of the Sunflower Student Movement in the English-language Taiwanese press. *Discourse & Society*. Vol. 27 (I), 319.
- Chang, Alex C. H. (2016): The Legacy of Sunflower Movement: How Does Internet Impact Political Participation? (Konferenzbeitrag) 2016 International Conference on Taiwan's Election and Democratization Study: Changing Taiwan Voter? Taipei: National Chengchi University.
- Chen, Chi-chung (2016): 太阳花运动的经济论证 (dt.: Wirtschaftliche Aspekte der Sonnenblumenbewegung). In: Lin Hsiu-Hsin et al. (Hrsg.): *照破. 太阳花运动的振幅, 纵深与视域* (dt.: Der Sonnendurchbruch. Die Reichweite, Tiefe und Perspektiven von Sunflower Movement). Taipei: Asian Culture, 207-228.
- Chen, Fang-Yu und Yen, Wei-Ting (2016): Who Supports the Sunflower Movement? An Examination of Nationalist Sentiments. *Journal of Asian and African Studies*, 1-20.
- Chen, Hsin-Hsing (2005): My Wild Lily: a self-criticism from a participant in the March 1990 student movement. *Inter-Asia Cultural Studies*, Vol. 6, Nr. 4, S. 591-608.

Chen, Yuan-chyuan (1980): Taktiken und Zielsetzungen der Wiedervereinigungspolitik Peking und Taipeis. Die innerchinesische Dimension. In: Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.): *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg. Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*. Wien: Verlag Herold, S. 209-240.

Chiang, Min-Hua (2016): *China-Taiwan Rapprochement: The Political Economy of Cross-Straits Relations* (China Policy Series). New York: Routledge.

China Times (2014): 康乃馨遇太阳花 , 互喊诉求口号 (dt.: Nelken treffen auf Sonnenblumen: Gegenseitige Appelle).

[online] <http://www.chinatimes.com/cn/realtimenews/20140329003112-260407> [letzter Zugriff: 28.01.2018]

China Post (2008): Taiwan and China in „special relations“: Ma. [online] <http://www.chinapost.com.tw/taiwan/china-taiwan%20relations/2008/09/04/173082/taiwan-and.htm> [letzter Zugriff: 17.07.2017]

Ch'ing Dynasty Treaties and Agreements Preserved by the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of China (Taiwan): Treaty of Peace between China and Japan (Treaty of Shimonoseki) (original in chinesischer Sprache: 中日讲和条约 [马关条约]). [online] <http://npmhost.npm.gov.tw/ttscgi/npmkm3/npmcpkm?@1^1921260824^107^^62^1@@914632630> [letzter Zugriff: 10.07.2017]

Chu, Wan-wen (2015): On the Discourse of the Sunflower Student Movement. Anti-globalization and Anti-China. *台湾社会研究季刊* (Journal für soziale Bewegungen in Taiwan), Vol. 98, 3&2015, S. 349-361.

Chung-Hua Institution for Economic Research (CIER) (2013): 两岸服务贸易协议经济影响评估报告 (dt.: Evaluation der wirtschaftlichen Auswirkung des CSSTA auf Taiwan).

Coleman, Stephen und Karen Ross (2010): *The Media and the Public. "Them" and "Us" in Media Discourse*. West Sussex: Blackwell Publishing.

Dahlberg, Lincoln (2007): The Internet, deliberative democracy, and power: Radicalizing the public sphere. *International Journal of Media and Cultural Politics*. Vol. 3, No. 1. S. 47-64.

Deutsche Welle (1999): "Ein China, zwei Staaten". [online] <http://www.dw.com/de/ein-china-zwei-staaten/a-17180562> [letzter Zugriff: 17.07.2017]

Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA) (2010). [online] <http://www.ecfa.org.tw/EcfaAttachment/ECFADoc/ECFA.pdf> [letzter Zugriff: 17.07.2017]

Economic Democratic Union (EDU) (2013): 没准备 , 别上路。《服贸协议》应有公民与国会决定生效要件 , 民间团体连合记者会新闻稿 (Ohne Vorbereitung, kein Handelsabkommen. Die Gültigkeit von CSSTA muss von der Bevölkerung und dem Parlament gemeinsam entscheiden. Presse-Briefing). [online] <http://www.edunion.org.tw/dfactsa/%E6%B2%92%E6%BA%96%E5%82%99%E5%88%A5%E4%B8%8A%E8%B7%AF%E3%80%8A%E6%9C%8D%E8%B2%BF%>

[E5%8D%94%E8%AD%B0%E3%80%8B%E6%87%89%E7%94%B1%E5%85%AC%E6%B0%91%E8%88%87%E5%9C%8B%E6%9C%83%E6%B1%BA%E5%AE%9A/](http://www.edunion.org.tw/%E7%B0%A1%E4%BB%8B%E8%88%87%E6%AD%B7%E5%8F%B2/) [Letzter Zugriff: 19.01.2018]

Economic Democratic Union (EDU) (2016): 回顾：从反黑箱服贸到经济民主连合 (dt.: Rückblick: Von Anti-CSSTA zur Ökonomischen Demokratischen Union). [online] <http://www.edunion.org.tw/%E7%B0%A1%E4%BB%8B%E8%88%87%E6%AD%B7%E5%8F%B2/> [Letzter Zugriff: 19.01.2018]

Economist Intelligence Unit (2015): Democracy Index 2015: Democracy in an age of anxiety. [online] http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2015 [letzter Zugriff: 16.07.2016]

Eisinger, Peter K. (1973): The Conditions of Protest Behavior in American Cities. *The American Political Science Review*, Vol. 67, No. 1, S. 11-28.

Emmer, Martin (2017): Soziale Medien in der politischen Kommunikation. In: Jan-Hinrik Schmidt und Monika Taddicken (Hrsg.): *Handbuch Soziale Medien*. Wiesbaden: Springer, S. 81-99.

Foreign Ministry of People's Republic of China (FMPRC) (2005): Anti-Sezessionsgesetz. [online] <http://www.fmprc.gov.cn/ce/cede/det/jj/t187807.htm> [letzter Zugriff: 28.02.2018]

Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht*. Berlin: Merve Verlag.

Foucault, Michel (1988) [1969]: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1991) [1972]: *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Freedom House (2017): Freedom in the World 2017. [online] https://freedomhouse.org/sites/default/files/FH_FIW_2017_Report_Final.pdf [Letzter Zugriff: 27.02.2018]

General Chamber of Commerce (GCC), R.O.C. (2014): Monthly Bulletin. 07/2014. [online] <http://60.244.127.66/cloudSpace/publish/2014.07.pdf> [Letzter Zugriff: 19.01.2018]

He, Rong (2009): 谈“一国两制”的意思. In: *法制与社会 (Legal System and Society)*. 06/2009. S. 202.

Hellmann, Kai-Uwe (1998): Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: ders. und Ruud Koopmans (Hrsg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 9-30.

Ho, Ming-Sho (2015): Occupy Congress in Taiwan: Political Opportunity, Threat, and the Sunflower Movement. *Journal of East Asian Studies*, 15 (2015), S. 69-97.

Ho, Ming-Sho (2017): From mobilization to improvisation: the lessons from Taiwan's 2014 sunflower movement. *Social Movement Studies*. [online]

<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14742837.2017.1377603?journalCode=csms20>
[Letzter Zugriff: 28.02.2018]

Holthaus, Leonie und Thomas Noetzel (2012): Demokratischer Pluralismus versus despotische Herrschaft. Zur Theorie liberaler Rechtsstaatlichkeit. In: Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Cary S. Schaal (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Bd. 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33-62.

Hsieh, JF (2015): Taiwan in 2014: A besieged president amid political turmoil. *Asian Survey* 55(1), 142-147.

Hsieh, Pasha L. (2016): Legitimacy of Taiwan's trade negotiations with China: Demystifying political challenges. *Political Science*, Vol. 68 (1), S. 3-31.

Hughes, Christopher R. (2001): Living with 'one country, two systems'? The future of Beijing's Taiwan policy. *Cambridge review of international affairs*. Vol. 14, No. 2. S. 124-138.

Hung, Ho-fung und Huei-ying Kuo (2010): „One country, two systems“ and its antagonists in Tibet and Taiwan. *China Information*. Vol. 24, Nr. 3, S. 317-337.

Ifeng (2014): 台湾企业家如何看服贸协议 (dt.: Wie betrachten Taiwans UnternehmerInnen das CSSTA?). [online] <http://finance.ifeng.com/news/special/twfmxy/> [Letzter Zugriff: 19.01.2018]

Kaeding, Malte Philipp (2011): Identity Formation in Taiwan and Hong Kong – How Much Difference, How Many Similarities? In: Gunter Schubert and Jens Damm (Hg.): *Taiwanese Identity in the 21st Century: domestic, regional and global perspectives*. Routledge: London, S. 258-279.

Kahl, Jürgen (2004): Ein Land, anderthalb Systeme? Hongkong ringt um seine Selbstbehauptung. *FES Analyse*. [online] <http://library.fes.de/pdf-files/id/01845.pdf> [letzter Zugriff: 05.06.2016]

Karagiannis, Emmanuel (2006): Political Islam and Social Movement Theory: The Case of Hizb ut-Tahrir in Kyrgyzstan. *Religion, State and Society*. 33:2, S. 137-150.

Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: ders. et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske+Budrich, S. 113-144.

Keller, Reiner (2005): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner (2009) [1998]: *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: Springer.

Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.): *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg. Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*. Wien: Verlag Herold.

Klandermans, Bert (1999): Identität und Protest. Ein sozialpsychologischer Ansatz. In: Ansgar Klein und Frank Nullmeier (Hrsg.): *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 260-270.

Kliment, Tibor: Durch Dramatisierung zum Protest? Theoretische Grundlegung und empirischer Ertrag des Framing-Konzeptes. In: Hellmann, Kai-Uwe und Ruud Koopmans (Hrsg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 69-89.

Krugman, Paul und Maurice Obstfeld (2009): *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft*. München: Pearson Studium.

Krumbein, Frédéric (2015): Hongkongs Proteste und Taiwans Zukunft. In: *SWP-Aktuell*. (7) 02/2015. S. 1–4. [online]

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A07_krb.pdf

[letzter Zugriff: 05.06.2015]

Lee, Shiao-Feng (2004): The 228 Incident. *Taipei Times* [28.02.2004]. Zitiert nach National 228 Memorial Museum

[online] <http://museum.228.org.tw/info.aspx?v=3C008BFFB887EA59> [12.07.2017]

Lembcke, Oliver W. (2016): Theorie demokratischer Repräsentation. In: ders. et al. (Hrsg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS.

Li, Xiaobing (Hrsg.) (2012): *China at War: An Encyclopedia*. Santa Barbara: ABC-CLIO.

Lin, Syaru Shirley (2016): *Taiwan's China Dilemma. Contested Identities and Multiple Interests in Taiwan's Cross-Strait Economic Policy*. Stanford: Stanford University Press.

Lo, Ming-Cheng Miriam und Christopher P. Bettinger (2009): Civic Solidarity in Hong Kong and Taiwan. In: *The China Quarterly*. Vol. 197, March/2009. S. 183–203.

Mainland Affairs Council, Republic of China (MAC, Taiwan) (2014): 马总统记者会谈话全文 (dt.: Vollständiger Bericht über die Pressekonferenz des Präsidenten Ma). [online] https://www.mac.gov.tw/News_Content.aspx?n=21595FA41A9EE70A&sms=DFBE7BE3EE0DB6AE&s=55235D8A5531382F [28.01.2018]

Mainland Affairs Council, Republic of China (MAC, Taiwan) (2017): 两岸协议执行成效 (dt.: Abkommen zwischen beiden Seiten auf der Taiwanstraße). [online] <http://www.mac.gov.tw/cp.aspx?n=3788E6E04BC17563&s=CF85AFF04D9EB245> [25.07.2017]

Media Agency Association (MAA) (2017): 2017 年台湾媒体白皮书 (dt.: Bericht über taiwanesisches Medien 2017). [online] <http://www.maataipei.org/upload/1500286184.pdf> [28.01.2018]

Meier, Stefan (2008): *(Bild)Diskurs im Netz. Konzept und Methode für eine semiotische Diskursanalyse im World Wide Web*. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Meyer-Clement, Elena und Schubert, Gunter (2004): Greater China- Idee. Konzept. Forschungsprogramm. Zur Einführung in einen neuen Arbeitsschwerpunkt am Seminar für Sinologie und Koreanistik der Universität Tübingen. Greater China Occasional Papers No. 1. [online] <http://www.uni-tuebingen.de/uploads/media/1.pdf> [letzter Zugriff: 11.07.2015].

Ministry of Economic Affairs (MEA), R.O.C. (2013): The Cross-Strait Agreement on Trade in Services. [online] <http://ws.mac.gov.tw/001/Upload/OldWeb/www.mac.gov.tw/public/Data/3859414471.pdf> [24.07.2017]

Morello, Frank P. (1966): *The International Legal Status of Formosa*. The Hague: Martinus Nijhoff.

Nuscheler, Franz (2004): *Entwicklungspolitik: Lern- und Arbeitsbuch: Eine Grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

[o. A.] (1955): *Important Documents Concerning the Question of Taiwan*. Beijing: Foreign Languages Press.

Qi, Pengfei (2008): “一国两制”与香港回归及“新香港”建设刍议. In: *中国人民大学学报 (Journal of Remin University of China)*. 05/2008. S. 11–18.

Shaw, Yu-ming (1979): Modern History of Taiwan: An Interpretative Account. In: Hungdah Chiu (Hrsg.): *China and the Taiwan Issue*. New York: Praeger Publishers, S. 7-36.

Schorr, Bettina (2012): *Mobilisierung, Protest und Strategien in Aktion. Boliviens Protestwelle 2000-2005: Ausbruch, Verlauf und politische Folgen*. Wiesbaden: Springer.

Schröer, N. (Hrsg.) (1994): *Interpretative Sozialforschung. Auf dem Wege zu einer hermeneutischen Wissenssoziologie*. Opladen.

Schubert, Gunter (2013): Das politische System Taiwans. In: C. Dierichs und T. Heberer (Hrsg.): *Die politischen Systeme Ostasiens*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Snow, David A. und Robert D. Benford (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. *International Social Movement Research*, Vol. 1, S. 197-217.

So, Alvin Y. (2011): “One Country, Two Systems” and Hong Kong-China National Integration: A Crisis-Transformation Perspective. In: *Journal of Contemporary Asia*. Vol. 41, No. 1. S. 99–116.

Southerland, Matthew (2014): Taiwan and China Agree to Enhance Communication, but Cross-Strait Economic Agreements Face Uncertainty. U.S.-China Economic and Security Review Commission Staff Report. April 29, 2014.

[online] <https://www.uscc.gov/Research/taiwan-and-china-agree-enhance-communication-cross-strait-economic-agreements-face> [letzter Zugriff: 26.07.2017]

Statista (2013): Leading social networking sites in Asia in March 2013, by country and based on number of registered users (in millions).

[online] <https://www.statista.com/statistics/224746/leading-social-network-sites-in-asian-countries/> [letzter Zugriff: 13.02.2018]

Statista (2015): Facebook penetration in selected Asia Pacific countries as of 4th quarter 2014.

[online] <https://www.statista.com/statistics/238516/facebook-penetration-apac-countries/> [letzter Zugriff: 13.02.2018]

Statista (2016): Daily Internet usage rate in Taiwan in 2016, by age group. [online] <https://www.statista.com/statistics/348224/daily-internet-usage-age-group-taiwan/> [letzter Zugriff: 19.02.2018]

Taddicken, Monika und Jan-Hinrik Schmidt (2017): Entwicklung und Verbreitung sozialer Medien. In: dies (Hrsg.): *Handbuch Soziale Medien*. Wiesbaden: Springer VS.

Taipei Times (2016): Voter turnout was lowest since 1996. 18.01.2016 [online] <http://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2016/01/18/2003637469> [Letzter Zugriff: 02.03.2018]

Tarrow, Sidney G. (1998) [1994]: *Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics*. New York: Cambridge University Press.

Thimm, Caja (2017): Soziale Medien und Partizipation. In: Jan-Hinrik Schmidt und Monika Taddicken (Hrsg.): *Handbuch Soziale Medien*. Wiesbaden: Springer, S. 191-209.

Tsai, Jung-fang (2011): Struggle for Democracy: Hong Kong is Increasingly Mainlandized (Dalu-hua/大陆化): Taiwan on the Road Toward Hongkongization (Xianggang-hua/香港化). In: *China Review International*. Volume 18, Number 2. S. 132–158.

Tsai, Tung-chieh und Tony Tai-ting Liu (2017): Cross-Strait Relations and Regional Integration: A Review of the Ma Ying-jeou Era (2008-2016). *Journal of Current Chinese Affairs*. 1/2017: 1-2, S. 11-35.

United Nations Treaty Collection (1952): Treaty Series. Treaties and international agreements registered or filed and recorded with the Secretariat of the United Nations. Vol. 136. [online] <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%20136/volume-136-I-1832-English.pdf> [letzter Zugriff: 10.07.2017]

Wang, Vincent Wei-cheng (2014): Cross-Strait relations after the Sunflower movement. *China Policy Institute: Analysis. The Online Journal of the China Policy Institute*. Sep. 26 2014. [online] <https://cpianalysis.org/2014/09/26/cross-strait-relations-after-the-sunflower-movement/> [letzter Zugriff: 25.07.2017]

Weggel, Oskar (1991): *Die Geschichte Taiwans. Vom 17. Jahrhundert bis heute*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag.

Weltdatenatlas (2015): Taiwan (Provinz von China) – Internetnutzer, % aller Einwohner. [online] <https://knoema.de/atlas/Taiwan-Provinz-von-China/Internetnutzer-percent-aller-Einwohner> [letzter Zugriff: 13.02.2018]

Wenig, Byron S. J. (2002): “One Country, Two Systems” From A Taiwan Perspective. In: *Orbis*. Vol. 46, Issue 4. S. 713–731.

Wu, Hongchang et al. (2016): 冷战结构视野下的太阳花 (dt.: Das Sunflower Movement aus der Perspektive des Post-Kalten-Kriegs). In: Lin Hsiu-Hsin et al. (Hrsg.): *照破. 太阳花运动的振幅, 纵深与视域* (dt.: Der Sonnendurchbruch. Die Reichweite, Tiefe und Perspektiven von Sunflower Movement). Taipei: Asian Culture, S. 74-114.

Xi, Jinping (2014): *China regieren*. Beijing: Verlag für fremdsprachige Literatur GmbH.

Xia, Xunxiang (2009): 香港七一与“一国两制“. In: *当代港澳研究 (Studies of Hong Kong and Macao)*. 08/2009.

Yen Shen-nung et al. (Hrsg.) (2015): *这不是太阳花学运。318 运动全过程* (dt.: Das war keine Sonnenblumen-Studentenbewegung. Der Gesamt Ablauf der 318-Beweung). Taipei: Asian Culture.

Yu, Tzu-hsiang (2006): *領袖的聲音: 兩岸領導人重要演講選輯* (dt.: Die Stimme der Führungskräfte: Die Logik der wichtigen Vorträge der Führungskräfte auf beiden Seiten der Taiwanstraße). Taipei: Wunan Verlag.

Zald, N. Mayer und John D. McCarthy (1988) [1979]: *The Dynamics of Social Movements. Resource Mobilization, Social Control, and Tactics*. Lanham/New York/London: University Press of America.

Zald, N. Mayer (1992): „Looking Backward to Look Forward.“ In: Morris, Aldon D. und Carol McClurg Mueller (Hrsg.): *Frontiers in Social Movement Theory*. New Haven: Yale University Press, S. 326-348.